Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telephon 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zwingerstraße 21. Telephon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 16. | Dresden, Donnerstag den 21. Januar 1909. | 20. Jahrg.

Ein Schritt weiter zur Vierklassenentrechtung.

Am Mittwoch hat sich die Erste Kammer des Landtages zum ersten Male mit der Wahlrechtsreform beschäftigt. Seit fünf Jahren bereits steht sie auf der Tagesordnung; die Erste Kammer ist bisher von der wichtigsten Frage, die das politische Leben Sachsens seit Jahren erschüttert hat, noch nicht berührt worden. Bedenkt man, daß sich die sächsischen Pairs in der gleichen Weise wie die Herren in der jenseitigen Landtagsstube am Wahlrechtsraube von 1896 beteiligt haben, daß sie also mitschuldig waren an den Zuständen der Rechtlosigkeit, gegen die das sächsische Volk mit steigender Erbitterung angekämpft hat, wird man es nicht recht verstehen, daß die privilegierten Herren sich bisher um diese brennende Frage gar nicht gekümmert haben. Als das schließlich notgedrungen doch geschehen mußte, tat man es in einer Weise, die dem bisherigen Verhalten des sächsischen Oberhauses durchaus entsprach. Unter Verzicht auf eigene Vorschläge und Gedanken versuchte man lediglich aus den Auswürfen des Dreiklassenparlaments und dessen Wahlrechtsdunkelkammer etwas herauszusuchen. Dabei war man, wie der Berichterstatter Geheimrat Dr. Wach offen bekundete, weit davon entfernt, Rücksicht darauf zu nehmen, daß dem Volke sein Recht werde, nur die Aufgabe stellte man sich, den staatserhaltenden Parteien eine sichere Stütze zu verschaffen, also ein Wahlsystem aus diesem Abraum von Wahlrechts-Donquichotterien zusammenzubrauen, das den Nationalliberalen und Konservativen dauernd die Herrschaft sichert. So bekundeten die sächsischen Pairs durch ihren Berichterstatter selbst, daß sie nichts weiter angestrebt hatten als ein Wahlunrecht in etwas anderer Form.

Zu bewundern ist nur die Naivität, mit der gestern das Dreiklassenwahlrecht als Unrecht bezeichnet wurde, weil es den Einfluß des Volkes emuliert hätte, während man bemüht ist, ein ebenso großes Unrecht zu vollziehen. Sonderbar wirkten auch die immer wiederkehrenden Versicherungen, daß dieses Vierklassen-Unrecht dem Lande den ersehnten Frieden bringen werde. Und solche Redensarten, die ja billig wie Bromberren sind, wagte man immer wieder, obwohl eben das entrechtete Volk auf den Straßen Dresdens in so deutlicher Weise seiner Erbitterung über die neue Vierklassenschmach Ausdruck verliehen hat. Diese Demonstration war nicht nur wuchtiger als alle früheren, es trat hier die Erbitterung nicht nur schärfer zutage, sie unterschied sich auch dadurch von den früheren, daß diese gegen das Dreiklassenwahlsystem, die Kundgebung am 17. Januar aber gegen dasselbe Pluralwahlrecht gerichtet war, von dem man angeblich Frieden vom Lande erwartet. Was tatsächlich zu erwarten ist, müßte doch auch diesen Herren der blutige Wahlrechtssonntag gelehrt haben, wenn sie nicht mit Blindheit geschlagen sind.

Die Regierung hat ja bei der ganzen Wahlrechtszerrerei eine wenig beneidenswerte Rolle gespielt. Von dem reaktionären Bureaukraten Geheimrat Heink beeinflußt, hat der kranke Minister des Innern die sonderbarsten Schwenkungen in der Wahlrechtsfrage mit ausgeführt und einen Rückzug nach dem andern angetreten, bis von der ehemaligen Regierungsvorlage nichts mehr übrig blieb. Als der Wahlrechtsgraf gestern in der Kammer das Wort zu einer kurzen Erklärung nahm, konnte er nichts anderes vorbringen als das in konventionelle Redewendungen gekleidete klägliche Eingeständnis, daß die Wahlrechtsflickerei über den Kopf der Regierung hinweg inszeniert worden ist. Mit einigen Worten des Bedauerns darüber, daß die Regierung auf viel, sogar auf die Verhältniswahl habe verzichten müssen, und der Versicherung, daß ihr das sehr schwer geworden sei, dokumentierte er den endgültigen Rückzug und Umfall der Regierung. Darüber aber, daß mit der Beseitigung der Verhältniswahl die Entrechtung der großen Masse der Wählerschaft von neuem in schlimmster Form investiert worden ist, schien sich der Minister keine Kopfschmerzen zu machen.

Die gestrige Behandlung der Wahlrechtsfrage in der Ersten Kammer erinnerte in mehr als einer Hinsicht an die Verhandlungen über den Wahlrechtsraub von 1896. Auch damals ging man in verblüffend kurzer Zeit ohne Debatte über das Wahlrecht des Volkes hinweg und bestätigte die Wahlrechtsvernichtung. Dieselbe Fixigkeit entwickelten die Herren auch bei ihrer Behandlung über die neue Vierklassenentrechtung. Anfangs schien es allerdings, als sollte die ganze Geschichte noch scheitern, denn als die Verhandlung beginnen sollte, verkündete der Präsident das unerwartete Eintreten neuer Schwierigkeiten. Wie man hörte, hatten einige Nationalliberale von neuem Einwendungen erhoben. Wie man die neuen Schwierigkeiten erledigt hat, darüber verlautet nichts. Vielleicht hat man die Nationalliberalen beruhigt, vielleicht hat man sich auch davon überzeugt, daß auch ohne die dissentierenden Herren von der Fraktion Drehscheibe in der Zweiten Kammer eine Zweidrittelmehrheit zustande kommt. Näheres wird man vielleicht Freitag darüber hören, wenn die Vierklassen-Entrechtung in der Zweiten Kammer zur Verhandlung kommt.

Doch muß man trotzalledem leider mit einer Verabschiedung der Vierklassenschmach rechnen. Darüber aber kann kein Zweifel sein, daß die Herren, die diesen gefährlichen Wahlrechtswind säen, nichts weniger als Friede, daß sie vielmehr Sturm ernten werden.

Näheres über die Verhandlungen der Ersten Kammer geht aus folgendem Berichte darüber hervor.

Nachdem die Kammer vorher eine Stunde vertagt worden war, weil sich neue Schwierigkeiten eingestellt hätten, ergriff der Berichterstatter der Wahlrechtsdeputation der Pairs, Geheimrat Dr. Wach, das Wort. Er wies auf die Beschlüsse der Zweiten Kammer hin und betonte, daß diese für die Deputation der Ersten Kammer nicht ohne weiteres annehmbar gewesen seien, denn es sei Tatsache, daß die Vorlage der Zweiten Kammer im Widerspruch stehe mit der Tendenz, die bei einer Reform des Wahlrechts erstrebt worden ist. Diese Vorlage sei nicht geeignet gewesen, Zufriedenheit im Lande zu schaffen. Bei Betrachtung der Wahlrechtsfrage dürfe nicht übersehen werden, daß die Situation sehr ernst sei, sie drängt notwendig auf Schaffung einer Wahlrechtsreform. Eine gewitterschwangere Spannung hat im Landtage und im Lande geherrscht. Das ist bei den bisherigen Verhandlungen über die Wahlrechtsfrage sehr scharf zutage getreten, denn dabei haben sich die Gegensätze mehr und mehr verschärft. Komme es zu keiner Einigung über die Wahlrechtsfrage, müsse sich bei den nächsten Wahlen diese Spannung in furchtbarer Weise entladen, die Gegensätze mit noch nie dagewesener Schärfe aufeinander platzen. Es ist Tatsache, daß wir in der Wahlrechtsfrage mit unserer Weisheit zu Ende sind und daß ein allgemeiner Marasmus, ein Verlumpfungszustand, eintreten müßte, wenn es nicht in letzter Stunde noch gelungen wäre, das schwierige Problem zu bewältigen. Die Deputation mußte den Weg einer Realpolitik einschlagen; sie mußte im Auge behalten, daß sie ein Wahlgesetz für Sachsen zu schaffen habe. Unbeirrt sind wir unseren Weg gegangen, unbeirrt durch Schlagworte und Parteiphrasen. Ein Wahlgesetz, das den Staatsbedürfnissen gerecht wurde und die Herrschaft einer politischen Partei ausschloß, war zu schaffen. Diese Voraussetzung schloß das allgemeine, gleiche Wahlrecht schlechthin aus, wir mußten es entschieden zurückweisen. Dieses System beruht auf dem Massenprinzip, der Nivellierung des Staates und der Bevölkerung. Das ist ein System der Herrschaft der unteren Bevölkerungsklassen und daher ein System der Ungerechtigkeit, das gerade eine Bewertung der Kräfte ausschließt, die für den Staat von besonderer Bedeutung sind. Das allgemeine Wahlrecht mag sich in Staaten mit homogenen Zuständen gut bewähren, es mag auch erträglich sein in einem großen Staate, wo zwischen den Bevölkerungsschichten eine Kompensation eintritt, aber bei uns würde das allgemeine Wahlrecht die Auslieferung an die Massen bedeuten. Für uns konnte ein solches System nicht in Betracht kommen, das sich als Ungerechtigkeit herausstellen müßte.

Wir wissen, daß sich auch unser bisheriges Wahlgesetz als ein Unrecht herausgestellt hat, ungerecht dadurch, daß die unteren Klassen multipliziert worden sind. Wir haben aber davon Abstand genommen, neue Pläne und neue Gedanken zu suchen. Wir mußten uns an die Vorschläge der Zweiten Kammer halten und selbst Resignation üben. Wir durften nicht versuchen, der Zweiten Kammer irgendeine Wahlrechtsreform aufzudrängen. Unser Augenmerk mußten wir vor allem darauf richten, dem Lande ein Wahlrecht zu geben, das den staatserhaltenden Parteien eine Stütze und von der Regierung gebilligt werde. In vertraulichen Beratungen ist schließlich die jetzige Vorlage zustande gekommen, für die eine Zweidrittelmehrheit in beiden Häusern gesichert erscheint.

Der Redner verbreitete sich sodann über die Einzelheiten der Beratung und die dabei gestellten Anträge. Die Verhandlungen hätten schließlich eine Vorlage gezeitigt, für die auf eine Zweidrittelmehrheit im Hause gerechnet werden könnte. Etwas Vollkommenes könne allerdings nicht geboten werden. Wollte man aber etwas schaffen, was einer Partei vollkommen erscheine, würde das Unvollkommenste geschaffen. Er hoffe, daß das neue Wahlrecht zum Frieden und zur Befriedigung des Landes gereichen werde.

Die Regierung habe, indem sie die Vorlage in der Deputation akzeptierte, ein Opfer gebracht. Sie habe auf die Verhältniswahl verzichtet und auf die Körperschaftsvertreter. Das neue Wahlrecht baut sich auf auf dem Pluralwahlsystem. Es soll jeder Wahlberechtigte eine Stimme haben, dann folgen die Zuschlagsstimmen nach Maßgabe der festgelegten Kriterien. Er führt die einzelnen bereits bekanntgegebenen Merkmale für Zuschlagsstimmen auf. Man habe sich gehalten an die Lebensstellung in Verbindung mit dem Einkommen. Wir sind überzeugt, dabei gerecht verfahren zu sein. Man hat das plutokratische Moment vermieden und das Schwergewicht gelegt auf die wirtschaftliche Grundlage des Wählers mit besonderer Berücksichtigung des Mittelstandes. Man habe aber Beamte, Werkführer und andere Leute mit höheren Einkommen den selbständigen Gewerbetreibenden gleichstellen müssen, um eine einseitige Bevorzugung des Mittelstandes zu vermeiden. — Die Verfassungsänderungen haben wir von dem übrigen Inhalt des Gesetzes getrennt. Das ist nur aus praktisch-technischen Gesichtspunkten geschehen. Wenn Sie dann die Verfassungsänderung ins Auge fassen, stoßen Sie auf eine Wahlkreisänderung. Eine vollständige Neueinteilung der Wahlkreise war nicht zu erreichen. Daran sind ja schon die Kompromißverhandlungen der Zweiten Kammer gescheitert. Ganz aber konnten wir uns einer Modifikation der Wahlkreiseinteilung nicht entschlagen, aber auch da schon stellten sich Schwierigkeiten ein. Es sind auch nachträglich einige Aenderungen vorgenommen worden. So sollen Loschwitz und Wachwitz beim 24. ländlichen Wahlkreise verbleiben. Aehnliche Aenderungen sind auch in anderen Wahlkreisen vorgenommen worden. Der Redner zählt sie auf.

Dem Systeme werde der Vorwurf gemacht, ein Klassenwahlsystem zu sein, aber wir können versichern, daß uns ein Wähler mit einer Stimme ebenso lieb ist wie ein Wähler mit vier Stimmen. Wie uns ein Wähler im Arbeitskittel ebenso lieb ist wie ein Mann im eleganten Gewande (?), so schätzen wir auch den Wähler mit nur einer Stimme (?). Was die Integralerneuerung betrifft, so ist noch zu erwähnen, daß die Zweite Kammer erst kurz vor den Neuwahlen aufgelöst werden soll, weil es nicht ratsam ist, das Land längere Zeit ohne Zweite Kammer zu lassen. (Beifall.)

Staatsminister Graf v. Hohenthal: Der Berichterstatter hat mit meisterhafter Klarheit eine so voll erschöpfende und durchaus richtige Schilderung der Situation gegeben, daß ich seinen Worten eigentlich nichts hinzuzufügen brauche. Er hat, was insbesondere die Regierung anlangt, die Ansichten, von der sie geleitet worden ist, die Stellung, die sie eingenommen hat, und die Ziele, die wir verfolgen, gerecht und zutreffend gewürdigt, so daß ich in der glücklichen Lage bin, ihm auch insoweit allenthalben zustimmen zu können. Die hohe Kammer wird aus seinen Worten nicht nur entnommen haben, auf welchem Wege wir zu der jetzigen Konstellation gelangt sind, sondern auch, daß von dem Boden, auf dem die Regierung ihren Wahlgesetzentwurf aufgebaut hat, viel hat abgegraben werden müssen, bevor man zu einem wirklichen Kompromisse, nämlich zu einer prinzipiellen Einigung zwischen beiden hohen Kammern einerseits und der Regierung andrerseits gelangen konnte. Ich will nicht im einzelnen nochmals auf die Opfer zu sprechen kommen, welche die Regierung gebracht hat und die Ihnen allen ja wohl bekannt sind. Ich will nur an dieser Stelle und bei dieser Gelegenheit nochmals zum Ausdruck bringen, wie schwer es der Regierung geworden ist, auf die Verhältniswahl zu verzichten, und wie sie weiß, daß sie sich manchen Vorwürfen durch ihre Nachgiebigkeit ausgesetzt hat. Allein jeder Unbefangene wird ihr zugestehen müssen, daß es richtiger ist, das hinzunehmen, was unter den gegebenen Umständen möglich ist, als in eigensinniger Verachtung der Volksmeinung einen Konflikt zwischen Regierung und Kammern heraufzubeschwören. Darum richten sich meine Gedanken und Hoffnungen vertrauensvoll über diesen Raum hinaus nach der Zweiten Kammer der Ständeversammlung. Darum verläßt mich nicht die ermutigende Zuversicht, daß, wenn auch dort die Vorlage angenommen sein wird, der patriotische Sinn der loyalen Bevölkerung willig den Teil der Aufgabe übernehmen wird, den die Regierung allein nicht leisten kann. Diesen Teil der Aufgabe erblicke ich darin, daß die Staatsbürger dem Beispiele der Staatsregierung folgen und über dem Verzicht auf diesen oder jenen Sonderwunsch den errungenen gemeinsamen großen Vorteil nicht übersehen. Ich meine, daß mit dem im Wege des Kompromisses festgestellten System sich alle Schichten der Bevölkerung befreunden können und hoffe, daß mit dem Gesetze dem Volke der innere Frieden und die Freude am Staatsleben gesichert sein wird. (Beifall.)

Das Wort wird nicht weiter begehrt. Es folgt namentliche Abstimmung über die Vorlage der Deputation. Sie wird einstimmig angenommen.

Die ganze Verhandlung dauerte 1¼ Stunde, dann war die Vierklassenentrechtung von den Pairs angenommen.

Die Simultanschule vor der württembergischen Kammer.

In der letzten Hälfte der vorigen Woche behandelte die württembergische Kammer bei der Beratung der Volksschulnovelle die Simultanschule. Im Gegensatz zu den benachbarten süddeutschen Staaten Baden und Hessen hält Württemberg bis jetzt an der Konfessionsschule fest.

Die Einrichtung von Simultanschulen fordert nicht nur den Ausgleich konfessioneller Gegensätze, sie ist auch aus schultechnischen Gründen zu fordern. In zahlreichen Gemeinden des Landes könnte die Volksschule zu viel höherer Leistungsfähigkeit ausgebaut werden, wenn die zwerghaften Konfessionsschulen zu einer Simultanschule verschmolzen würden. Die Genossen Heymann und Hildenbrand haben schon früher in der Kammer ausgeführt, welche erhebliche Summen das System der Konfessionsschulen verschlingt. Bei der üblichen finanziellen Schwäche und auch Knauserei der Gemeinden für Schulzwecke wäre also die Simultanisierung für die Volksschule eine Wohltat. Sie wirkt aber auch erzieherisch auf die Lehrer. Die unter ihnen, die gern, besonders im Geschichtsunterricht, einem einseitigen Konfessionalismus die Zügel schießen lassen und manche Antipathien und Vorurteile gegen die andere Konfession und ihre Bekenner in die jugendlichen Gemüter pflanzen, müßten sich gewöhnen, das Trennende beiseite zu lassen und den Stoff von einem freieren, objektiveren Standpunkt zu behandeln.

Leider hat der württembergische Entwurf der Simultanschule nur einen im höchsten Grade unzulänglichen Versuch zur Aufhebung der Konfessionsschulen vorgesehen. Danach soll es in konfessionell gemischten Orten, wo nur für die konfessionelle Mehrheit Mittel- oder Hilfsschulen (für Schwachbegabte) bestehen, der Minderheitskonfession freistehen, ihre Kinder in diese zu schicken, so lange für sie nicht gleichfalls solche Schuleinrichtungen getroffen sind. Das ist alles. Die Kommission wollte erstens die Errichtung einer Simultanschule neben Konfessionsschulen freigeben, wenn wenigstens 300 Familienväter es verlangen, und zweitens konfessionell gemischte Mittel- und Hilfsschulen ohne Einschränkung zulassen. Noch weiter ging ein Antrag der Volkspartei, und eine volksparteiliche Linke wollte die Ziffer 300 des Kommissionsantrages auf 150 reduzieren.

Mit Recht machte Genosse Heymann, der in mehreren Reden unseren Standpunkt vertrat, geltend, daß mit diesen Anträgen zweierlei Recht geschaffen werde und die Simultanschule nur Stuttgart und allenfalls noch einigen Provinzstädten eingeräumt werde, während auf dem Lande weit mehr Bedürfnis dafür bestehe. Besser die Novelle falle ganz, in ein paar Jahren würde dann eine bessere kommen müssen. Die Stoßkraft für Simultanisierung der Volksschule im ganzen Lande würde später mit verstärkter Wucht einsetzen. Das brachte den volksparteilichen Stuttgarter Oberbürgermeister v. Gauß in Harnisch, der mit den üblichen Phrasen um sich warf, „der Sozialdemokratie wäre das agitatorische Bedürfnis alles", es sei ihr gar nicht ernst, etwas Positives zu schaffen.

Schließlich stellte Heymann noch den Antrag: es sollen überall da an Stelle konfessioneller Schulen Simultanschulen errichtet werden können, wo die Organe der politischen Ortsverwaltung es nach Anhören der Ortsschulräte beider Konfessionen beschließen.

Am letzten Sonnabend fiel die Entscheidung. Sämtliche Anträge wurden abgelehnt mit Ausnahme des Antrags b der Kommission, der simultane Mittel- und Hilfsschulen freigibt. Die Ablehnung des Kommissionsantrags erfolgte in namentlicher Abstimmung mit 46 gegen 36 Stimmen, wobei unsere Fraktion sich spaltete. Fünf Genossen verließen den Saal, sieben stimmten mit Nein, wegen vorliegender Gründe, nur drei mit Ja. Es bleibe also im übrigen bei dem überaus schwächlichen Zugeständnis der Vorlage. Dabei ist es noch fraglich, ob der angenommene Absatz b der Kommission im Oberhause die Mehrheit findet.

Zu der befremdenden Haltung unserer Fraktion schreibt die Schwäbische Tagwacht, unser Stuttgarter Parteiblatt, nur kurz:

„Sehr bedauert werden muß, daß nicht eine größere Uebereinstimmung unter unsern Parteigenossen erzielt wurde. Es scheint, daß es an der

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090121/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

erforderlichen Aussprache in der Fraktion gefehlt hat."

Die Stellungnahme unserer [illegible] zur Simultan-[illegible] und zu den [illegible] in der Kammer ist im übrigen klar und [illegible]. [illegible]

„Die Stimmung [illegible] dem Kommissionsantrag mit [illegible] entsprechen und den [illegible] und im [illegible] progressive [illegible] Primärlehrerschaft als das [illegible] der [illegible] Partei [illegible] ihre liberalen Grundsätze [illegible] die wenigstens den [illegible] Antrags das Recht auf [illegible] Die von der „Nationalzeitung" [illegible] Bedingungen, unter welchen [illegible] „Simultanschule" zur Einführung gelangen [illegible] [illegible] die Frage [illegible] Annahme ein die Gesamtheit der [illegible] werden [illegible] weitergehende [illegible] für eine nähere oder fernere [illegible] und zu verhindern.

[illegible] müssen den Antrag auf Errichtung einer [illegible] Schule stellen, wenn die Regierung sich darüber [illegible] Schule zu genehmigen sei. Die [illegible] gemeinsame Schule nicht fordern; sie können sie [illegible]. Bei der Regierung liegt es, dem Gesuch zu entsprechen oder es abzulehnen. Der Antrag Gübel enthält nämlich die [illegible] Bedingung, daß durch die Simultanschule „keine nachteilige Zersplitterung des Volksschulwesens der Gemeinde" bewirkt [illegible]. Die Regierung entscheidet, ob die Zersplitterung eintreten wird oder nicht. Wie der Spruch einer Kirchenregierung in [illegible] der meisten Fälle lauten wird, läßt sich denken. Wo und wenn irgendwie angängig, wird sie die Genehmigung versagen."

Wir kennen die Gründe nicht, die unsere Fraktion zu ihrer Haltung veranlaßten, und das klägliche Schauspiel einer Spaltung [illegible]. Es wäre auf jeden Fall notwendig gewesen, in einer so wichtigen Kulturfrage unter allen Umständen eine geschlossene Fraktionsmeinung zum Ausdruck zu bringen. Selbstverständlich ist das Gerede bürgerlicher Blätter von einem Block aus Zentrum, Konservativen und Sozialdemokratie, die „den Fortschritt einer fakultativen Simultanschule zu Fall gebracht" hätte, töricht und lächerlich. Es ist ganz selbstverständlich, daß Zentrum und Konservative den Kommissionsantrag aus anderen, entgegengesetzten Gründen verworfen haben als unsere sieben Genossen.

Wenn die Anschauung der Genosse Hermann Ausdruck gegeben hat, daß nach Beseitigung der jetzigen, gänzlich unzureichenden Vorschläge bald aus der Volksbewegung heraus ein besseres Simultanschulgesetz zu erreichen ist, so ist der Standpunkt der Sieben ganz gewiß als der richtige anzusehen. Es ist von außerhalb her äußerst schwierig, derartige Verhältnisse in einem anderen Bundesstaate zu übersehen und zu beurteilen. Es ist auch nötig, die Begründung der Fraktionsmitglieder, die eine andere Haltung einnahmen, kennen zu lernen.

Das aber müssen wir noch einmal aufs schärfste betonen, daß eine solche Zersplitterung bei einer Abstimmung, wie es in Stuttgart geschah, aufs peinlichste berühren muß. Wie man auch immer in der Streitfrage urteilt — das Schauspiel der Zersplitterung hätte auf keinen Fall geboten werden dürfen.

Deutsches Reich.

Die Rechtlosigkeit der Landarbeiter.

Der Reichstag hielt am Mittwoch den ersten Schwerinstag seit langen Monaten ab. Auf der Tagesordnung stand der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf endliche Beseitigung des schnöden Helotentempels, den Koalitions-, Vereins- und Versicherungsgesetzgebung den ländlichen Arbeitern und dem Gesinde auf die Stirn drückt. Unser Fraktionsredner, Genosse Stadthagen, wies in vortrefflicher Rede nach, daß alle bürgerlichen Parteien, wenn auch keineswegs in gleichem Maße, an der wie ein Hohn auf den Rechtsstaat sich ausnehmenden Rechtsungleichheit der Landarbeiter gegenüber den anderen Staatsbürgern schuld tragen. Um so notwendiger ist es, nun endlich die Buntscheckigkeit des Unrechts, unter der Gesinde und Landarbeiter Deutschlands seufzen, in eine Gleichheit des Rechts zu verwandeln.

Der Grundgedanke des sozialdemokratischen Antrags fand bei mehreren bürgerlichen Parteien sympathische Aufnahme. Mit einer in den Zeiten der Blockverrumpfung doppelt erfreulichen Frische trat der Freisinnige Gothein für die Aufhebung des Ausnahmegesetzes gegen Landarbeiter ein. Gewisse Vorbehalte machte schon, der sonst so radikale Polengraf Mielczynski und noch mehr will Herr Herold vom Zentrum das den Landarbeitern allenfalls zu gewährende Quantum Koalitionsrecht eingeschränkt wissen.

Vielleicht hätte Herr Herold noch agrarischer und noch unsozialer gesprochen, wenn ihn nicht eine freche Tirade des zungenfertigen Diederich Hahn, worin dieser auch das Zentrum anrüpelte, zu einer kräftigen Abwehr dieses 50jährigen deutschen Studenten provoziert hätte. Herr Hahn, weit entfernt, den Landarbeitern etwas wie Koalitionsrecht einräumen zu wollen, will vielmehr die Koalitionsverbote auch auf die Industriearbeiter ausdehnen. Unverfroren droht derselbe Mann, der Herrn Gothein Verhetzung vorwirft, mit Aufhetzung der katholischen Bauern, wenn das Zentrum auch nur ein Quentchen Recht den Landarbeitern zufließen lassen will.

Herr Stauffer aus der Pfalz sprach sich in etwas anständigerer Weise dem Sinne nach so ungefähr wie Herr Hahn aus. Eine urkomische Rede hielt der biedere, sich nationalliberal nennende Ostpreußischer Kiehe. Dieser gute Blockbruder vollzog [illegible] an sich selbst die konservativ-liberale Paarung, indem er in demselben Atem sich für Aufhebung und Beibehaltung der Gesindeordnung, für und gegen Koalitionsfreiheit, für reichsgesetzliche und für landesgesetzliche Regelung der Materie erklärte. Zwischendurch pries er den zunehmenden Komfort der Landarbeiterwohnungen, die jetzt schon eine Küche enthalten und vermutlich bald Klosetts mit Wasserspülung erhalten werden. Es fehlte nur noch die angenehme Perspektive auf Zentralheizung und Fahrstuhl.

Die Fortsetzung der Beratung wurde auf den nächsten Schwerinstag verschoben. Es ist sicher, daß unser Antrag an eine Kommission verwiesen wird. Am Donnerstag steht unsere und der Polen Interpellation über die dolose Handhabung des Vereinsgesetzes zur Beratung.

Preußische Etatsdebatte.

* Das preußische Geldsackparlament mußte am Mittwoch zu seinem Kummer die erste sozialdemokratische Etatsrede anhören.

Genosse Heimann hat sich in die schwierigen, verwickelten, veralteten und korrupten Zustände preußischer Politik und Verwaltung mit ungeheurem Fleiße hineingearbeitet und beherrscht die Materie, als hätten wir uns nicht erst jüngst in schwerem Kampfe die Tribüne der preußischen [illegible] Volksvertretung erobert. Er begann mit der Betrachtung der reinen Staatsfinanzen. Bei den Staatsbetrieben zeigte er, wieweit sie von der sozialistischen Forderung, Musterbetriebe zu sein, noch entfernt sind, wiewohl bei der Lohnbemessung Rücksicht nicht nur auf die Privatkapitalisten, sondern schon auf die Arbeiter und ihr Bedürfnis nach unbeschränkter Ausbeutung genommen werde. Das leitete über zu der Betrachtung der allgemeinen Lage der Arbeiter in Preußen. 87 von 100 Haushaltungsvorständen verdienen noch unter 1500 M., und dabei werden nur 30 Proz. der direkten Steuern von den Reichen aufgebracht. Aber die politischen Rechte sind weit davon entfernt, auch nur entsprechend den Steuerleistungen verteilt zu werden. 36 Proz. des preußischen Volkes gehen einfach bei den Wahlen nicht und sind durch das Dreiklassenwahlrecht genau so zu politischen Heloten erniedrigt, als ob sie überhaupt kein Wahlrecht hätten. Dem kormackigen Festhalten des Fürsten Bülow an dieser ungeheuren Wahlrechtsschmach Preußens stellte Genosse Heimann das Beispiel des österreichischen Ministerpräsidenten Baron Beck entgegen, der das allgemeine Wahlrecht als staatserhaltende Notwendigkeit für Oesterreich durchgeführt hat. Selbst die Türkei ist in ihrem Wahlrecht Preußen gegenüber ein fortgeschrittenes Land. Die Folgen dieses Wahlunrechts zeigen sich deutlich in den ganzen wirtschaftlichen und politischen Zuständen Preußens. Die Not der Landarbeiter, denen man das Koalitionsrecht vorenthält, und die man unter die Prügelbestimmungen der Gesindeordnung zwingt, hat darin ebenso ihren Grund, wie der Mangel jeder Wohnungsfürsorge, das Scheitern jedes Wohnungsgesetzes. Das ganze öffentliche Leben Deutschlands, das wies Genosse Heimann überzeugend nach, ist in die engen bureaukratischen Fesseln Preußens geschlagen. Kommunen und Kreise haben keine Selbstverwaltung, die Lehrer der Jugend nicht die mindeste Meinungsfreiheit, der Großgrundbesitz und in den Städten das Hausagrariertum unbeschränkte Vorrechte. Trotz dieser ungeheuren Rückständigkeit Preußens hat es gestern der Ministerpräsident für nötig gehalten, neue Ausnahmegesetze gegen die Arbeiterschaft anzukündigen. Unser Fraktionsredner erklärte, daß wir nicht den mindesten Grund haben, den Kampf zu fürchten, und wies den Fürsten Bülow gelassen auf die traurigen Erfahrungen des Fürsten Bismarck hin, die dieser „eiserne Kanzler" mit der Lebenskraft der Sozialdemokratie in den 12 Jahren des Sozialistengesetzes gemacht hat. Aber auch diese neueste Provokation des arbeitenden Volkes ist nur eine Folge davon, daß die ganze preußische Politik im Interesse der Junker steht und von ihnen gemacht wird. Längst ist das Bürgertum zu feig, um sich dagegen aufzulehnen, und der Arbeiterschaft wird es vorbehalten bleiben, das Joch der preußischen Reaktion zu zerbrechen.

Der Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben hielt zur Erwiderung eine seiner gewöhnlichen Scharfmacherreden. Schlankweg behauptete er, daß nicht die Sozialdemokratie, sondern eine andere Partei — welche sagte er nicht — die echte Vertreterin der Arbeiterinteressen sei. Die Steuerpolitik der Regierung verteidigte er damit, daß von 38 Millionen Preußen 20 Millionen steuerfrei seien. Besonders die Säuglinge und die Altersrentner! Aber im Ernst beweist das nur, daß eben 20 Millionen Preußen keine 900 M. Einkommen im Jahre haben. Freiherr v. Rheinbaben lobhudelte dann die Zollwucherpolitik, und wie ein Hohn auf die Arbeiterschaft in der gegenwärtigen Krise klang es, als er versicherte, daß diese Politik den Arbeitern sicheren und ausreichenden Lohn verschafft habe. Zum Schlusse leugnete er auch nicht, daß die Regierung an ein neues Ausnahmegesetz denkt, nur wenn er es eventuelle künftige Notwendigkeit der Verstärkung des Schutzes gegen die Sozialdemokratie.

Genosse Heimann hatte den schmachvollen Vorgang aus der Wahlprüfungskommission erwähnt, wo die Freisinnigen vier unserer Berliner Mandate kassieren wollen wegen angeblich falscher Aufstellung der Listen, obwohl in allen Berliner 12 Wahlkreisen die Listen nach genau denselben Grundsätzen aufgestellt worden. Der freisinnige Herr Fischbeck ist Referent in dieser Wahlprüfungssache und hat in unerhörter Schamlosigkeit der Wahlprüfungskommission nicht mitgeteilt, daß gegen alle 12 Berliner Wahlen wegen dieser Listenaufstellung von konservativer Seite ein rechtzeitiger Wahlprotest eingegangen ist. Die Freisinnigen wollen eben nur von unseren 6 Mandaten 4 stehlen und ihre 6 behalten. Jetzt sind sie betrogene Betrüger und müssen selbst in die Grube fallen, die sie uns gegraben haben. Wegen dieser Entlarvung schäumte Herr Fischbeck vor Wut und schimpfte in den gemeinsten Ausdrücken auf die Sozialdemokratie und unsere Landtagsabgeordneten, deren Wahl wegen des Terrorismus ungültig wäre. Unsere Genossen werden Herrn Fischbeck bei Gelegenheit eine derbe Antwort geben.

In der nächsten Sitzung am Montag stehen die Wahlrechtsanträge auf der Tagesordnung.

Der Branntweinsteuergesetzentwurf vor der Finanzkommission des Reichstages.

Die Kommission beriet am Mittwoch den Gesetzentwurf über die Branntweinsteuer. Der Referent, Abg. Weber (natl.) sprach mit keinem Wort über den Entwurf. Dagegen äußerte er sich abfällig über die Petitionen. Der Korreferent Schweickardt (südd. Demokr.) führte aus: Dem Staate gingen durch das jetzige Branntweingesetz, das Bonifikationen und Liebesgaben für die Agrarier enthalte, viele Millionen Mark verloren. Der Redner erklärte, er sei prinzipieller Gegner des Monopols und sagte, daß großer Unwille über die Spiritus-Zentrale vorhanden sei. Speck (Zentrum) sprach ebenfalls gegen das Monopol, das einen hohen Preis des Branntweins bringen werde. Der Ministerialdirektor Kühn erklärte, ein Festhalten an der Kontingentierung der Branntweinbrennerei sei nötig. Darauf brachte Abg. Speck im Namen des Zentrums folgende Resolution ein:

„Die Kommission wolle für den Fall der Ablehnung des § 1 des Entwurfes eines Gesetzes über den Zwischenhandel des Reiches mit Branntwein die Weiterberatung dieses Gesetzentwurfes aussetzen und beschließen: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen, unter Aufhebung der Maischbottichsteuer, der Material- und der Brennsteuer und unter gleichzeitiger entsprechender Erhöhung der Verbrauchsabgabe ein höheres finanzielles Erträgnis aus der Branntweinbesteuerung sichergestellt wird unter geeigneter Berücksichtigung der Interessen der landwirtschaftlichen, sowie auch der kleineren und mittleren Brennereien und auch der in einzelnen Teilen des Reiches bei Herstellung des Branntweins erwachsenen höheren Produktionskosten, sowie unter Wahrung der den süddeutschen Staaten zugestandenen Reservatrechte."

Abg. v. Gamp meint, der Grundgedanke des Entwurfes solle erhalten werden, nämlich: Die Kontingentierung der Brennerei und die staatliche Bemessung des Preises für Branntwein. Ein Rückgang des Konsums sei nach dem Gesetz unausbleiblich. Er trat für eine Subkommission oder für eine engere, vertrauliche Besprechung ein.

Genosse Südekum erklärte: Die Annahme des Monopols scheine ausgeschlossen. Er polemisiert gegen Gamp. Die Spirituszentrale sei am Ende ihres Lateins und müsse zusammenbrechen. Der Entwurf bedeute eine Verewigung der Privilegien der Schnapsbrenner.

Schatzsekretär Sydow äußerte Bedenken gegen die Ausführungen des Antrages Speck, ebenso der Abg. Diederich, der dem Zentrum eine Aenderung der Resolution vorschlug und ausführte: Die Gewerbefreiheit sei eine Frage; die Kontingentierung der Branntweinprodukte, die früher gebräuchlich war, beschränke die Gewerbefreiheit auch. Kontingentierung sei ein gesunder, volkswirtschaftlicher Gedanke; er halte den Preis für gewerblichen Spiritus niedrig und, da die Ueberproduktion eine Gefahr für das Gewerbe bildet, sei eine Kontingentierung absolut notwendig.

Das Zentrum änderte daraufhin seine Resolution, indem es beantragte, dem Reichstage solle kein Gesetzentwurf vorgelegt, sondern es solle eine Subkommission eingesetzt werden, die einen, der Resolution entsprechenden Gesetzentwurf ausarbeitet. Am Schlusse sprach der Abg. Gothein, der aber wegen des Beginns des Plenums seine Rede abbrechen mußte; es trat also Vertagung der Beratungen ein.

Kritisches zum Falle Bülow.

Danzig, 20. Januar. Im Provinzialverein der Konservativen Westpreußens sagte Oldenburg-Januschau, die Dienstagrede Bülows werde eine wesentliche Aenderung der Stellung der Konservativen zum Reichskanzler zur Folge haben. Die Nachlaßsteuer sei für die Konservativen unmöglich. Die Drohung des Fürsten mit seinem Rücktritt ziehe nicht mehr.

Berlin, 21. Januar. In Hofkreisen soll der Wunsch bestehen, in die neue Strafnovelle „einige Bestimmungen aufzunehmen, die sich schärfer gegen die Sozialdemokratie kehren" könnten. Bülow soll der Verwirklichung dieses Wunsches abgeneigt sein.

Was ist ein Royalist?

Fürst Bülow hat sich in seiner neuesten Rede als „Royalisten" bezeichnet. Da in blockfreisinnigen Kreisen vielleicht Zweifel über die eigentliche Bedeutung dieser politischen Bezeichnung bestehen, sei in Erinnerung gebracht, wie im „Großen Meyer" das Wort Royalist erklärt wird:

Royalisten (französisch, sprich roajalisten), Anhänger des Königtums, und zwar des absoluten im Gegensatz zur konstitutionellen Monarchie; in Frankreich seit 1789 die Anhänger des Hauses Bourbon im Gegensatz zu den Bonapartisten und Republikanern auch Legitimisten genannt.

In Frankreich hört man heute wenig mehr von den „Royalisten". Der letzte, der von sich reden machte, war der Kellner Matthis, der den greisen Präsidenten Fallières auf seinem Spaziergang überfiel. Der Präsident Fallières wird sich gewiß freuen, zu hören, daß sein nobler Gegner den leitenden Staatsmann des Deutschen Reichs nunmehr als seinen engeren Gesinnungsgenossen begrüßen darf.

Württemberg und die Sydowprojekte.

Stuttgart, 20. Januar. Nach zweitägiger Verhandlung hat sich die Zweite Kammer gegen die Gas-, Elektrizitäts- und Weinsteuer ausgesprochen und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß der Reichstag den genannten Steuern die Zustimmung verweigern werde. Ferner wurde die Erwartung ausgesprochen, daß die württembergische Regierung bei den weiteren Verhandlungen über die Steuerreform im Bundesrat für keine dieser Steuern eintreten werde. Ein von den Sozialdemokraten und den Zentrumsabgeordneten eingebrachter Antrag, der sein Bedauern darüber ausdrückt, daß die württembergische Regierung diesen Steuerentwürfen zustimme, wurde gegen Sozialdemokraten, Zentrum und einige Mitglieder der Volkspartei abgelehnt.

Anarchistenhetze.

Der Düsseldorfer Polizei wurde im September vorigen Jahres von Berlin aus die Mitteilung gemacht, daß eine Nummer der anarchistischen Zeitung beschlagnahmt sei. Auf Grund der Mitteilung wurde in Düsseldorf bei den bekannten Anarchisten Haussuchung gehalten und bei dem Anstreicher Wachendorf die Broschüre Soldatenbrevier in vier Exemplaren gefunden. Außerdem die Schriften Gottespest und Generalstreik, aber keine der beschlagnahmten Zeitungen. Wachendorf wurde verhaftet, aber nach einigen Tagen freigelassen. Jetzt hatte er sich wegen Verbreitung anarchistischer Schriften vor dem Schöffengericht zu verantworten. Es wurde ihm vorgehalten, daß ein Zeuge erklärt habe, eine der konfiszierten Broschüren von ihm gekauft zu haben. Der Angeklagte bezeichnete diese Aussage als Lüge, die dem Zeugen von der Polizei abgepreßt worden sei. Die Polizei habe dem Zeugen gedroht, daß er es beim Militär, zu dem er eingezogen wurde, schlecht haben solle, wenn er nicht die gewünschte Erklärung abgebe. Ihm, dem Angeklagten, habe die Polizei zwei Jahre Zuchthaus angedroht, wenn er kein offenes Geständnis ablege. In den Kreisen der sogenannten Anarchisten sei es offenes Geheimnis, daß die politische Polizei Zeugen künstlich züchte. Die bei ihm gefundenen Broschüren wären ihm ohne Bestellung von Amerika zugesandt worden. Die Angaben des Wachendorf wurden vom Zeugen Heusgen unterstützt.

Der Amtsanwalt beantragte einen Monat Gefängnis, weil die Verbreitung erwiesen sei, das Gericht kam aber zu einer Freisprechung. Eine Begründung des Urteils wurde nicht gegeben.

Aus der Wahlprüfungskommission des Reichstages. Die Wahl des Abgeordneten v. d. Wense (Hannover 15), der mit 13811 gegen 7367 welfische und 1806 sozialdemokratische Stimmen gewählt ist, wurde beanstandet und Beweiserhebung beschlossen. Der Protest der Welfen richtet sich hauptsächlich gegen die Agitation der Kriegervereine und eine Reihe Verletzungen des Wahlgeheimnisses.

Die Reichstagsersatzwahl im Kreise Hoya-Verden. Der Bund der Landwirte stellt für die Nachwahl einen eigenen Kandidaten auf. Im Falle seiner Wahl soll er sich der freikonservativen Partei anschließen.

Haftung für Automobilschäden. Die Festsetzung von Höchstbeträgen bei der Haftung für Automobilschäden wurde von der Reichstagskommission abgelehnt.

Kleine politische Nachrichten. Aus Bern wird gemeldet: In der am Mittwoch nach Berlin abgegangenen Note in der Mehlzollfrage hält der Bundesrat unbedingt an seinem früheren Standpunkt sowohl hinsichtlich des Schiedsgerichtes als auch an eventueller Freigabe des Mehlzolles fest. Die Note nimmt ferner Bezug auf die zwischen den schweizerischen und deutschen Müllern zu führenden Verhandlungen. — Die bisher zu verspürenden Wirkungen des Boykotts deutscher Waren in der Schweiz halten sich in den Grenzen dessen, was auf deutscher Seite vorausgesehen wurde. Der Boykott bleibe bisher vereinzelt. — Der Immunitätsausschuß des ungarischen Abgeordnetenhauses wird die nachgesuchte Auslieferung der in den großserbischen Hochverratsprozeß verwickelten kroatischen Abgeordneten nur zum Zwecke der Versetzung in den Anklagezustand, nicht aber, wie verlangt wurde, zur Verhängung der sofortigen Haft bewilligen. — Wie aus London gemeldet wird, erhielt die englische Regierung eine russische Denkschrift über die unter den Auspizien Rußlands und Englands für Persien einzuführende Verwaltungsreform. Der Schwerpunkt der Denkschrift soll in Vorschlägen zu einer Neuregelung der persischen Finanzen liegen, für die auf eine besondere Mitwirkung französischen Kapitals gerechnet wird. Voraussetzung der Finanzreform ist die Einführung einer budgetmäßigen Regierung und folglich auch die Sicherung der Konstitution für Persien. — Der venezolanische Sondergesandte Paul in Haag erklärte einem Vertreter des Reuter-Bureaus, der Fall Castro sei das Werk des Volkes. Die Konflikte mit anderen Ländern hätten nur deshalb einen gefährlichen Charakter gezeigt, weil Castro einer drohenden Revolution vorbeugen wollte.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Der Sprachenstreit.

Wien, 20. Januar. Das Abgeordnetenhaus ist heute wieder zusammengetreten. Die Regierung brachte einen Gesetzentwurf zur Errichtung einer selbständigen italienischen Fakultät in Wien ein. Im übrigen war die ganze Sitzung durch die Verhandlung von deutscher und von tschechischer Seite eingebrachter Dringlichkeitsanträge über die Doppelsprachigkeit der durch das deutsche Gebiet Böhmens führenden Lokalbahnen gewidmet. Im Laufe der Debatte wurde auch die Prager Postaffäre zur Sprache gebracht. Der Sch[illegible]

alldeutsche Stroußky verlangte einen Erlaß, in dem die deutsche Amtssprache im Postverkehr sichergestellt wird. Die Deutschen könnten nur in diesem Falle an der Sprachenenquete teilnehmen.

Wien, 20. Januar. Einer parlamentarischen Korrespondenz zufolge haben die deutschfreiheitlichen Parteien beschlossen, mit der Nominierung von Kandidaten für die nationale Enquete so lange zu warten, bis die Regierung Verfügungen in der böhmischen Postangelegenheit getroffen hat.

Die Grubenkatastrophe von Domany und Aska.

Budapest, 20. Januar. Abgeordnetenhaus. In Beantwortung einer Interpellation über das Bergwerksunglück in Domany und jenes in Aska erklärte Ministerpräsident Dr. Wekerle, daß nach den angestellten Ermittlungen keine Vorsichtsmaßregel außer acht gelassen worden sei. Auf Grund der Erfahrungen von Courrières seien seinerzeit moderne Sicherheitsvorkehrungen wegen der Ventilation und der Lampen getroffen worden. In Domany sei das Unglück durch eine Gasentzündung verursacht worden, ohne daß eine Explosion erfolgt sei. In Aska sei es gelegentlich der Untersuchung eines Ventilators durch einen Aufseher herbeigeführt worden, dessen Lampe den Ventilator in Brand gesteckt habe. In beiden Fällen hätten die Hinterbliebenen auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes eine Versorgung erhalten. Die Antwort des Ministerpräsidenten wurde zur Kenntnis genommen.

Budapest, 20. Januar. Von maßgebender Seite wird aufs entschiedenste erklärt, die Gerüchte von der Demission einzelner Minister oder von einer bevorstehenden Kabinettskrise seien unbegründet; im Kabinett herrsche vollständige Einmütigkeit, und die aufgetauchten Meinungsverschiedenheiten seien nicht so bedeutend, daß sie die Solidarität des Kabinetts in Frage stellen könnten.

Balkan.

Aus dem türkischen Parlamente.

Konstantinopel, 20. Januar. Die Deputiertenkammer erledigte eine große Reihe von Anträgen und lehnte den Antrag, der Sultan solle alle Besitztümer, die er unter dem alten Regime erworben habe, dem Staat zurückgeben, einstimmig ab. Der Abgeordnete für Taschlidscha bemerkte zu der im Exposé des Großwesirs erwähnten Räumung des Sandschaks Nowipasar, die Ansicht sei irrtümlich, daß die Oesterreicher als Kompensation den ganzen Sandschak geräumt hätten, da nur zwei kleine Städte von ihnen besetzt gewesen seien. Er beantragte, den Großwesir zu interpellieren, weshalb er diesen Irrtum durch das Exposé verbreitet habe, und ihn aufzufordern, das Protokoll über die türkisch-österreichischen Verhandlungen entsprechend zu ändern. Der Antrag wurde angenommen.

Ministerkrisis in Serbien.

Belgrad, 20. Januar. Aus amtlicher Quelle wird gemeldet: Der Ministerpräsident hat am 15. Januar die Demission des Kabinetts eingereicht und diesen Schritt mit dem Wunsche begründet, daß ein neues Kabinett gebildet werde, das sich einer zuverlässigeren Unterstützung durch das Parlament bei Führung der Staatsgeschäfte erfreuen würde. Der König hat bedingungsweise die Demission des Kabinetts angenommen und zu gleicher Zeit seine Zustimmung zur Eröffnung von Verhandlungen zur Bildung eines neuen Kabinetts gegeben. Nachdem die Versuche in dieser Hinsicht gescheitert sind, hat der König heute gestern dem Ministerpräsidenten erklärt, die Demission nicht annehmen zu können, und ihn aufs neue seines Vertrauens versichert.

Rußland.

Ueber Rußlands Finanzverhältnisse

erklärte aus Anlaß verschiedener im Auslande veröffentlichter Zeitungsnachrichten Finanzminister Kokowzow dem Petersburger Vertreter des Wolffschen Telegraphenbureaus in einer Unterredung folgendes: Die Gerüchte über eine bevorstehende auswärtige Staatsanleihe, die nach dem Abschlusse der Pariser 4½proz. Anleihe abzuschließen sei, sind vollkommen aus der Luft gegriffen. Für 1909 und 1910 kann Rußland, falls der Friede erhalten bleibt, ohne jegliche auswärtige Anleihe auskommen. Im Jahre 1911 wird die zum großen Teil in deutschen Händen befindliche 4½proz. Staatsanleihe von 1905 zur Rückzahlung fällig werden. Es ist aber zweifellos, daß die jetzigen Inhaber dieser Papiere suchen werden, sie zu behalten. Die Konvertierung dieser Anleihe wird wahrscheinlich nicht erfolgen. Es ist möglich, daß es im Laufe des nächsten Jahres nötig wird, eine innere Anleihe aufzunehmen, die aber mit Leichtigkeit im Inlande unterzubringen sein wird. Zur allgemeinen Finanzlage Rußlands wies der Minister darauf hin, daß die Ernten in dem letzten Jahre allerdings zu wünschen übrig ließen, daß indessen die Einfuhr des Jahres 1908 mit 676 Millionen Rubel der des Vorjahres annähernd gleich sei. Der Gesamtexport Rußlands habe im Jahre 1908 900 Millionen Rubel gegen 978 Millionen Rubel im Vorjahre betragen, so daß für 1908 immer noch ein Ueberschuß in der Ausfuhr gegen die Einfuhr von 225 Millionen Rubel übrig bleibe. Es sei auch zu berücksichtigen, daß seit drei Jahren an den Agrarreformen gearbeitet werde, daß aber die Wirkung eines solchen groß angelegten Kulturwerkes erst ganz allmählich in Zahlen zum Ausdruck kommen könne. Die letzte 450 Millionen-Anleihe solle am 22. Januar d. J. endgültig zur Zeichnung aufgelegt werden. Die Verhandlungen mit ausländischen Banken seien abgeschlossen und der Ukas zur Emission bereits unterzeichnet. Die Erhöhung des Diskonts der Bank von England auf 3 Proz. könne keineswegs ungünstig auf die Emission dieser Anleihe einwirken. Das gehe unter anderem auch daraus hervor, daß bereits am Mittwoch, drei Tage vor der Emission in Paris, der volle Betrag der auf London entfallenden Summe auf der Londoner Börse gezeichnet sei.

Gegen die Henkersarbeit.

Petersburg, 20. Januar. Der in Moskau tagende Kongreß der russischen Kriminalisten nahm gestern ohne Debatte einstimmig einen Beschluß an, sofort die Todesstrafe aufzuheben. Es sei im Interesse des Staates notwendig und werde zur Verminderung der Zahl der Verbrechen und zur sittlichen Hebung des russischen Volkes beitragen.

Petersburg, 20. Januar. Es stellt sich heraus, daß unter dem Einfluß der Hofpartei der ganze rechte Flügel des Reichsrats beschlossen hatte, Stolypins Stellung nach Möglichkeit zu schwächen und alle Maßregeln zu treffen, um ihn zu stürzen und ein anderes, noch reaktionäreres Kabinett an das Ruder zu bringen.

Petersburg, 20. Januar. Vor dem Marinegericht begann gestern der Prozeß gegen den verabschiedeten Admiral Alegejew, der der Veruntreuung und Bestechlichkeit bezichtigt wird.

Petersburg, 20. Januar. Dem Marineminister Dikow ist die aus Gesundheitsrücksichten nachgesuchte Entlassung aus dem Staatsdienste gewährt worden.

Ein Spitzelwerk.

Petersburg, 19. Januar. Der politischen Geheimpolizei ist es gelungen, eine Gruppe von Terroristen in Petersburg aufzuheben, die Anschläge gegen hochstehende Beamte vorbereitet haben soll. In der Wohnung eines Uhrmachers Leontjew versammelten sich seit einiger Zeit gegen dreißig Personen. Von diesen wurden, als die Polizei dort eindrang, elf sofort und siebzehn noch im Laufe des Tages verhaftet. Unter den Verhafteten befinden sich drei Frauenzimmer.

Die von Paris verbreitete Nachricht, daß der russische Terrorist Asew an verschiedenen Attentaten gegen russische Würdenträger, darunter jenen gegen Plehwe und den Großfürsten Sergius, beteiligt gewesen sei, wird hier an amtlicher Stelle völlig in Abrede gestellt. Er soll an mehreren Beraubungen wie Geldtransporten, darunter an dem Ueberfall im Fonarnyj Perenlok in Petersburg, beteiligt gewesen sein.

Sächsischer Landtag.

II. Kammer.

174. Sitzung vom 21. Januar 1909.

Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte über das Wahlverfahren wird die Wahl der Mitglieder und der stellvertretenden Mitglieder zum Staatsgerichtshof vorgenommen. Man entscheidet sich schließlich dafür, daß die Wahl der ordentlichen Mitglieder durch Zuruf, die der Stellvertreter zum Teil durch Stimmzettel vorgenommen wird. Zu ordentlichen Mitgliedern werden gewählt Oberlandesgerichtsrat Thierbach, Justizrat Opitz und Justizrat Rudolf, sämtlich in Dresden. Einstimmig erfolgt auch die Wahl des Justizrats Dr. Stöckel in Dresden zum Stellvertreter. Bei der Wahl des zweiten Stellvertreters entfällt die Mehrzahl der Stimmen auf den Justizrat Möller aus Plauen, der von liberaler Seite vorgeschlagene Landgerichtspräsident Petrikowsky erhält 23 Stimmen.

Es folgt die Beratung über den Antrag Dr. Zöphel und Genossen über die Gleichstellung der Arbeiterrenten bei der Gemeindebesteuerung mit den Beamtenpensionen. Die Gesetzgebungsdeputation, der die Sache überwiesen worden war, stellt hierzu folgenden Antrag:

1. Die Regierung zu ersuchen, dem nächsten Landtage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die aus den Arbeiterversicherungen stammenden Bezüge nur zu vier Fünfteln überall da in Anschlag zu bringen sind, wo Gemeindesteuern nach dem Maßstabe des Einkommens erhoben werden.

2. Die Erste Kammer zum Beitritt zu diesem Beschlusse zu ersuchen.

Abg. Kreuzel (Berichterstatter): Der durch die beantragte Maßnahme entstehende Steuerausfall werde nur äußerst geringfügig sein. Nach den angestellten Berechnungen hätten mittlere und größere Gemeinden nur 3 bis 12 und 15 Mark Steuerausfall. Daraus gehe hervor, daß das geforderte Gesetz den Arbeitern, die Rente beziehen, auch nicht viel nütze.

Abg. Zöphel: Da es nicht mehr möglich sei, diesem Landtage einen Gesetzentwurf vorzulegen, müsse er sich bescheiden und bis zum nächsten Landtage warten. Er ersuche aber die Regierung, den Gesetzentwurf auch dann einzubringen, wenn die Reform des Gemeindesteuerwesens noch nicht in Angriff genommen werde.

Eine Petition des Privatmanns Dietrich in Zwenkau, die Nachzahlung der Verpflegbeiträge für seine in der Landesanstalt Hubertusburg untergebrachte Ehefrau (es handelt sich um einen Betrag von 2500 M., den D. nachzahlen soll) wird der Regierung nach kurzer Debatte zur Kenntnisnahme überwiesen.

Der Amtsgerichts-Aktuar a. D. Voigt in Leipzig-Schleußig sucht um Gewährung einer Unterstützung aus Staatsmitteln nach. Näheres ist aus dem undeutlich vorgetragenen, sehr ausführlichen Berichte des Abg. Schlag bei der im Hause herrschenden Unruhe nicht zu verstehen. Dem Antrage der Deputation gemäß wird ohne Debatte beschlossen, die Petition auf sich beruhen zu lassen.

Es folgt die Schlußberatung über das Diätengesetz. Die Finanzdeputation beantragt einige Aenderungen der Vorlage. In der Hauptsache zielen sie darauf ab, daß die Beteiligung an einer Deputationssitzung gleichbedeutend mit Anwesenheit im Hause sein solle. Ein anderer Antrag der Deputation besagt, daß die Diäten bei der Einkommensteuer außer Ansatz zu bleiben haben.

Abg. Schieck (Berichterstatter): Die Einführung einer Pauschale sei nur zu begrüßen, man könne dann den Abgeordneten nicht mehr vorwerfen, daß sie auch für die Ferienzeit und die sitzungsfreien Tage besondere Tagegelder erhielten. Ob sich freilich die Hoffnung erfülle, daß die Pauschale eine Verkürzung der Landtagsdauer bewirke, ist zu bezweifeln. Wer das erwarte, müsse jetzt der Ansicht sein, daß die Abgeordneten der Diäten wegen hier sitzen. Ich bin überzeugt, daß das von keinem Mitgliede des Hauses behauptet werden kann. Denn es sind doch auf der andern Seite die persönlichen und finanziellen Opfer, die der Einzelne zu bringen hat, viel höher anzuschlagen. (Sehr richtig.)

Abg. Günther: Er sei mit seinen politischen Freunden der Ansicht, daß weder eine Erhöhung der Diäten noch eine Pauschale erforderlich sei, deshalb werde er gegen das Gesetz stimmen.

Abg. Schieck (natl.): Da die Kaufkraft des Geldes geringer geworden sei, sei eine Erhöhung der Diäten berechtigt.

Sodann wird in namentlicher Abstimmung § 1 der Vorlage gegen wenige Stimmen angenommen. Unter den Abgeordneten, die dagegen stimmen, ist auch Träber-Arnsdorf. Aus den konservativen Reihen wird ihm darauf zugerufen: Willst wohl mehr haben?

Nach § 7 sollen Landtagsabgeordnete, die zugleich Reichstagsabgeordnete sind, bei Anwesenheit in einer Plenarsitzung des Landtags ein Tagegeld von 15 M. erhalten, aber keine Pauschale.

Abg. Schieck (Berichterstatter): Die Deputation sei geneigt gewesen, die Wünsche der Mitglieder des Hauses, die zugleich Reichstagsabgeordnete seien, zu berücksichtigen und 20 M. Tagegelder zu gewähren, weil in Berlin 20 M. abgezogen würden. Man habe aber dieser Sache wegen keine Differenzpunkte mit der Regierung schaffen wollen.

Abg. Merkel bedauert, daß der jetzige Mißstand aufrechterhalten bleibe, daß Doppelmandatare, obwohl sie mehr Arbeit leisten müßten, bezüglich der Diäten schlechter gestellt seien, als die einfachen Landtags- und Reichstagsabgeordneten. Er beantragt, die Entschädigung für Landtagsabgeordnete, die Reichstagsabgeordnete sind, so zu erhöhen, daß ihnen alle Abzüge wieder vergütet werden, die sie durch Anwesenheit im Landtage im Reichstage erleiden.

Abg. Hähnel: Die Erhöhung der Tagegelder für Abgeordnete mit Doppelmandaten führe dazu, daß die Finanzen des Landes zur Beseitigung eines Uebelstandes belastet würden, der durch die Reichsgesetzgebung verursacht sei.

Abg. Merkel tritt nochmals für seinen Antrag ein. Es wäre ein Unrecht, wenn Doppelmandatare, die doppelte Arbeit hätten, schlechter gestellt würden als die übrigen Herren.

Finanzminister Dr. Rüger: Die Regierung könne sich nicht entschließen, einen Zustand durch Landesgesetz zu ändern, der durch ein Reichsgesetz geschaffen werde, zumal dann, wenn der sächsische Staat mit seinem Geldbeutel Leistungen erfüllen soll, die dem Reiche zukommen. Wenn man den Abgeordneten mit Doppelmandaten 20 M. gewähren würde, würden sich die übrigen Abgeordneten, die unter Umständen nur 15 M. Tagegelder bekommen, benachteiligt fühlen.

Abg. Langhammer tritt ebenfalls für den Antrag Merkel ein.

Abg. Merkel (natl.): Wenn der Minister sich auf den finanziellen Standpunkt stelle, so erwidere er, daß ein Landtagsabgeordneter, der zugleich Reichstagsabgeordneter sei, der Regierung billiger zu stehen komme wie die anderen Herren. Denn diese Landtagsabgeordneten müßten dem Landtage in der Zeit, wo der Reichstag in den Ferien sei, ganz umsonst ihre Arbeit verrichten.

Abg. Andrä (kons.): Er halte die Gründe des Abg. Merkel für berechtigt; da aber die Regierung einen ablehnenden Standpunkt einnehme, würde man das ganze Gesetz gefährden, wenn der Antrag Merkel angenommen werde.

Die Abstimmung über den Antrag Merkel, wonach Landtagsabgeordnete, die zugleich Reichstagsabgeordnete sind, Diäten in der Höhe erhalten sollen, daß die Verluste dadurch ausgeglichen werden, die Doppelmandatare durch ihre Tätigkeit im Reichstage erleiden, bleibt zweifelhaft. Der Präsident stellt erst 34 gegen und 33 Stimmen für den Antrag und später Stimmengleichheit fest. Es wird namentlich abgestimmt.

Vor ihr erhält der Finanzminister Dr. Rüger das Wort zu der Erklärung, daß er für seine Person kein Interesse mehr an dem ganzen Gesetz habe, wenn der Antrag Merkel angenommen werde.

Die Debatte wird wieder eröffnet.

Abg. Langhammer (natl.): Die Erklärung der Regierung bedauere er im Interesse der Wahlrechtsreform aufs tiefste. Ich glaube aber nicht, daß die Kundgebung des Finanzministers ernst zu nehmen ist. Ich ersuche die Kollegen, sich dadurch in ihrer Abstimmung nicht irre machen zu lassen. Schließlich wird, nachdem der Abg. Ulrich gegen den Antrag Merkel stimmt, obwohl er erst dafür gestimmt hat, der Antrag Merkel mit 34 gegen 33 Stimmen abgelehnt. Bei § 10, wonach die Diäten bei der Einkommensteuer nicht veranlagt werden sollen, fordert Abg. Heymann größere Klarheit darüber, wie es bei der Gemeindesteuer zu halten sei.

Abg. Hähnel: Es sei klar, daß die Diäten auch nicht als steuerpflichtiges Einkommen von der Gemeinde betrachtet werden sollen.

Dann wird der Steuerpassus nach den Anträgen der Deputation angenommen, ebenso die übrigen Paragraphen.

Schließlich gelangt das ganze Gesetz in namentlicher Abstimmung mit 51 gegen 16 Stimmen zur Annahme. Die erforderliche Zweidrittelmehrheit ist demnach gegeben.

Nächste Sitzung: Freitag, 10 Uhr. Tagesordnung: Das Wahlgesetz und Petitionen.

Wetterprognose des Sächs. Meteorologischen Instituts zu Dresden für den 22. Januar 1909

Ruhig; aufheiternd; kälter; trocken.

Dresdner Polizeibericht vom 21. Januar.

Bezugnehmend auf den Polizeibericht vom 14. d. M., den Taschendieb Schlosser Bruno Klügel und Genossen betreffend, die unter Umarmung der betreffenden Personen diesen Uhren und Geldtäschchen aus den Taschen gestohlen haben, ist noch zu bemerken, daß bei den Tätern noch 3 Taschenuhren gefunden worden sind, die von derartigen Diebstählen herrühren. Die eine Uhr, eine silberne Herren-Remontoiruhr, ist einem Manne am 1. August 1908 auf der Vogelwiese gestohlen worden, eine andere will einer der Täter Ende September 1908 bei der Bedürfnisanstalt am Löbtauer Rathaus gefunden haben, während die dritte, eine silberne Herren-Schlüsseluhr, einem Manne Anfang Dezember 1908 auf dem Wiener Platz in den vor dem Hauptbahnhofe liegenden Anlagen abgenommen worden ist. Anzeigen sind hierüber noch nicht erstattet worden. Die Eigentümer der Uhren werden ersucht, sich bei der Kriminalabteilung zu melden, woselbst auch die Uhren zur Ansicht ausliegen.

Letzte Telegramme.

Aus dem Reichstage.

Berlin, 21. Januar. (Privattelegramm.) Zu der Interpellation der Handhabung des Reichsvereinsgesetzes ergreift das Wort der Abg. Brey-Hannover (Soz.). Der Gunst der Geschäftsordnung und dem Abg. Bassermann hat es der Staatssekretär zu verdanken, daß er sich über diese Frage bereits vor der Behandlung der Interpellation äußern konnte. Wir haben dem Staatssekretär einen Teil des Materials unterbreitet und sind gespannt darauf, ob er die erhobenen Vorwürfe entkräften kann. Aus dem angesammelten Material ergibt sich, daß die altbekannten Schikanen auch unter dem neuen Vereinsgesetz betrieben werden. Der Staatssekretär hat einfach nicht die Macht, der Polizei begreiflich zu machen, daß sie das Gesetz zu achten hat. Redner zählt eine große Menge solcher Verstöße gegen das Vereinsgesetz auf, dabei betonend daß damit das Material noch lange nicht erschöpft sei.

Aus der Finanzkommission des Reichstages.

Berlin, 21. Januar. (Privattelegramm.) Zunächst sprach der Abg. Gothein gegen das Branntweinmonopol. Der Staatssekretär tritt jedoch lebhaft für die Kontingentierung der Branntweinbrennerei ein. Die Kontingentierung müsse erhalten bleiben, sonst beginne der Kampf aller gegen alle, und die Großen schlagen die Kleinen tot. Abg. Speck (Zentr.) tritt für die Interessen der süddeutschen Brennereien ein. Die Kommission müsse erst entscheiden, ob das Monopol angenommen oder abgelehnt werde.

Abg. Sieg (natl.) tritt für das Monopol ein. Im Zukunftsstaat sei das Monopol die Schraube, die die Sozialdemokratie in die Hand bekommen könne. (Gelächter bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Stücklen (Soz.) erklärt, die Entscheidung über § 1 müsse fallen, um der Beunruhigung weiter Kreise im Lande zu steuern.

Aus der Budgetkommission des Reichstages.

Berlin, 21. Januar. (Privattelegramm.) In der Kommission wurden heute Fragen der auswärtigen Politik besprochen. Staatssekretär v. Schoen machte Mitteilungen über den Fall des Geh. Legationsrates Hamann, Leiter der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes, der des Meineids beschuldigt wird. Ein Gerichtsbeschluß ist für Hamann recht ungünstig. Gegen den Beschuldiger ist Strafantrag gestellt worden, weil Hamann behauptet, schuldlos zu sein.

Das dem Reichstag versprochene Weißbuch über Marokko wird voraussichtlich erst in einigen Wochen herausgegeben werden, trotzdem es bereits fertiggestellt ist. Der Staatssekretär teilte aus dem Inhalte eine Menge von Einzelheiten mit, die sich auf Verhandlungen mit dem französischen Botschafter in Berlin über Frankreichs Vorgehen in Marokko, die Anerkennung des neuen Sultans Muley Hafid und Zurückziehung der französischen Truppen beziehen. Andere Schriftstücke beziehen sich auf den Empfang der Abgesandten des neuen Sultans in Berlin und die Entsendung des Konsuls Vössel nach Fez, die seinerzeit in Frankreich viel böses Blut machte. Der wörtliche Inhalt der Noten soll noch geheim gehalten werden. Böse Absichten haben die Leiter der deutschen Politik gegen Frankreich nicht gehabt; die Annahme, daß Deutschland kriegerische Absichten gegen Frankreich gehabt habe, sei auf Mißverständnisse zurückzuführen; Deutschland wolle nur seine wirtschaftlichen Interessen wahren.

Die Verhandlungen über Entschädigungen der durch das Bombardement von Casablanca Geschädigten seien noch nicht zum Abschluß gebracht.

Gegen die Gas- und Elektrizitätssteuer.

Hamburg, 21. Januar. Die Bürgerschaft stimmte in ihrer gestrigen Sitzung dem Antrage, im Bundesrate gegen die geplante Gas- und Elektrizitätssteuer einzutreten, zu.

Hompesch gestorben.

Berlin, 21. Januar. Der Reichstagsabgeordnete Graf Hompesch ist heute gestorben. — Jetzt ist unser Genosse August Bebel der einzige Abgeordnete, der schon dem konstituierenden Reichstag des Norddeutschen Bundes von 1867 angehörte.

Notleidende.

Oldenburg, 21. Januar. Eine außerordentliche Landessynode soll über die Erhöhung der Pfarrergehälter beraten.

Der „christlichen Erziehung" entflohen.

Glückstadt, 21. Januar. Von den aus dem Mädchenheim Blomische Wildnis entflohenen 12 Fürsorgezöglingen wurden bis gestern abend 10 ergriffen und wieder der Anstalt zugeführt. Mit Eintritt der Dunkelheit sind wieder fünf Mädchen ausgewichen.

Revolverschüsse.

Leipzig, 21. Januar. In der Wohnung des Bäckermeisters Agricola in der Ludwigstraße feuerte heute früh, wie das Leipz. Tagebl. berichtet, der daselbst beschäftigte Bäckergeselle Otto Polet mehrere Revolverschüsse auf die Familie des Meisters ab. Frau Agricola wurde von einem Geschoß in den Rücken getroffen und anscheinend schwer verletzt. Der Bäckermeister blieb unverletzt, ebenso die 18jährige Tochter, die einen Schuß durch die Kleidung erhielt. Der Täter flüchtete hierauf und feuerte auf einen ihn verfolgenden Kutscher ebenfalls einen Schuß ab, jedoch ohne zu treffen. Es gelang schließlich, den Täter festzunehmen. Polet scheint aus Rache gehandelt zu haben, da ihm die Stellung gekündigt war.

Das heutige Blatt enthält 12 Seiten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090121/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Eröffnung: 19. Februar 1909, abends 8 Uhr.

Dresden, auf dem Platze an der Gerokstr., neben der Kgl. Kunstgewerbeschule.

Telephon 863.

Der grosse CIRCUS SARRASANI kommt!

Grösste und berühmteste Wanderschau Europas.
Transportabler Wintercircus
für 6000 Zuschauer!
Ständige 80achsige Sonderzüge.
Ständiges Personal von über 200 Personen.
Artisten aller 5 Erdteile!

Riesiger Marstall edelster Rassepferde.
10 Elefanten 10. 14 Löwen 14. 8 Strausse 8. Eine Seelöwenherde, Zebras, Kamele, Dromedare und andere exotische Tiere.
Unübertreffliche Dressuren.

Eigene elektrische Zentrale
aus 2 Wolfschen Lokomobilen in 2 Siemens & Halskeschen Dynamos.
Eigene Dampfheizung.
Eig. Feuerwehr m. Dampf- u. Handspritzen
Eig. Telephonanlage, Schneiderei, Hufschmiede, Sattlerei, Stellmacherei usw.

Offerte: Ueber Spedition des gesamten Circus-Materials (55 eigene Wagen, 2 Lokomobilen) sowie Fourage: Heu, Hafer, Stroh, Kleie, Quetschhafer, Rossfleisch, Sägespäne, umgehend an die Direktion des Circus SARRASANI, z. Zt. Leipzig erbeten.

Vereine!

Originelle humoristische
Kopfbedeckungen
in Riesenauswahl, Dtzd. v. 15 Pf. an
Saal-Dekorationen
Girlanden, 7 m, Dutzend 1,80 M.
Masken und Bärte
Dtzd. von 25 Pf. an
Scherzartikel
in reichster Auswahl u. jeder Preislage. Enorm billige Fabrikpreise.
Illustrierte Preisliste gratis.
Ludwig Philippsohn
Dresden 156, Scheffelstr. 36
(nächst Postplatz).

Sozialdemokratischer Verein für den 6. sächsischen Reichstagswahlkreis.

Parteisekretariat: Dölitz, Bez. Dresden, Dresdnerstraße 77 G. I. Hemptr. Amt Dresden Nr. 774.

Sprechzeit: Wochentags von 8 bis 1 Uhr und 3 bis 6 Uhr, Montags bis 7 Uhr abends.

Bezirk Kaitz-Leubnitz.

Sonnabend den 23. Januar, abends 9 Uhr, **Mitglieder-Versammlung** im Brauerei-Restaurant Mockritz. — Tages-Ordnung: 1. **Partei und Gewerkschaft.** Referent: Genosse Fleißner. 2. Vorstandsbericht und Vereinsangelegenheiten.

Zahlreiches Erscheinen der Genossen erwartet **Die Bezirksleitung.**

Bezirk Gorbitz-Pesterwitz-Altfranken.

Sonnabend den 23. Januar, abends 9 Uhr, **Mitglieder-Versammlung** in Hofmanns Restaurant in Niedergorbitz. Tages-Ordnung: 1. Bericht der Gemeindevertreter. 2. Bericht aus der Kreisvorstandssitzung. 3. Allgemeines.

Zahlreiches Erscheinen erwartet **Die Verwaltung.**

Turnverein Carola, Kleinnaundorf (M. d. A.-T.-B.)

Sonntag den 24. Januar, im **Gasthof Kleinnaundorf**

Ordentl. Haupt-Versammlung.

Anfang pünktlich 1 Uhr.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Turnrat.**

Sonnabend den 23. Jan., im Etablissement Stadt Leipzig, Leipziger Str.

Internationaler Volkslieder-Abend.

Ausgeführt von den Männer-Gesangvereinen **Eschebach, Keramik, Dr.-N., Vereinigte Turner u. Sänger Oebigau-Nickten.** Leitung: Herr **Otto Neubert.** Mitwirkung: Konzertsängerin Fräul. **Doris Walde,** Violinvirtuos Herr **P. Schneider.** Am Flügel: Herr **Karl Preisch**

Einlass 7½ Uhr. Anfang 8½ Uhr.

Programmhefte sind bei den Mitgliedern sowie in folgenden Lokalen zu haben: Stadt Leipzig, Leipziger Str. 32, Schröders Restaurant, Weimarische Straße, Restaurant Röthelsburg, Großenhainer Straße, und Lindenschlößchen, Wilchen, Dorfpl. **Vorverkauf 40, a. d. Abendkasse 50 Pf.**

Es ladet freundlich ein **Das Komitee.**

Konsumverein Vorwärts, Dresden

Nichts wärmt besser an kalten Abenden als **eine warme Suppe,** hergestellt von

Erbs-Konserven mit Gemüse

Diese ist schmackhaft, billig und dabei nahrhaft.

pro Pfund 24 Pfennig

noch nicht einmal die Hälfte des sonstigen Einkaufspreises.

Nie wiederkehrende Gelegenheit.

NB. Die Konserven müssen 20 Minuten kochen.

Brot billiger!

Garantiert reines

Roggenbrot

aus meiner eigenen Bäckerei.
1. Sorte 4 Pfund **50** Pf.
2. Sorte 4 Pfund **48** Pf.

Sehr delikates

Weizenbrot

1 Stück **25** Pf.

Hochfeines

Weizenschrotbrot

1 Stück **20** Pf.

F. E. Krüger

Webergasse 18 Telephon 1912.

Freier Versand nach allen Stadtteilen.

E. Schurigs Restaurant

14 Stiftsstraße 14
Grosser Mittagstisch.
Freitag: **Schlacht-Fest.**
Verkehrs-Lokal der Modelltischler.

Fisch-Götze — Alte Eiche.

Mutterspritzen
Spülkannen, Leibbinden, Gummistrümpfe
Hilfe bei Störung und alle
Frauenartikel
Preis-Liste gratis u. diskret.
Rich. Freisleben
Postplatz.
Man achte genau auf Firma, da auf diese Extra-Rabatt.

Wringmaschinen
best. u. bill. als in Warenhäusern, **1a Qual.,** 3 Jahre Garantie, in größter Auswahl von **11** M. an
Otto Graichen, Trompeterstrasse 15.
Zentral-Theater-Passage.

Hasen
frisch gewickt **3,20** M.
M. Suchanek
An der Frauenkirche 19.

Morgen Freitag
Schlachtfest
Otto Joachim, Leuben.

Räumungs-Verkauf

Nur noch bis Montag den 25. Januar

kommen sämtliche Restbestände in

Kleider-Stoffen, Seiden-Stoffen, Buckskins
Gardinen, Leinen- und Baumwollwaren

zu **herabgesetzten Preisen** zum Verkauf. Außerdem gewähre ich während dieser Zeit bei sämtlichen Einkäufen von 6 Mark an auf **meine anerkannt sehr billigen Preise** noch einen

Extra-Rabatt von 10 Prozent.

Von Dienstag den 26. Januar an verstehen sich meine Preise wieder wie bisher ohne jeglichen Abzug.

H. Zeimann, Dresden

Webergasse No. 1, erste Etage.

Möbel aller Art, auch auf Teilzahlung, liefert **C. Wilkerlings Nachf.** Pieschen, Wohnstraße 2.

Fleisch-Halle
Heidenau, Mühlenstr. 6
Rindfl. 55-65. Schweinefl. 70-80

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Robert Grützsch, Klotzsche bei Dresden. — Verantwortlich für den Inseratenteil: Reinhold Eichler, Dresden. — Druck und Verlag: Zahn & Lange, Dresden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090121/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

1. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 16. | Dresden, Donnerstag den 21. Januar 1909. | 20. Jahrgang.

Sächsische Angelegenheiten.

Aus dem Berichte der Wahlrechtsdeputation der Ersten Kammer.

III.

Die Vorschläge waren nach Beschluß der Deputation in einer Vertrauensmännerversammlung beider Häuser den Mitgliedern der Zweiten Kammer zu unterbreiten. An dieser Versammlung nahmen ursprünglich die beiden Präsidenten der Ersten Kammer, der Vorsitzende der Gesetzgebungs-Deputation und dessen Stellvertreter, der Berichterstatter und der Antragsteller, Kammerherr Sahrer v. Sahr-Dahlen, teil, während seitens der Zweiten Kammer erschienen waren die drei Präsidenten, die Berichterstatter und die Abgeordneten Edler v. Querfurth, Schieck und Dr. Vogel als Vorstände der beiden großen Fraktionen. Es referierte der Berichterstatter der Ersten Kammer, indem er die obigen vier Vorschläge ohne Rangordnung als gleichwertige gemäß dem Beschlusse der Deputation den Herren der Zweiten Kammer vorlegte; sein Vortrag ist stenographisch niedergeschrieben und findet sich als Anlage D diesem Berichte angeschlossen. Eine Diskussion materieller Natur fand nicht statt, vielmehr nahmen die Herren der Zweiten Kammer die Mitteilungen, die ihnen gemacht waren, ad referendum, um der Deputation darüber Aufschluß zu geben, welcher von den gemachten Vorschlägen Aussicht auf Erfolg, das heißt auf Annahme durch Zweidrittel-Mehrheit in der Zweiten Kammer habe. Einer Modifikation trat ausweislich der Anlage D die Vertretung der Deputation nicht entgegen. Diese Besprechung fand am 2. Januar 1909 statt. Am 7. Januar 1909 traten unter Beteiligung der sämtlichen Mitglieder der verstärkten Gesetzgebungsdeputation und des Abgeordneten Langhammer dieselben Herren zur erneuten Besprechung zusammen. In ihr erklärten endgültig die Herren der Zweiten Kammer, daß nur der zweite Vorschlag, welcher die Verarbeitung des Eventualvorschlages enthält, in der Zweiten Kammer auf Annahme rechnen könne, daß aber auch für ihn, wenn man sich über einige noch zweifelhafte Punkte verständige, die Zweidrittel-Mehrheit zu erwarten sei. Es wurde der Deputation von den Herren der Zweiten Kammer der in Anlage E angeschlossene Gegenvorschlag unterbreitet mit dem zugleich ausgesprochenen Wunsche, daß in der Klassifikation die Geistlichen, Rechtsanwälte, Aerzte und andere Vertreter höherer Geistesberufe eine angemessene Berücksichtigung finden sollten. Es wurde ferner hervorgehoben, daß die Verhältniswahl keine Aussicht auf Annahme durch die unerläßliche Zweidrittel-Mehrheit habe, da die Mitglieder der nationalliberalen Partei sie für die Städte allein schlechthin unannehmbar fänden. Hingegen glaubte man, einer Resolution das Wort reden zu können, welche dahin ging, daß, falls die Erfahrungen auf Grund des reinen Pluralsystems eine ungenügende Vertretung der berücksichtigungsbedürftigen Bevölkerungsklassen ergeben sollten, die Regierung aufgefordert werde, ein die Verhältniswahl einführendes Dekret den Ständen vorzulegen. Innerhalb der Deputation erfuhren die vorstehenden Propositionen eingehende Besprechung mit dem Resultate, daß man eine derartige Resolution für unausführbar erachtete. Sie wäre bedeutungslos; die Kgl. Staatsregierung wird ja auch ohne sie unbehindert sein, eine solche Vorlage zu machen, und sie kann nur dazu dienen, das Gesetz zu diskreditieren. Der Vorschlag einer Fortdauer der Mandate der bisherigen Abgeordneten, soweit solche bis zum Jahre 1913 gewählt sind, und demgemäß die Integralerneuerung erst vom Jahre 1913 an erfuhr in der Deputation einstimmige Ablehnung. Im übrigen wurden die Vorschläge der Herren der Zweiten Kammer in der Hauptsache gebilligt, jedoch die Verschiedenheit im Zensus der Beamten- und Gewerbekammerwähler beanstandet, überhaupt gewünscht, daß die in dem Referate des Berichterstatters gegenüber den Herren der Zweiten Kammer dargelegten Maximen für die Aufstellung des Pluralsystems möglichst durchgeführt würden. Mit der Erhöhung der Stimmenkumulation bis zu vier Stimmen erklärte man sich einverstanden angesichts der Bedenken, die gegen die Maximalhäufung von drei Stimmen sich auf statistischer Unterlage ergeben hatten. Jedoch wurde eine statistische Nachprüfung auch des jetzt vorliegenden Vorschlags gewünscht. Das Ergebnis der fortgesetzten Beratungen mit den Herren der Zweiten Kammer war, daß man sich einigte auf die Gleichstellung der Gewerbekammer- und Landeskulturratswähler einerseits und der Beamten andererseits, ferner daß das für sie alle maßgebende Einkommen das der Beamten sein solle, sodann daß die Vertreter freier Geistesberufe in den beiden obersten Klassen mit den Beamten gleichzustellen seien. Die Proportionalwahl wurde, nachdem der Herr Staatsminister erklärt hatte, daß unter der Voraussetzung der Zweidrittel-Mehrheit beider Kammern für die übrigen Beschlüsse die Kgl. Staatsregierung auf den Proporz in den großen Städten verzichte, fallen gelassen. Man einigte sich ferner dahin, daß die Wahlkreiseinteilung, soweit es sich um die Zerlegung bestehender ländlicher Wahlkreise handele, unter möglichster Berücksichtigung der Gleichheit der Wähler- und Einwohnerzahl durchzuführen sei. Und auch darüber erfolgte eine Verständigung, daß die Einjährig-Freiwilligen nur zwei Stimmen, dagegen die höheren Geistesberufe entsprechend obiger Feststellung drei beziehentlich vier Stimmen, dem Zensus angemessen, erhalten sollten. So durften die Grundzüge des Pluralsystems als festgelegt erachtet werden. Für sie ergab sich die urkundliche Zusicherung der beiden großen Parteien der Zweiten Kammer, daß Zweidrittel-Mehrheit für sie gesichert sei.

Auf Grund der vorstehenden Verständigung und der schon vorher betonten Erwägung der Deputation, daß es sich empfehle, das Kgl. Dekret Nr. 12 unter Amendierung desselben als die Vorlage für die Kammern auch fernerhin zu behandeln und dementsprechend von einer Neuvorlage eines Dekrets Abstand zu nehmen, hatte sich der Berichterstatter der Aufgabe zu unterziehen, die gefaßten Beschlüsse in das Dekret Nr. 12 einzuarbeiten. Die von ihm und anderen Mitgliedern der Deputation gestellten Anträge sowie von seiten einzelner Mitglieder der Zweiten Kammer gegebenen Anregungen wurden in der Deputation durchberaten mit dem Resultate der in Anlage E ersichtlichen Fassung.

Die Kgl. Staatsregierung hat zu dieser Vorlage ihre Zustimmung erklärt.

Zur allgemeineren Motivierung mag folgendes vorausgeschickt werden:

1. Die Integralerneuerung der Kammer ist zwar nicht durch das Wahlrechtssystem der Vorlage geboten, denn die sie bedingende Verhältniswahl ist ausgeschieden. Aber sie entspricht ebenso sehr dem Wunsche der Regierung wie vielen zutage getretenen Aeußerungen aus Volkskreisen. In der Tat ist nur sie das geeignete Mittel, um über die politische Stimmung des Volkes ausreichende Klarheit zu gewinnen und eine derselben entsprechende Repräsentation zu schaffen.

2. Die Wahlkreiseinteilung muß auf dem geltenden Rechte fußen. Die Schwierigkeiten der Verständigung der großen Parteien über eine die bisherige grundsätzliche Sonderung der städtischen und ländlichen Wahlbezirke beseitigende neue Wahlkreiseinteilung liegen zutage. Sie haben das Scheitern des sogenannten Kompromisses in der Zweiten Kammer zur Folge gehabt. Es mußte daher auch der Versuch, auf der Basis jener Beseitigung eine Verständigung herbeizuführen, von vornherein aufgegeben werden. Man hatte sich zu begnügen mit einer angemessenen Vermehrung der großstädtischen Wahlkreise und der Zerlegung einiger übergroßer ländlicher Wahlkreise.

3. Die Gestalt des Pluralitätssystems, welche die Vorlage bietet, und deren Genesis in dem vorstehenden dargelegt worden ist, kann charakterisiert werden als eine Verbindung der Vorzüge des Eventualvorschlags der Kgl. Staatsregierung und des sogenannten Kompromisses. Dieser versucht eine Abstufung in der Kumulation der Stimmen von Eins zu Vier, und zwar durch das Zusammentreffen der in ihm enthaltenen Kriterien. Je eine Zusatzstimme wird dem Wahlberechtigten zuteil, der bestimmten Grundbesitz oder das höhere Lebensalter hat, der selbständig ist oder zum Einjährig-Freiwilligendienst berechtigt, der ein Einkommen von mehr als 2200 M. zur staatlichen Einkommensteuer versteuert. Durch die Verbindung solcher Kriterien können sich im Maximum vier Stimmen des Wählers ergeben. Damit ist in gewissem Sinne eine Abstufung der Stimmen der Wahlberechtigten geschaffen. Allein man kann nicht verkennen, daß solches Zusammentreffen einzelner Kriterien, z. B. das der Selbständigkeit und der Angesessenheit oder der sogenannten wissenschaftlichen Vorbildung und Selbständigkeit kaum geeignet erscheint, eine Stimmenhäufung zu motivieren. Sie läßt sich nur aus einer verschiedenen Bewertung der Kriterien selbst entnehmen. Daher war es, abgesehen vom politischen dafür angeführten Argument, begreiflich, daß die Kgl. Staatsregierung die sämtlichen Kriterien als gleichwertig und mit gleicher Kumulationswirkung verbunden in ihrem Eventualvorschlage hinstellte. Dadurch aber ergab sich der schroffe Gegensatz der zwei Gruppen in § 10 dieses Vorschlags, demgemäß sich nur Wähler mit einer Stimme und mit vier Stimmen gegenüberstanden: Das unter Ausscheidung der Altersstimme und mit der Folge, daß z. B. jeder Gewerbekammerwähler oder zum Einjährig-Freiwilligendienst berechtigte vier Stimmen haben sollte, während der tüchtige Arbeiter in fundierter Stellung, z. B. der Werkmeister, der Staats- und Kommunalbeamte, mit einem Gehalt von unter 1800 M., nur eine Stimme hatte. Es galt die beiden betonten Fehler zu vermeiden, und das erstrebt der in Anlage F mit den beschlossenen Aenderungen der Deputation aufgestellte Pluralitätsvorschlag. Wie schon wiederholt betont, wird einerseits die dem objektiven Wert der Kriterien für das Staatsleben entsprechende Abstufung in der Stimmenhäufung und andrerseits die Koordination gleichwertiger Kriterien, also die Vermeidung von Ungerechtigkeiten durch Ausschluß der ungleichen Behandlung des gleichwertigen Moments erstrebt.

Daß dabei nicht allen Wünschen insbesondere denen der Handwerker und Kleingewerbetreibenden, die einzelne Mitglieder dringend befürworteten, in vollem Umfange Genüge geleistet werden konnte, ist ein bedauerliches Resultat, das in der Situation seinen Grund findet.

Die endliche Gestalt des Vorschlags, was die Einkommensstufen angeht, ist auf die Verständigung der Mitglieder der beiden großen Fraktionen der Zweiten Kammer untereinander und die Zustimmung der Deputation zurückzuführen.

Die statistischen Erhebungen zur Kontrolle obigen Vorschlags auf seine Wirksamkeit ergeben die Aussicht, daß nach ihm eine angemessene Beteiligung der Bevölkerungsklassen in der Zweiten Kammer erreichbar sein werde.

•

Einer eingehenden kritischen Würdigung bedürfen diese Ausführungen nicht mehr, nachdem wir das ganze System schon gebührend gewürdigt haben.

Die Vierklassenentrechtung

wird voraussichtlich morgen Freitag in der Zweiten Kammer des Landtags zur Schlußberatung kommen. Es wird zu einer längeren Debatte kommen, die jedoch hauptsächlich von wenigen Abgeordneten der Linken und einigen dissentierenden Herren kommen wird, die der Reformpartei nahe stehen. Die beiden großen Fraktionen wollen sich darauf beschränken, kurze Erklärungen über ihre Zustimmung zu der neuen Form der Wahlentrechtung auszudrücken. An dem Zustandekommen einer Zweidrittelmehrheit ist kaum zu zweifeln.

Die Wahlrechtsdeputation hat mit staunenswerter Fixigkeit auch bereits den Druckbericht über ihre Stellungnahme zu den Beschlüssen der Ersten Kammer herausgegeben. Natürlich war der vorher schon fertig. Es werden darin lediglich die Beschlüsse der Ersten Kammer wiederholt. Die Anträge gehen dahin, die Vorlage in Uebereinstimmung mit der Ersten Kammer anzunehmen. Es wird dadurch nur bestätigt, daß die Entrechtung glatt gesichert ist.

Ein betriebsamer Herr.

Stadtrat a. D. Ludwig Wolf in Leipzig macht in den Tageszeitungen bekannt, daß er jetzt die Tätigkeit eines Rechtsanwalts ausübe. Bekanntlich ließ sich der Herr kürzlich pensionieren, unter der Angabe, daß er infolge Alters nicht mehr in der Lage sei, seine Obliegenheiten als Stadtrat voll zu erfüllen. Herr Ludwig Wolf fühlt sich indes noch kräftig genug, um als Rechtsanwalt tätig zu sein, nebenher seine Pension in Höhe von nur etwa 8000 M. zu verzehren und seinen nunmehrigen Kollegen den Erwerb zu erschweren.

Klingenthal. Um eine gleichmäßige Benutzung der Wasserkräfte des Rohlaugebietes zu ermöglichen, besonders aber, um den Wasserüberschuß für trockene Zeiten zu sparen, welche fast jeden Sommer die an der Rohlau liegenden Industrien stören, wird in Hirschenstand eine Talsperre angelegt werden. Ferner plant man auch im Gebiete des Rotaubaches bei Hochgart die Errichtung eines Sammelbeckens. Die Vorarbeiten sind im vollen Gange.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. In Schönheider Hammer bei Schönheide vergnügten sich die 7 und 4 Jahre alten Töchter eines dortigen Bahnbeamten mit Rutscheln. Als sie, auf einem Schlitten sitzend, den sogenannten Hammerberg herunterfuhren, konnten sie kurz vor der Emmabrücke den Schlitten nicht halten, fuhren durch die Barriere und stürzten in voller Fahrt die über 4 Meter hohe Mauer hinunter in die an dieser Stelle ziemlich tiefe Mulde. Der Eisenhüttenarbeiter Blechschmidt, der den Vorgang beobachtet hatte, sprang sogleich nach und rettete die Kleinen aus dem nassen Element. Wunderbarerweise haben die Kinder keinen nennenswerten Schaden erlitten. — Nachdem bereits am Sonntag ein junger Mann beim Rodeln auf der neuen Bahn bei Oybin gestürzt und mehrmals bewußtlos geworden war, verunglückte Montag nachmittag die erwachsene Tochter des Restaurateurs Agten vom Berg Oybin sehr schwer. Sie erlitt einen Schädelbruch und eine schwere Gehirnerschütterung. Der Zustand der jungen Dame ist sehr bedenklich. — Der seit dem 1. Oktober v. J. in den Privatdiensten des Amtshauptmanns von Annaberg stehende Diener hat sich in Orten der Amtshauptmannschaft als Sekretär der Amtshauptmannschaft ausgegeben und Kostenvorschüsse erhoben. In Wiesa trat er als Rechtsanwalt auf und nahm einem Bäckermeister in Sachen eines fingierten Beleidigungsprozesses einige Hundert Mark ab. — In der Schmiede zu Niederlungwitz schlug ein Pferd, das beschlagen werden sollte, aus und traf den Schmiedemeister Augustin so heftig an die Brust, daß er schwere innere Verletzungen davontrug. — Durch das Reißen des Seiles eines Fahrstuhles verunglückten in der Baumwollspinnerei und Weberei Gebrüder Müller in Löbau die Fahrstuhlführer Lehmann aus Altlöbau und Birnbaum aus Niedercunnersdorf. Das Seil riß, während sich der Fahrstuhl im zweiten Stock befand. Die beiden Männer stürzten in die Tiefe und erlitten schwere Verletzungen.

Stadt-Chronik.

Polizeidirektion und Demonstranten.

Die Polizeidirektion gibt im Dresdner Journal folgende Darstellung der Wahlrechtsdemonstrationen am Sonntag:

Der blutige Zusammenstoß, der am Sonntag mittag zwischen einem demonstrierenden Volkshaufen und den in der Schloßstraße absperrenden Polizeimannschaften stattgefunden hat, wird in der sozialdemokratischen Presse in einer Weise geschildert, die den Tatsachen direkt zuwiderläuft und natürlich nur den Zweck hat, alle Schuld an dem Vorkommnisse von den Parteigenossen abzuwälzen auf die Schultern der Polizeibeamten. Die harmlos vorwärts schreitende Menschenmenge soll ganz ohne ihr Zutun in die Schloßstraße hinein und weiter vorwärts gedrängt worden sein, dann soll plötzlich ein junger Leutnant, der die Besinnung verloren habe, das Kommando zum Blankziehen gegeben haben und nunmehr hätten die Gendarmen ohne jeden Grund mit ihren Säbeln auf die wehrlose Menge eingehauen. Diesen durchaus unzutreffenden Behauptungen gegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß sich der Vorgang nach den amtlichen Erhebungen (!) ganz anders zugetragen hat.

Daß die von verschiedenen Seiten aus den Versammlungslokalen nach dem Innern der Stadt zuströmenden Massen das Bestreben hatten, nach dem Schlosse vorzudringen, um dort zu demonstrieren, läßt sich nach den allseitig gemachten Beobachtungen nicht bestreiten. Die Wege zum Schlosse waren aber ringsum abgesperrt und so mußte der Versuch gemacht werden, irgendwo durchzubrechen. Dazu bot die enge Schloßstraße scheinbar die beste Gelegenheit, zumal man dort keine berittenen Gendarmen erblickte. So setzte sich denn plötzlich von den auf dem Altmarkte versammelten Massen ein beträchtlicher Teil in Straßenbreite nach dem Georgentore zu in Bewegung und überflutete die Schloßstraße bis zur Absperrungskette an der Großen Brüdergasse. Dort machte man zunächst Halt und stimmte den Sozialistenmarsch an. Dabei ertönte auch schon aus den hintern Reihen mehrfach der Ruf: „Durch nach dem Schloß!" Während sodann ein Genosse, offenbar ein Führer, an den dort kommandierenden Polizeileutnant — der nicht ein ganz junger Offizier ist, sondern im 33. Lebensjahre steht und sich schon seit neun Jahren im Dienste der Polizeidirektion befindet — heran und verlangte nach dem Schlosse zu durchgelassen zu werden, was der Beamte natürlich ablehnte. Währenddessen fing die Menschenmenge an vorwärts zu drängen, wobei sich ein Teilnehmer besonders durch Schreien hervortat. Mehrere Gendarmen traten vor, um diesen Mann zu verhaften, worauf die Menge sofort eine drohende Haltung einnahm, den Verhafteten zu befreien suchte und verschiedene Teilnehmer der Zusammenrottung mit ihren Stöcken auf jene Gendarmen losschlugen. In diesem für die Polizeibeamten kritischen Augenblick zogen die angegriffenen Beamten, den allgemeinen Dienstvorschriften entsprechend, ohne daß der Polizeileutnant überhaupt erst in die Lage kam, einen Befehl dazu zu geben, ihre Seitengewehre und gingen sogleich energisch gegen die Angreifer vor. Inzwischen war noch eine Abteilung Gendarme zur Verstärkung herbeigeeilt und nunmehr wurde die Schloßstraße zum Teil mit der blanken Waffe geräumt. Die Verletzten wurden von Samaritern schnell weggebracht. Die Demonstrierenden hatten nämlich vorsorglicherweise gleich Samariter der Arbeiterlanitzkolonne mitgebracht. Auf weitere Einzelheiten einzugehen, ist hier nicht der Platz. Natürlich ist eine Anzahl Teilnehmer zur Anzeige gebracht worden und die Verhandlungen vor dem Strafrichter werden Gelegenheit bieten, den Verlauf des ganzen Exzesses genau klarzustellen."

Für die „amtlichen Erhebungen", auf denen diese Darstellung beruht, kommen wahrscheinlich nur die Gendarmen in Betracht, die an der Attacke beteiligt waren. Man wird doch aber nicht behaupten wollen, daß nur sie eine richtige Darstellung des Sachverhalts geben können. Unsere Angaben beruhen auf Beobachtungen vieler Augenzeugen, zum Teil solcher, die nicht direkt beteiligt waren. Die Gendarmen sind Partei, und es ist erklärlich, wenn sie sich als die Unschuldigen, ihren „allgemeinen Dienstvorschriften" entsprechend Handelnden hinzustellen suchen. Nach der Richtung bestätigt übrigens die amtliche Auslassung Schlimmeres, als wir annahmen: die Gendarmen haben, ohne Befehl abzuwarten, eingehauen! Diese amtliche Feststellung ist außerordentlich wichtig. Man fragt sich unwillkürlich, zu was denn eigentlich ein Polizeioffizier mit dahin gestellt wurde, wenn er für den kritischsten Moment völlig überflüssig wird, da ja die „allgemeinen Dienstvorschriften" die Richtschnur für die Gendarmen sind. Es muß außerordentlich sonderbar erscheinen, daß das Dreinhauen ihrem Gutdünken überlassen gewesen ist. Es hat jedoch den Anschein, als ob man mit dieser Erklärung dem vorschnellen, unverständlichen und unnötigen Gemetzel die berechtigte Grundlage geben, die Gendarmen decken wolle. So einfach wird allerdings die Angelegenheit nicht erledigt sein, wenn es zu Prozessen kommt, wie die Polizeidirektion ankündigt. — Im übrigen werden unsere tatsächlichen Angaben durch die Polizeidirektion kaum irgendwie erschüttert; soweit es doch der Fall zu sein scheint, steht Behauptung gegen Behauptung. Größeren Wert kann die Erklärung trotz ihres amtlichen Charakters nicht beanspruchen. Wenn sie kühn behauptet, die Demonstranten hätten „vorsichtigerweise" die Arbeiter-Samariter „gleich mitgebracht", so behauptet sie ins Blaue hinein. Die Arbeiter-Samariter kommen unaufgefordert seit Jahren zu allen größeren Arbeiterveranstaltungen, mögen es Feste, Versammlungen, mag es sonst etwas sein. Diese tendenziöse Behauptung läßt einen Schluß zu auf den Wert der ganzen amtlichen Darstellung.

Nachwirkungen.

Wie man uns mitteilt, scheint sich Herr Lehrer Euterlein von der 30. Bezirksschule sehr für die Demonstration am Sonntag zu interessieren. Er fragte nämlich die Schulkinder seiner Klasse aus, ob deren Eltern etwa auch mit an dem „Straßenkrawalle" sich beteiligt hätten. Wir wissen natürlich nicht, aus welchem Grunde der Herr diese Erkundigungen einzieht; zu seinen Lehraufgaben gehören sie jedoch sicher nicht.

Der Genosse Kühn hat ein auf 50 M. lautendes Strafmandat erhalten wegen der kurzen Ansprache, die er von der Droschke aus hielt. Er soll damit eine nicht angemeldete „Versammlung" inszeniert haben.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090121/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Die Arbeitslosenversammlung

drückte der inneren Stadt am heutigen Vormittag einen düsteren Stempel auf. Schon 9½ Uhr mußte das Tivoli abgesperrt werden, und in wenigen Minuten wuchs auf den beiden Trottoiren der Wettinerstraße eine mindestens an die tausend zählende Masse an. Hunderte gingen wieder davon, in Gruppen, nach dem Volkshaus, nach den Arbeitsnachweisen — stumm, bedrückt vom Anblick der am gleichen Elend Leidenden. Aber immer kamen andere an, so daß in der Nähe des Tivolis bis nach der Zwingerstraße nur Menschenansammlungen zu beobachten waren. — In der Versammlung referierte Arbeitersekretär Menke unter stürmischem Beifall der Massen. Er warnte zum Schluß dringend vor Unüberlegtheiten. In der Debatte geißelte Genosse Preißler vom Verband städtischer Arbeiter das Verhalten des hiesigen Rates in der Arbeitslosenfrage. Eine entsprechende Resolution wurde angenommen, die den städtischen Behörden von einer Deputation vorzulegen ist. (Ausführlicher Bericht folgt morgen.)

Nach Schluß der Versammlung wimmelte die Wettinerstraße von arbeitslosen Proletariern. Wie uns gemeldet wurde, hatte die Polizeidirektion ein starkes Gendarmenaufgebot konsigniert. Die Versammlung verlief ohne jeden Zwischenfall.

Das fünfte Urteil!

Fünf Gerichtsverhandlungen in einem Preßprozeß — dieser Vorgang dürfte wenigstens bei sozialdemokratischen Preßsündern nicht ganz gewöhnlich sein. Genosse Fleißner, der damals vertretungsweise verantwortlich zeichnete, sollte am 11. September 1907 angeblich die preußischen Richter und Polizisten durch einen in der Görlitzer Volkszeitung abgedruckten Artikel: „Uniformierte Bestien" beleidigt haben. Die Ministerien der Justiz und des Innern hatten Strafantrag gestellt und das Landgericht Görlitz hatte Fleißner zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Dieses Urteil aber wurde vom Reichsgericht kassiert, weil festgestellt war, daß Fleißner an der Veröffentlichung des fraglichen Artikels gar keine Schuld trug. Er war vielmehr gegen die ausdrückliche Anordnung der Redaktion durch ein in der Eile entstandenes Versehen des Metteurs in die Görlitzer Volkszeitung übernommen worden.

In der neuen Verhandlung am 22. August verurteilte das Landgericht Görlitz den Genossen Fleißner wieder wegen Beleidigung zu drei Monaten Gefängnis; den Ministerien des Innern und der Justiz wurde Publikationsbefugnis zugesprochen. Gegen dieses Urteil hatte Fleißner abermals Revision eingelegt, die am 4. Dezember vor dem Reichsgericht verhandelt wurde. In der Revision war besonders gerügt worden, daß F. gar nicht wegen Beleidigung, sondern nur wegen Fahrlässigkeit nach § 21 des Preßgesetzes verurteilt werden könne. Der Reichsanwalt erkannte diese Anschauung für ganz richtig an. Das Landgericht sei sich wahrscheinlich über die Art seiner Feststellungen gar nicht klar gewesen. Danach handle es sich nur um ein Vergehen gegen § 21 des Preßgesetzes, weil Fleißner als verantwortlicher Redakteur nicht die nötige Aufmerksamkeit gezeigt habe, die gerade in der Eile des Zeitungsbetriebes nötig sei. Wegen Beleidigung konnte er deshalb gar nicht bestraft werden.

Das Reichsgericht hob das Urteil abermals in seinem ganzen Umfange auf und verwies die Sache zur dritten Verhandlung an das Landgericht Görlitz zurück.

So wurde nun gestern, Mittwoch, der ominöse Artikel zum fünften Male Gegenstand einer Gerichtsverhandlung, und zum dritten Male hatte sich dieselbe Strafkammer in Görlitz mit der Sache zu beschäftigen. Nach zirka 1½stündiger Verhandlung wurde F. wegen Fahrlässigkeit nach § 21 des Preßgesetzes zu 900 M. Geldstrafe oder 90 Tagen Gefängnis verurteilt. Das Landgericht ist also so gnädig gewesen, die drei Monate in Geldstrafe zu verwandeln. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Genosse Heine-Berlin, der den Prozeß von Anfang an geführt hat, stellte wiederum Beweisanträge; unter anderem beantragte er Ladung des verletzten Presse-Sachverständigen Dr. Bollrat aus Berlin. Alle Beweisanträge wurden abgelehnt. Aus der Begründung des Urteils war so viel wie nichts zu entnehmen. — Für ein kleines Versehen, an dem der Redakteur ganz unschuldig ist, 900 Mark Geldstrafe!!!

Die Errichtung einer Zentralstelle für Säuglingsfürsorge

im Plauenschen Grunde beschäftigte den Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt in seiner letzten Sitzung. Den Anlaß dazu gab eine Verordnung des Ministeriums des Innern, in der die Kreishauptmannschaften angewiesen werden, auf die Errichtung von Fürsorgestellen für Säuglinge in allen Bezirken hinzuwirken. Der Bezirksausschuß hatte bis jetzt eine abwartende Stellung eingenommen und beschlossen, zunächst einmal die Neuregelung der Bezirksverbände abzuwarten. Neuerdings hat aber das Ministerium an seine Verordnung erinnert und gleichzeitig bemerkt, daß die Kreishauptmannschaft Chemnitz an die ihr unterstellten Bezirksverbände verfügt habe, alljährlich einen Bericht über die Tätigkeit auf dem Gebiete der Säuglingsfürsorge einzureichen. Die Kreishauptmannschaft Dresden hat darauf eine ähnliche Verfügung erlassen, wonach ihr in jedem Jahre bis zum 1. Oktober ein gleicher Bericht zuzustellen ist. Wie der Amtshauptmann hierzu bemerkte, wäre besonders die Errichtung einer Zentralstelle im Plauenschen Grunde höchst wünschenswert. Leider habe man in dieser Beziehung mit unzulänglichen Mitteln zu rechnen. Es soll nun versucht werden, mit bereits vorhandenen — Wohltätigkeitsvereinen in Fühlung zu treten, um vielleicht auf diesem Wege zum Ziele zu kommen. Es soll auch beim Verein für Mutterschutz in Dresden angefragt werden, wie hoch sich die Unterhaltungskosten einer solchen Zentralstelle belaufen. Aerztlicherseits ist vorgeschlagen worden, in der Lesehalle zu Döhlen eine öffentliche Beratungsstelle einzurichten. Gemeindevorstand Rudelt-Teuben bemerkte, daß die größten Schwierigkeiten in der Beschaffung der Mittel für die Milch beständen. Aerztliche unentgeltliche Belehrung sei genügend vorhanden. Im Laufe der weiteren Debatte wurde es als im höchsten Grade bedauerlich bezeichnet, daß in erster Linie die Kirchturmspolitik der Gemeinden Schuld daran sei, daß die Errichtung einer Zentralstelle im Plauenschen Grunde immer wieder hinausgeschoben werden müsse. Der Beschluß des Bezirksausschusses ging schließlich dahin, die in den industriellen Vororten bestehenden Vereine, die sich die Säuglingsfürsorge angelegen sein lassen, zu eifriger Tätigkeit anzuspornen und eventuell finanziell zu unterstützen. Ferner sollen alljährlich einmal die Vereinsvorstände zwecks gegenseitigen Austausches ihrer Erfahrungen und Besprechung vor den Amtshauptmann geladen werden.

Ein Geschäftstrick.

Eine große Anzahl kleiner Geschäftsinhaber in Dresden und Umgegend ist in den letzten Monaten dadurch geschädigt worden, daß ihnen von den Reisenden einer Berliner Weinfirma vorgaukelnd worden ist, die Firma beabsichtige ein Lager bei ihnen zu errichten und wolle ihnen „einige" Proben schicken, damit sie die Fabrikate der Firma („Stärkungsmittel für Rekonvaleszenten") einführen könnten. Mit Vorliebe hat sich der Reisende anscheinend an Bäcker, Milch- und Produktenhändler gewendet. Daß es sich um Wein handle, für den die Betreffenden keinen Bedarf hatten, wurde ebenso verschwiegen wie daß die Firma die daraufhin folgende Bestellung als feste betrachten und nicht „einige Proben", sondern Waren zum Preise von mehreren hundert Mark schicken würde. Die Firma bezeichnet sich zwar nach den vorliegenden Rechnungen mit verschiedenen Namen, das gleiche Geschäftslokal aber, das in allen Fällen angegeben ist, ergibt, daß es sich um ein und dieselbe Firma handelt. Vor diesem neuen unlauteren Geschäftstrick sei gewarnt!

Aus der Umgebung.

Laubegast. In der ersten Gemeinderatssitzung im neuen Jahre erfolgte die Einweisung der neu- resp. wiedergewählten Ratsmitglieder. Die Wahlen zu den Ausschüssen wurden nach Vorschlag rasch erledigt. Der Schulausschuß wurde um ein Mitglied vermehrt. Anträge unsrerseits, einen Unansässigen oder Lehrer hineinzudelegieren, wurden abgelehnt. Die Gehälter der Gemeindebeamten sind wie folgt geändert: Kassierer: Anfang 1500, Ende 2800 M.; Registrator 1300 bis 2200 M.; Kontrolleur 1200 bis 2400 M.; Expedienten 1000 bis 1800 Mark; Schutzmann 1050 bis 1750 M., ohne Bekleidungs- und Wohnungsgeld; Straßenwärter 950 bis 1550 M. Charakteristisch war die Behandlung der Gemeindearbeiterlöhne. Ein Gutachten, die Löhne von 32 auf 34 Pf. pro Stunde zu erhöhen, lag dazu vor. Entgegen dem üblichen Prinzip des Vorstandes, solche Dinge in geheimer Sitzung zu behandeln (wie die Beamtengehälter), ließ er hier ungenierte Debatte über die Personen zu. Er und seine Freunde fanden starke Worte über das ausgedrückte Verlangen dieser Leute, statt der bisherigen elfstündigen die zehnstündige Arbeitszeit zu fordern. Man sprach von der Schraube ohne Ende, von halbinvaliden, alten Leuten, bei denen Verdienste von 974, 964 und 728 M. genug seien. Das sprachen Leute, die über 4000 M. Gehalt haben, Leute, die selbst überhaupt nicht arbeiten, sondern andere für sich arbeiten lassen, mit Seelenruhe aus. Ein Hausbesitzer stellte den Antrag auf Zurückverweisung an den Ausschuß, der angenommen wurde und wohl dazu führen wird, einen Pfennig abzuzwacken. Man muß beachten, daß vorher die Gehälter anderer Kategorien in der Gemeinde Erhöhungen bis zu 400 M. erfuhren. Am Schlusse wurde das Sachverständigen-Gutachten, alle aufgetauchten Projekte in der Gas- und Elektrizitätsangelegenheit abzulehnen und nur das mit der Thüringer Gasgesellschaft als annehmbar zu bezeichnen, einstimmig angenommen.

Krieschendorf. Bei der Gemeinderatswahl wurden bei 36 eingeschriebenen Wählern 29 Stimmen abgegeben. Davon entfielen in der ersten Klasse 27 Stimmen auf Wirtschaftsbesitzer Edward Schneider (wiedergewählt), in der zweiten Klasse 21 Stimmen auf Hausbesitzer Genossen Hermann Mittag (ebenfalls wiedergewählt). Sein Gegner Gastwirt Moritz, früher Gemeindevorstand, erhielt 7 Stimmen; er hat nun einen dreimaligen Durchfall zu verzeichnen. In der Klasse der Unansässigen wurde Genosse Max Hofmann mit 4 Stimmen neugewählt.

Kötitz-Cossebaude. Eine von der hiesigen Bezirksleitung veranlaßte Besprechung mit erwerbstätigen Frauen unsres Bezirks, zu der Frau Lewinsohn aus Dresden zugezogen war, zeitigte einen schönen Erfolg. Von den Erschienenen ließen sich 11 in den Sozialdemokratischen Verein aufnehmen, so daß der Bezirk jetzt 22 weibliche Mitglieder zählt.

Gerichtszeitung.

Schöffengericht.

Polizei und Publikum. Der Messerschmiedemeister Karl Heinrich Reinhold König verließ am 2. November in vollständig betrunkenem Zustande die Hempelsche Schenkwirtschaft, weil ihm der Wirt seines Zustandes wegen keine Getränke mehr verabreichte. Mit ihm entfernte sich der Fabrikarbeiter Johann Peter Hutmann, den K. erst an diesem Abend kennen gelernt hatte. Beide suchten die Vogtsche Schenkwirtschaft auf. In seiner Trunkenheit lehnte sich K. gleich nach seinem Eintritt über das Büfett und warf dabei verschiedene gefüllte Gläser um. Da der Wirt sah, daß K. schon übergenug hatte, gab er ihm keine Getränke mehr und forderte ihn auf, sein Lokal zu verlassen. K. fing aber an zu schimpfen und mußte hinausbefördert werden. Nicht lange danach öffnete er die Tür von neuem und schimpfte weiter auf den Wirt. Der hatte aber inzwischen den Gendarmen Hartmann herbeigerufen, der K. nach der Wache brachte, nachdem ein Versuch, seinen Namen festzustellen, mißglückt war. Unterwegs leistete K. Widerstand und wollte sich insbesondere von Vogt nicht anfassen lassen. Mit Hilfe des Schutzmanns Hellmuth wurde er schließlich auf die Wache gebracht. Am anderen Tage bemerkte K. mehrere Verletzungen am Arme, an der Hand, an der Schulter und im Gesicht. Er war wohl mit Schlagringen bearbeitet worden. Sonst wußte er von dem ganzen Vorfall nichts mehr. Den Sachverhalt erfuhr er zum Teil erst später von anderen. K. hatte sich wegen groben Unfugs, Hausfriedensbruchs und Widerstands gegen die Staatsgewalt zu verantworten. Mit ihm saß auf der Anklagebank Hutmann, der den Gendarmen Hartmann in seiner „Amtshandlung gestört" haben soll. Nach der Erzählung Hutmanns wurde K. von dem Schutzmann schon vor der Schenkwirtschaft mißhandelt. Das habe ihn veranlaßt, dem Schutzmann zuzurufen: „Lassen Sie doch den Mann in Ruhe, der hat doch gar nichts gemacht." Der als Zeuge vernommene Gendarm Hartmann gibt zu, K. mit dem Schlagring auf den Arm und ins Gesicht geschlagen zu haben; das Gesicht habe er aber nur versehentlich getroffen. K. habe zweimal versucht, zu entfliehen und auch sonst erheblichen Widerstand geleistet. Er habe deshalb seinen Kollegen Hellmuth aufgefordert, ihm bei der Sistierung behilflich zu sein. K. habe die Hand seines Kollegen ergriffen und nicht wieder losgelassen. Er (der Zeuge) habe diesen deshalb aufgefordert, von seinem Schlagring Gebrauch zu machen. Hellmuth habe K. auch auf die Hand geschlagen, bis er seine eigene Hand befreite. K. sei nicht so sehr betrunken gewesen, denn er habe die Straßen genannt, die auf dem Wege nach der Wache passiert werden mußten. Gendarm Hellmuth gibt zu, K. mit dem Schlagring auf die Hand geschlagen zu haben, bis dieser seine Hand losließ. K. hätte ihm die Hand umbrechen wollen. Schenkwirt Vogt sagt aus, seine Frau habe K. nichts mehr gegeben, weil dieser stark angetrunken war. Schenkwirt Hempel schloß aus dem ganzen Benehmen K.s, daß dieser nicht mehr wußte, was er tat. Deswegen habe er ihm auch kein Bier mehr gegeben. K. hätte die Tür nicht mehr gefunden, wenn Hutmann sie ihm nicht aufgemacht hätte. Am übernächsten Tage sah er die Verletzungen, die durch die Schlagringe entstanden waren. Frau König gibt an, ihr Mann habe früher einmal einen Unfall erlitten. Seit dieser Zeit wisse er — wenn er nur wenig getrunken habe — nicht mehr, was er tue. Das Verfahren gegen König wird deshalb abgetrennt. Er soll durch den Gerichtsarzt auf seinen Geisteszustand untersucht werden. Der Verteidiger Königs stellt an den Zeugen Vogt die Frage, wer noch vor Gästen in dem Lokal war. Der Vorsitzende lehnt die Frage ab. Mit der Begründung, daß er gegen die beiden Gendarmen Strafantrag wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt stellen will, wiederholt er die Frage. Durch Gerichtsbeschluß wird sie abermals abgelehnt. Mit derselben Begründung widerspricht der Verteidiger der Vereidigung der Schutzleute. Auch dieser Antrag wird abgelehnt und die Schutzleute werden vereidet. Obwohl der Amtsanwalt keinen Antrag auf Bestrafung Hutmanns stellt, wird dieser wegen „Zuwiderhandlung gegen die Verkehrsordnung" zu einer Woche Haft verurteilt.

Militärgericht.

Ein Oberleutnant als Schnellfahrer. Der Oberleutnant und Adjutant vom 177. Infanterie-Regiment, Leonhardi, fuhr am 20. Juni vorigen Jahres in Gesellschaft mehrerer Kameraden mit seinem von ihm selbst gesteuerten Automobil von Dresden nach Pirna. Ein Bauunternehmer und ein Radfahrer in Groß-Graupe bei Pillnitz erstatteten Anzeige wegen übermäßig schnellen Fahrens durch einen geschlossenen Ortsteil. Der Oberleutnant bestritt, „rasend" gefahren zu sein; die Straße und hauptsächlich Groß-Graupe sei ihm als „Automobilstraße" bekannt. Die dortigen Bewohner seien laut und sonders den Automobilisten „feindlich gesinnt". Aus diesen Gründen habe er besondere Vorsicht walten lassen. Die Begleiter des Angeklagten sind der Ansicht, daß die Fahrt durch den Ort eine mäßige sei. Von dem Radfahrer wollen sie nichts gesehen haben. Der Radfahrer gibt an, dem Automobil im Orte selbst begegnet zu sein; er habe kaum Zeit gehab, mit seinem Rade in eine Ecke zu flüchten, als der Wagen heran- und vorbeigesaust wäre. Seitens der Verteidigung wurde versucht, die Zeugen als unzuverlässig hinzustellen und der Ortschaft Groß-Graupe die Eigenschaft „geschlossener Ortsteil" abzusprechen. Der Sachverständige Professor Dr. Scheidt erklärte, daß der Radfahrer mit seiner Behauptung über die Schnelligkeit eines Kraftwagens recht habe. Mit der gesteigerten Schnelligkeit verlören sich die Geräusche und entwickle sich mehr Staub. Ein Laie und Beobachter könne aber die Geschwindigkeit nicht schätzen; derartige Angaben könnten nicht als beweiskräftig angesehen werden. Das Gericht verurteilte den Oberleutnant der Anklage gemäß zu 10 M. Geldstrafe; es sei als erwiesen anzusehen, daß das Auto tatsächlich zu schnell gefahren und Groß-Graupe ein geschlossener Ortsteil im Sinne des Gesetzes sei.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Lokales.

Gründung eines Bauhandwerker-Kartells.

Heute abend soll in Meinholds Sälen eine Versammlung der hiesigen Bauhandwerker zu einem Kartell, wie solche schon in anderen Orten und auch in Berlin bestehen, stattfinden. In derselben soll der Generalsekretär Kosse-Berlin über die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses der Bauhandwerker zu einem Kartell sprechen. Einberufen wird die Versammlung von dem Zimmermeister Ernst Noack und dem Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes vom Malergewerke, Julius Rosenbaum. Eintritt ist nur gegen Karte gestattet. Nun, die Bauarbeiter sind so gut organisiert, daß sie den Kartellierungsbestrebungen mit Ruhe entgegensehen können. Immerhin sollten etwa noch außerhalb der Organisation stehende Arbeiter nun die absolute Notwendigkeit, sich der Organisation anzuschließen, erkennen.

Aus der Umgebung.

Der Gelbenführer Groß als Kläger.

Der Obermeister Groß hatte den Gauleiter Gerlitzke beim Deutschen Holzarbeiterverband wegen Beleidigung verklagt. Letzterer hatte ein im Laufe vorigen Jahres verbreitetes Flugblatt, das sich gegen die Firma Nähmaschinenfabrik Biesold und Locke richtete, verantwortlich gezeichnet. In demselben wird die Leitung der Firma beschuldigt, daß unter ihrer Einwirkung seit langer Zeit systematisch die Arbeiter gezwungen werden, dem dortigen Geselligkeitsverein beizutreten. Das Flugblatt weist auf die Gefahren hin, welche der Arbeiterschaft durch die beabsichtigte Zersplitterung der Gewerkschaften entstehen und fordert sie gleichzeitig auf, gegen das Pascharegiment des Obermachers Groß energisch Front zu machen. Durch die Worte Pascha und Obermacher und andere Redewendungen fühlt sich Gr. beleidigt. Der Beklagte führt aus, daß er als Gauleiter die Interessen seiner Mitglieder verpflichtungsgemäß zu vertreten habe, dies habe er auch nur getan, jede Beleidigung liege ihm fern. Es sei ein allgemeines, offenes Geheimnis der Arbeiterschaft bei dieser Firma, daß, wer nicht dem gelben Spar- und Unterstützungsverein beitritt, wegen Arbeitsmangels oder aus einem anderen angeblichen Grund seine Entlassung zu erwarten hat, und daß auf diese Weise ein großer Teil organisierter Gewerkschaftsmitglieder, die oft Jahrzehnte bei der Firma beschäftigt waren, entlassen wurde. Groß gibt an, daß Verstöße in dieser Beziehung auf seine Untergebenen, die Zwischenmeister, zurückzuführen seien, er hätte niemals jemand zu zwingen gesucht, der gelben Gewerkschaft beizutreten, er sei selbst nicht Mitglied dieser Vereinigung und käme nur als ihr Wohltäter in Betracht, indem er den gemeinsamen Einkauf von Mehl, Kartoffeln, Fisch, Kohlen usw. besorge. Der Vorsitzende bemüht sich, die Parteien zu einem Vergleich zu veranlassen. Der Beklagte erklärt, er will gern die Gerichtskosten übernehmen und dem Kläger eine Ehrenerklärung abgeben, wenn dieser ihm ausdrücklich versichert, daß er an dem Vorgehen gegen die Arbeiterschaft nicht beteiligt ist. Es kommt aber zu keinem Vergleich, da Gr. diese Erklärung öffentlich nicht abgeben will. Die Sache wird vertagt und den Parteien eine zehntägige Frist zur Einreichung weiterer Beweisanträge gewährt.

Inland.

Protest gegen Ueberschichten.

Auf fast allen Zechen des Ruhrreviers werden allwöchentlich Feierschichten eingelegt. Im Gegensatz hierzu fordert die Verwaltung der vor Jahresfrist in Konkurs gegangenen Zechen Krone und Friedrich von ihrer Belegschaft wöchentlich (Sonnabends) eine Ueberschicht. Mit ganz geringen Ausnahmen haben die Kohlenhauer beider Zechen am vorletzten und letzten Sonnabend diese Ueberschichten unter Hinweis auf die vielen Arbeitslosen verweigert. Die Zeche hat dann hierauf am Freitag mit der Kündigung der 25 „Rädelsführer" geantwortet. Der alte Verband hatte am Sonntag, nach Wellinghofen eine Belegschaftsversammlung einberufen, die etwa von 1000 Bergleuten — fast alle Kohlenhauer waren erschienen — der beiden Zechen besucht war. Die Versammlung nahm eine scharfe Resolution einstimmig an, in der die Wiedereinstellung der Entlassenen gefordert wird.

Ausland.

(i. c.) Die Mailänder Bäckermeister gegen ein Schutzgesetz.

Wie dem Avanti unter dem 12. Januar aus Mailand gemeldet wird, weigern sich die dortigen Bäckermeister, das Gesetz, das die Nachtarbeit im Bäckergewerbe verbietet, anzuerkennen. Sie fordern weiter von ihren Gehilfen, daß sie Nachtarbeit leisten, und drohen, die Widerstrebenden auszusperren. Die organisierten Bäckergehilfen haben sich jetzt an den Arbeitsrat gewendet, um die Anwendung des Gesetzes zu erreichen. Nutzt das nichts, so sind sie bereit, durch eine allgemeine Ausstandsbewegung die Abschaffung der Nachtarbeit durchzusetzen. Dieser Fall ist eine recht deutliche Illustration dafür, wie sehr der Wert einer Arbeiterschutzgesetzgebung davon abhängt, ob Arbeiterorganisationen da sind, die die Anwendung der Gesetze zu erzwingen vermögen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090121/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Deutscher Reichstag.

189. Sitzung. Mittwoch den 20. Januar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Kommissare.

Auf der Tagesordnung steht der Antrag Albrecht und Genossen (Soz.): Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag baldigst den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, durch welches das Vertragsverhältnis zwischen den land- und forstwirtschaftlichen Arbeitern und Arbeitgebern, sowie das Vertragsverhältnis des Gesindes durch Vorschriften geregelt wird, welche 1. alle landesgesetzlichen Vorschriften aufheben, welche Strafbestimmungen wegen Nichtantritts oder Verlassens der Arbeit oder wegen Vertragsverletzungen, Ungehorsams oder Widerspenstigkeit, wegen Verabredung und Vereinigung zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen enthalten, welche 2. den in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeitern und dem Gesinde das Recht gewähren, zur Wahrung von Berufs- und Standesinteressen Vereinigungen zu bilden und Verabredungen zu treffen, welche 3. reichsgesetzliche Krankenversicherungen für das Gesinde und die ländlichen Arbeiter einführen und 4. Zeit, Dauer und Art der Arbeit so regeln, wie es die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung fordern.

Abg. Stadthagen (Soz.): Schon im Dezember 1896 wurde eine Resolution angenommen, welche die baldige einheitliche Regelung aller Rechtsverhältnisse der Arbeiter, die in wirtschaftlichen Betrieben und der Hausgemeinschaft tätig sind, verlangt. In der Kommission war vom Zentrum und meinen Freunden ein Antrag gestellt worden, diese Regelung zu schaffen. Die Freisinnigen hatten ihn aber zu Falle gebracht. Die Verhältnisse auf zivil- und strafrechtlichem Gebiet für den ländlichen Arbeiter und das Gesinde sind aus dem Mittelalter übernommen. Sie stellen einen Schutthaufen längst veralteter, der modernen Entwicklung hohnsprechender, dem Arbeiterschutz feindlicher Bestimmungen dar. Wir haben deshalb verschiedene Punkte herausgegriffen, die besonders der gesetzlichen Regelung bedürfen. Daß auf seiten der Arbeitgeber Vertragsverletzungen gang und gäbe sind, und daß dadurch zum großen Teil die Landflucht der Arbeiter verschuldet ist, geben sogar agrarische Führer zu. Sind doch in den ländlichen Arbeitsverträgen oft Bestimmungen enthalten, die geradezu eine Prämie für den Vertragsbruch der Junker bedeuten. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Junker, der den Vertrag bricht, ist nicht strafbar. Der ländliche Arbeiter aber wird mit Strafe bedroht, wenn er ungehorsam oder widerspenstig ist oder den Vertrag verletzt. Die Rechtsunsicherheit ist eine weitgehende bezüglich der Frage, welche Kategorien von Arbeitern diesen Gesetzen unterstehen.

Man kann sich wohl auf den Standpunkt stellen, daß Vertragsbruch bestraft werden muß. Wie kann man aber davon ausgehen, daß er nur bei einer bestimmten Klasse zu bestrafen ist, daß nur einer bestimmten Klasse das Koalitionsrecht unterbunden wird! Wie kann das Reich solche partikularrechtlichen Ausnahmegesetze, solche Ungleichheit vor dem Gesetz dulden! Leider gelang es bei dem Vereinsgesetz nicht, dieses Unrecht zu beseitigen, weil die kompakte reaktionäre Mehrheit der Freisinnigen dafür nicht zu haben war. Angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung ist diese Ungerechtigkeit nur noch schreiender. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.)

Die Verquickung zwischen Landwirtschaft und Industrie ist eine bedeutende, dennoch stehen die landwirtschaftlichen Arbeiter noch immer unter Ausnahmebestimmungen. Ich erinnere das Zentrum daran, daß sein größter Führer, Windthorst, sich klar ausgesprochen hat, daß jeder Arbeiter die Koalitionsfreiheit haben müsse. Bei Ihrer jetzigen Stellung im Abgeordnetenhause und hier ist zu befürchten, daß Sie von den Grundsätzen Ihrer besten Führer nichts mehr wissen wollen. (Zustimmung b. d. Soz.) Die Koalitionsbeschränkung besteht genau wie in Preußen auch in den anderen Bundesstaaten. Ausnahmegesetze für ländliche Arbeiter gibt es in Anhalt, Reuß, Braunschweig, Mecklenburg und in den anderen Vaterländern. Ich will nicht die Frage aufrollen, ob diese Partikulargesetze nicht schon durch Reichsgesetz aufgehoben sind. Ich bemerke aber, daß sie in einer Art gehandhabt werden, daß der ländliche Arbeiter ständig vor der Gefahr steht, bestraft zu werden, sobald er sich weigert, gegen seine Gesundheit und gegen die Gebote der Sittlichkeit zu handeln. (Hört, hört! b. d. Soz.) Nachdem die Richter wissen, daß agrarisch Trumpf ist, wird höchstens aus formellen Gründen einmal ein Arbeiter freigesprochen. (Zuruf des Abg. Kreth (kons.): Glauben Sie denn, daß die Domänenpächter ihr Geld zusetzen sollen?) Wenn Sie, Herr Abgeordneter Kreth, der Ansicht sind, daß die Domänenpächter die Güter nicht bewirtschaften können, nun gut, so übergeben Sie sie den ländlichen Arbeitern. Das wäre der erste verständige gesetzgeberische Akt, den Sie, Herr Abgeordneter Kreth, ausüben. (Sehr gut! b. d. Soz.)

Es ist bekannt, daß die Großgrundbesitzer mit Vorliebe ausländische Arbeiter unter falschen Vorspiegelungen nach Deutschland locken. Ein russischer Arbeiter wurde, als er erkannte, daß die Versprechungen nicht gehalten wurden und die Arbeit niederlegte und auf seine Kollegen auch in diesem Sinne erfolglos einzuwirken versuchte, zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt. (Hört, hört! b. d. Soz.) Wie soll denn ein armer Landarbeiter, der nach Deutschland gelockt wird, aus der Buntscheckigkeit der Gesetze und nun gar aus der Buntscheckigkeit der Auslegungen klug werden? Es ist kein Wunder, daß einer, der einmal die deutsche Gerechtigkeit gekostet hat und statt des Lohnes Gefängnis erhielt, sich dafür bedankt, dieses gastliche Land wieder aufzusuchen. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Wir fordern in unserem Antrage weiterhin die endliche Einbeziehung der Landarbeiter unter die Krankenversicherung. Das Gesinde kann zurzeit allerdings in eine Kasse aufgenommen werden, aber nur auf Grund besonderen Statuts. Die Landarbeiter warten seit 25 Jahren auf ihre obligatorische Krankenversicherung. In der Kommission war 1882 schon die Mehrheit für die Einbeziehung der Landarbeiter. Im Plenum aber erklärte sich das Zentrum dagegen. (Lebh. Hört, hört! b. d. Soz.) Es trägt die Schuld. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Inzwischen dürfte das Zentrum wohl eingesehen haben, daß es notwendig ist, die armen Landarbeiter nicht hilflos allen Krankheitsfällen preisgegeben. Seit 1894 ist nicht einmal ein einziger landesgesetzgeberischer Akt zugunsten der Landarbeiter zu verzeichnen. (Lebhaftes Hört, hört! bei den Soz.) Daraus wird hoffentlich Herr Graf Oriola selbst die Ueberzeugung schöpfen, daß die Reichsgesetzgebung einspringen muß. Die erschreckend große Anzahl von Krankheiten unter den Landarbeitern ist natürlich nicht allein auf die mangelnde Versicherung zurückzuführen. Die niedrigen Löhne, das außerordentlich mangelhafte Wohnungswesen und vieles andere tragen bei. Aber ein Grund könnte beseitigt werden durch die Versicherung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

In Ziffer 4 unseres Antrags haben wir Arbeiterschutzbestimmungen gefordert. Von der Menge der Gesetze auf dem Gebiete des Gesindewesens und der ländlichen Arbeitsverhältnisse ist kein einziges, welches die grenzenlose Willkür der Herrschenden in den agrarischen Gefilden mildert. Der Vertragsbruch ist unter solchen Bedingungen ein Menschenrecht. Der Arbeiter bedarf dieser Notwehr. (Lebhaftes Sehr wahr! bei den Soz.) Bereits im August 1896 hat der reaktionärste Minister des reaktionärsten Landes, also der preußische Minister des Innern (Heiterkeit bei den Soz.), eine Verordnung erlassen, daß es in Preußen ein Züchtigungsrecht nie gegeben habe, das indirekte Züchtigungsrecht aber auch nach dem B. G.-B. weiter bestehe. Die gleiche Ansicht vertritt die Staatsanwaltschaft und das Oberverwaltungsgericht hat das Gesetz dahin ausgelegt, daß nur bei ungewöhnlich harter Behandlung das Gesinde den Dienst verlassen dürfe. In der Nähe von Neiße war ein Mädchen aus dem Dienst gegangen, weil es wiederholt geschlagen, auch mit dem Teppichklopfer mißhandelt, und am Kopfe verletzt worden war. Das Landgericht erklärte, das sei keine gesundheitsgefährliche Mißhandlung, auch sei der Teppichklopfer kein gefährliches Werkzeug gewesen. Ich weiß nicht, ob die Richter in Neiße oder die des Kammergerichts, die das Urteil bestätigten, auch dieser Ueberzeugung bleiben würden, wenn man ihnen gegenüber den Teppichklopfer so gebrauchen wollte. (Sehr gut! b. d. Soz.) Ich mache den Richtern gar keinen Vorwurf, stelle nur fest, was tatsächlich gang und gäbe ist. Wir haben jetzt in Preußen 10 Gesindeordnungen, von denen die älteste und ehrwürdigste aus dem Jahre 1772, die jüngste aus dem Jahre 1880 ist. Auf Grund dieser Verordnungen ergehen Urteile, die dem Empfinden der Kulturmenschheit ins Gesicht schlagen. Sogar unsittliche Nachstellungen des Arbeitgebers werden nicht als genügender Grund zum Verlassen des Dienstes angesehen. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Gebote der Sittlichkeit werden mit Füßen getreten.

Es muß endlich der schlechtest gestellten Kategorie der deutschen Arbeiter, den Landarbeitern, geholfen werden. (Lebh. Widerspruch und Oho!-Rufe rechts.) Wenn Sie das bestreiten, so tauchen Sie doch einmal mit den Landarbeitern. Widerlegen Sie doch die Tatsachen. Widerlegen Sie die amtlichen Statistiken, bestreiten Sie die ergangenen Urteile, welche Ehre und Menschenwürde aufs tiefste verletzen. (Widerspruch rechts.) Entspricht es etwa der Menschenwürde, wenn dem Arbeiter mit der Peitsche ins Gesicht geschlagen wird und das oberste Gericht dieses für keine außergewöhnlich harte Behandlung erklärt? (Hört, hört! b. d. Soz.) Ich hoffe, daß Sie endlich bereit sein werden, diese Schmach von dem Deutschen Reiche zu nehmen. (Lebh., anhalt. Beifall b. d. Soz.)

Abg. Kleye (natl.): Die Anträge entspringen nur dem Agitationsbedürfnis. (Zustimmung rechts.) Wenn sie angenommen werden, so fällt das festeste Bollwerk der heutigen Gesellschaftsordnung. Wir Landwirte leben am liebsten in Frieden und Harmonie mit unseren Arbeitern, und die Bestimmungen, über die Herr Stadthagen klagt, stehen meistens nur auf dem Papier. (Lachen bei den Soz.) Die Gesindeordnung gebe ich allerdings als veraltet zu; sie hat aber so gut wie nichts geschadet. Die Wohnungen auf dem Lande werden immer luxuriöser. Die Bauern sind durch ihre Leute jetzt auch nervös geworden. Die reichsgesetzliche Krankenversicherung auf die ländlichen Arbeiter auszudehnen, halten auch wir für nötig. Aber der Antrag, der eine Beschränkung der Dauer der Arbeit verlangt, beweist, daß der Verfasser von landwirtschaftlichen Verhältnissen nichts versteht. (Zustimmung rechts.)

Abg. v. Mielzynski (Pole): Wir werden für den Antrag stimmen. Es ist eine Forderung der Gerechtigkeit, die landwirtschaftlichen Arbeiter den gewerblichen gleichzustellen. (Bravo! bei den Polen.)

Abg. Stauffer (wirtsch. Vereinigg.): Der Antrag reizt geradezu zum Kontraktbruch. (Sehr richtig! rechts.) Die ländlichen Arbeiter sollten durch Seßhaftmachung, durch Beteiligung am Reingewinn usw. aufgebessert werden. Aber wo der Besitz anfängt, hört die Sozialdemokratie auf. Eine unbedingte Koalitionsfreiheit kann man den ländlichen Arbeitern nicht zugestehen. Die reichsgesetzliche Regelung der Krankenversicherung verlangen wir nur so, daß die Bundesstaaten gezwungen werden, eine Versicherung einzuführen, nicht aber als Uebertragung der bestehenden Gesetze auf das Land. Die Arbeitsdauer auf dem Lande zu regeln, ist unnötig. (Bravo! rechts.)

Abg. Gothein (freis. Vereinigg.): Die einheitliche Regelung des Rechtes für die Arbeiter ist eine elementare Forderung. Sie (nach rechts) verweigern den Landarbeitern das Koalitionsrecht, wenn Sie behaupten, die Ernährung des Volkes stehe dann in Frage. Der wahre Grund ist der, daß Sie sich sagen: „Wir wollen die Herren sein!" Wie vereinigt sich dann aber Ihr nationales Gefühl mit der Beschäftigung polnischer Arbeiter? Eine Regelung der landwirtschaftlichen Arbeitszeit ist durchaus möglich. Eine schematische Regelung wollen auch die Sozialdemokraten nicht. Wir sind bereit, dem Antrag zuzustimmen, ziehen aber Ueberweisung an eine Kommission vor. Jedenfalls muß etwas geschehen gegen die Rechtsungleichheit. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Hahn (kons.): Herr Gothein, hetzt jetzt auch noch die Landarbeiter gegen Bauern und Edelleute auf. Den ländlichen Arbeitern kann man ein einheitliches Recht nicht geben. Das Koalitionsrecht muß ihnen im Interesse der Allgemeinheit beschränkt werden. Die Arbeiterverhältnisse auf dem Lande sind besser als in der Großindustrie, weil auf dem Lande noch ein patriarchalisches Verhältnis herrscht zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. (Schallende Heiterkeit bei den Soz.) Auch wir wünschen Krankenversicherung der ländlichen Arbeiter, aber zunächst durch die Landesgesetzgebung. Die Koalitionsfreiheit auf dem Lande hieße aber einfach auf Kontraktbruch hinaus. (Lautes Lachen links.) Im Süden mag man demokratisch sein, in Norddeutschland ist scharfe Disziplin nötig. Merken Sie sich das, Herr Müller-Meiningen. (Bravo! und Händeklatschen rechts, langanhaltende Heiterkeit links.)

Abg. Dr. Höffel (Reichsp.) bezeichnet die reichsgesetzliche Regelung der Koalitionsfrage der Landarbeiter als schwierig.

Abg. Herold (Zentr.): Die Forderung, die Gesindeordnung reichsgesetzlich zu regeln, unterstützen wir. Zum Schutze des Arbeitgebers gegen Kontraktbruch reicht die Gewerbeordnung aus. Man könnte den Schadenersatz etwas höher fixieren. Eine Gefahr bietet das Koalitionsrecht nicht. Der Forderung, die Krankenversicherung auf die Landarbeiter auszudehnen, stehen wir sympathisch gegenüber. (Beifall im Zentrum.)

Darauf vertagt sich das Haus. Die Weiterberatung des Antrags Albrecht soll an dem nächsten Sitzungstage stattfinden.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Interpellation der Sozialdemokraten und Polen betreffend Handhabung des Vereinsgesetzes.)

Schluß 6¼ Uhr.

Sächsischer Landtag.

II. Kammer.

173. Sitzung vom 20. Januar 1909.

(Schluß.)

Die Kammer tritt danach in die Schlußberatung über die Petition des Komitees für Erbauung einer Eisenbahn von Borna über Lausigk mit Anschluß an die Linie Leipzig—Döbeln—Dresden ein. Das Deputationsgutachten will die Petition der Regierung zur Erwägung unter der Maßgabe überweisen, daß die Petenten angemessene Entschädigungen gewähren.

Nach längerer Debatte wurde das Deputationsgutachten einstimmig angenommen.

Zu Punkt 3 erstattet für dieselbe Deputation den Bericht Abg. Richter-Großschönau (natl.) und beantragt, die Petitionen um Erbauung einer Nordostbahn von Großenhain—Priestewitz—Radeburg—Königsbrück—Kamenz bis Radibor der Regierung wiederum zur Erwägung zu überweisen, dagegen die Petitionen um Errichtung einer normalspurigen Verbindungsbahn von Arnsdorf nach Radeberg—Radeburg—Großenhain sowie einer solchen von Schwepnitz nach Straßgräbchen zurzeit auf sich beruhen zu lassen.

In der Debatte verwenden sich für den Bau der Bahn die Abgg. Knobloch, Träber, Kockel, Hähnel, Greulich, namentlich waren die Ausführungen des letzteren von größtem „Patriotismus" getragen, indem er betonte, daß die Bevölkerung der in Frage kommenden Gegend bei dem Finanzministerium für ihre berechtigten Wünsche nie Gehör gefunden habe, dagegen die drei größten Tugenden des Staatsbürgers: „Steuerzahlen, Soldaten liefern und im übrigen den Mund halten", richtig weiter üben dürfe.

Weiter sprachen hierzu die Abgg. Günther, Rentzsch, letzterer betonend, daß hinsichtlich der Eisenbahnen die Lausitz am schlechtesten und um 60 Prozent schlechter gestellt sei, als die Chemnitzer Gegend.

Finanzminister Dr. v. Rüger bemerkt dem Abg. Greulich gegenüber, daß der Truppenübungsplatz Königsbrück nur dadurch nach Königsbrück gekommen sei, daß das Finanzministerium das nötige Land zu sehr billigem Preise überlassen habe. Weiter glaubt Redner, daß in einem Menschenalter diese Bahn das Anlagekapital noch nicht verzinsen werde, da auf einen starken Durchgangsverkehr nicht zu rechnen sei. Er müsse auch betonen, daß die Lage der Finanzen noch sehr vorsichtig behandelt werden müsse, da vom Reiche aus noch keinerlei sichere Aussichten für eine gesunde Finanzreform gegeben seien. Er hoffe aber, daß er später, wahrscheinlich aber noch nicht nach neun Monaten beim nächsten Landtage, die Mittel zum Bahnbau bereitstellen könne. Die Vorarbeiten sollen aber sobald als möglich in Angriff genommen werden.

Die Kammer nimmt darauf die Deputationsgutachten an.

Nächste Sitzung Donnerstag 10 Uhr. Tagesordnung: Nachtrag zum Staatsgerichtshof, Petitionen und Diätengesetz.

Kongreß der Tabakarbeiter Deutschlands.

Berlin, 19. Januar.

Nachmittagssitzung.

Heissing-Strahburg macht Angaben über die Verhältnisse der badischen Tabakindustrie. Ein Teil der Arbeiter glaubt durch Inspiration der Meister und Fabrikanten, daß nach Erhöhung der Steuer die besseren Sorten Zigarren in Süddeutschland hergestellt und dadurch die Löhne für dort erhöht werden. Redner macht bekannt, daß heute nachmittag die Delegierten von Baden und Württemberg sich im Reichstag einzufinden haben, um bei den Reichstagsabgeordneten vorstellig zu werden.

Wolf-Verden: Die Arbeitsverhältnisse der Tabakarbeiter Verdens und Delmenhorsts beweisen deutlich, daß der im Jahre 1879 vorgenommene Aderlaß am Tabak noch jetzt schwer auf der Arbeiterschaft lastet, besonders in Delmenhorst. Es muß alles aufgeboten werden, um eine neue Belastung des Tabaks zu verhindern.

Frau Liebert-Dresden, Zigarettenarbeiterin: Die Vanderolesteuer hat für die Zigarettenarbeiterinnen viel Elend im Gefolge gehabt, sehr viele sind durch die Arbeitslosigkeit der Prostitution zugeführt, noch heute leiden die Arbeiterinnen unter allen möglichen Schikanen. Ebenfalls gelangt seitdem weit schlechteres Material zur Verarbeitung.

Hoffmann-Leipzig: Die Leipziger Fabrikanten haben nach 1879 die Heimarbeit eingeführt. Die Heimarbeiter hemmen dort noch heute die Entwicklung der Organisation.

Smulkala-Flensburg gibt Aufklärung über die Verhältnisse der dortigen Tabakspinner; diese protestieren ebenfalls gegen jede Besteuerung des Tabaks. Im weiteren schildert er die Versuche, die die Tabakarbeiter gemacht haben, um die bürgerlichen Abgeordneten zum Widerstand gegen die Tabaksteuer zu ermuntern. Viel sei jedoch nicht davon zu erwarten, denn das Reich brauche Geld und da kommt die Notlage der Arbeiter nicht in Betracht.

Das Wort erhält der Reichstagsabgeordnete Geyer-Leipzig. Er gibt bekannt, daß die Beratung der Tabaksteuer in der Kommission auf unbestimmte Zeit verschoben sei und vermutlich erst Mitte Februar stattfinden wird. Die Vanderolesteuer hat wenig Sympathie in den Kreisen der Abgeordneten, aber man mogelt bereits hinter den Kulissen, um eine andere Art der Besteuerung zu finden. Von der Haltung des Zentrums wird es wesentlich abhängen, ob der Tabakarbeiter in Zukunft den Hungerriemen fester schnallen muß oder nicht. Auf das Zentrum wie auf die anderen Parteien ist nicht allzuviel Verlaß. Redner erklärt, eine mäßige Erbschaftssteuer sowie eine geringe Reichseinkommensteuer werde Geld genug ergeben, um das Leck der Reichskasse zu stopfen.

Berlin, 20. Januar.

Dritter Verhandlungstag.

Schlüter-Bielefeld: Die Berichte der bürgerlichen Zeitungen erwecken den Anschein, als ob dieser Kongreß lediglich eine Veranstaltung der organisierten Arbeiter sei. Das ist nicht zutreffend. An demselben nehmen auch Unorganisierte teil, die ebenfalls Protest gegen die Neubesteuerung des Tabaks erheben.

Auf Vorschlag einigen sich die Delegierten auf eine summarische Berichterstattung der einzelnen Bezirke.

Zunächst erhält Blohme-Bremen das Wort. Die Zigarrenfabrikation hat sich nach 1879 von Bremen auf die benachbarten Orte verstreut. Mit der Anpreisung „Bremer Zigarren" wird heute ein Schwindel getrieben, da in Bremen selbst meist nur Proben gearbeitet werden. Redner glaubt, daß auf die Freisinnigen und auf das Zentrum kein Verlaß in dieser Frage ist. In seinem ganzen Bezirk habe nur der Abgeordnete Träger sich schriftlich verpflichtet, gegen jede Besteuerung zu stimmen. Der Abgeordnete Hormann (freis.) habe in öffentlicher Versammlung, in der er über die Finanzreform sprach, erklärt, „der Tabak müsse etwas hergeben".

Schmidt-Nordhausen erklärt, daß Dr. Wiemer früher erklärt habe, jede Vorlage, die volksschädlich sei, werde er bekämpfen. Bisher habe man ihn aber noch in keiner Protestversammlung gesehen. Gegen die geplante Branntweinsteuer hat sich die Stadtverwaltung im Interesse der Branntweinbrenner gewandt, um die Interessen der Tabakarbeiter hat sie sich nicht gekümmert.

Klein-Köln hält die Protestbewegung der Christlichen für eine Spiegelfechterei, da sie Tarife abgeschlossen haben mit dem Passus, daß bei Einführung der Tabaksteuer der Tarif außer Kraft gesetzt ist. Redner glaubt, daß die Tabakarbeiter am Niederrhein sich in Zukunft mehr der freien Organisation zuwenden, da sie einsehen lernen, daß sie keinen Schutz ihrer Interessen beim Zentrum finden.

Hoff, Vertreter des Gewerkvereins, betont, daß der Gewerkverein nicht nur die Vanderolesteuer bekämpft, sondern gegen jede Form der Neubelastung protestiert.

Auch die Verhältnisse der Kaiserlichen Tabakmanufaktur in Elz erfahren eine eingehende Schilderung. Die dortigen Arbeiterinnen müssen gleich Rekruten zum Appell antreten und sich einer körperlichen Visitation unterziehen.

Mitteilungen über den Gesundheitszustand der Tabakarbeiter werden aus allen Bezirken gemacht. Diese grausigen Zahlen dürften eine Regierung, die volkswirtschaftlich handeln will, von jeder Neubesteuerung abhalten. Zum Ausdruck kommt ferner, daß nicht nur Arbeiter, sondern Fabrikanten, Händler und Tabakpflanzer gemeinsamen Protest gegen die Fabrikatsteuer erheben.

Im Schlußwort würdigt Genosse v. Elm alle Schilderungen und resümiert kurz die politischen Verhältnisse von 1879 und jetzt. Damals benutzte man das Sozialistengesetz, um das Aufwärtssteigen der Arbeitermassen zu hindern, und gestern machte der Kanzler im Junkerparlament seinem gepreßten Herzen Luft, ermahnte die bürgerlichen Parteien zur Einigkeit, um dann, wenn diese erreicht ist, und die bestehenden Gesetze zur Bekämpfung der Sozialdemokraten nicht ausreichen, vor Ausnahmegesetzen gegen diese nicht zurückzuschrecken. Damit ist das Programm der Regierung enthüllt. Gestern wurde in der Finanzkommission die Zuckersteuer beraten. Dort erklärte der Schatzminister, wenn die Zuckersteuer nicht ermäßigt würde, dann handle der Reichstag gegen Treu und Glauben. Logischerweise müßte der Schatzminister die Tabakindustrie ebenso behandeln. Aber daß 50 000 Arbeiter, Krüppel und Elende arbeitslos werden, das kümmert weder die Regierung noch die bürgerlichen Reichstagsabgeordneten. Es ist wohl fraglich, ob sie die Resolution, den Notschrei der Tabakarbeiter, lesen werden. Darum ist noch einmal an dieser Stelle der Ruf zu erheben: Reichstag prüfe, ehe du entscheidest, es handelt sich um das Brot der Tabakarbeiter! Die bürgerlichen Parteien und die Regierung sollen daran denken, daß noch zu allen Zeiten der Hunger der schlimmste Revolutionär gewesen ist und daß, wenn es zu Hungerdemonstrationen unter der Arbeiterschaft kommt, sie selbst den Wind gesäet, der ihnen Sturm bringt. Tabakarbeiter, hinein in die Organisation, dann schafft ihr euch Macht und Brot! (Lebh. Bravo!)

Die bereits erwähnte Resolution, deren Endsatz folgenden Wortlaut hat, wird einstimmig angenommen:

„Der Tabakarbeiter-Kongreß erwartet aus den hier angeführten Gründen, daß der Deutsche Reichstag nicht nur die Regierungsvorlage, sondern jeglichen Vorschlag auf eine Mehrbelastung der Industrie durch erhöhte Zölle oder Steuern ablehnen wird.

Schließlich richtet der Tabakarbeiter-Kongreß an die Deutsche Reichsregierung, an den Bundesrat und an den Reichstag das dringende Ersuchen, im Interesse der in der Industrie tätigen zirka 20 000 Arbeiter die Tabakindustrie von den fortwährenden Beunruhigungen durch immer neue Steuerprojekte zu bewahren.

Der Tabakarbeiter-Kongreß protestiert auf das entschiedenste dagegen, daß die in der Tabakindustrie beschäftigten Arbeiter, die, wie oben nachgewiesen, zu den mit am schlechtesten entlohnten Arbeitern gehören, noch neben den direkten und indirekten Steuern, durch welche sie verhältnismäßig in gleicher Weise zur Erhaltung des

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090121/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Reiches beitragen, wie alle übrigen Reichsangehörigen, auch noch darüber hinaus das Opfer der Existenz bringen sollen."

Die Resolution nebst einer kleinen Denkschrift soll den Abgeordneten überreicht werden. Ebenfalls sollen dieselben aufgefordert werden, im Falle der Annahme der Tabaksteuer für eine Entschädigung der Arbeitslosen einzutreten.

Die Zentralkommission behält ihren Sitz in Berlin.

Mit einem begeisterten Hoch auf die Agitation und Organisation wird der Kongreß geschlossen.

Neues aus aller Welt.

Messina.

Berlin, 20. Januar. Das deutsche Hilfskomitee für die in Süditalien durch Erdbeben Geschädigten teilt mit, daß dem Zentralkomitee vom Roten Kreuz aus Syrakus der erste Bericht von Dr. Colmers, Chefarzt des dort seit acht Tagen errichteten Lazaretts, zugegangen ist. Daraus geht hervor, daß das Hospital zurzeit mit 60 Patienten belegt und das eine größere Anzahl angemeldet ist. Die Verletzten werden meist in einem stark vernachlässigten Zustande eingebracht, und fast alle Verletzungen sind sehr schwerer Natur und haben Komplikationen, wie Brand, Wundrose, Starrkrampf usw. im Gefolge. Unser Personal ist voll in Anspruch genommen. In Syrakus liegt ein Auswandererdampfer mit 800 Flüchtlingen an Bord, und auch dort ist Mangel an Kleidern und Wäsche. Aus Neapel und Catania werden dringend weitere Unterstützungen erbeten. Das Neapeler Depot bittet telegraphisch um Kleidungsstücke und Wäsche, ferner um Barackenausrüstungen. Es fehlt auch an Lazaretteinrichtungen und Sanitätsmaterial. Konsul Jacob erbittet für Catania namentlich Wäsche, Kleidungsstücke und Geldmittel.

*

Berlin, 20. Januar. Der 34 Jahre alte Schmied Paul Otto versuchte heute vormittag seinen Schwager, den Instrumentenmacher Wilhelm Schnidier, vor dem Hause Strausberger Straße 34 zu erschießen. Otto hatte seinen Schwager im Verdacht, daß er mit seiner Frau ein Liebesverhältnis unterhalte. Schnidier wurde an der Schulter und am Arm verletzt und ins Krankenhaus gebracht. Der Attentäter suchte zu entfliehen, wurde aber vom Publikum festgenommen und dem nächsten Polizeirevier eingeliefert.

Kiel, 20. Januar. Infolge Verwechslung der Positionslaternen durch den Lotsen stießen im Skagerrak die Dampfer Krossfond und Ingeborg zusammen. Krossfond sank. Die Besatzung rettete nur das nackte Leben. Die Ingeborg erlitt leichte Beschädigungen.

Hamburg, 20. Januar. Aus dem Mädchenheim Blohmsche Wildnis sind heute vormittag zwölf Zöglinge entwichen.

Erfurt, 20. Januar. Wegen gemeinschaftlicher Ermordung der Mathilde Groß in Oberdorla, die sich in anderen Umständen befand, verurteilte das hiesige Schwurgericht den achtzehnjährigen Steinmetzlehrling Adam Karmrodt zum Tode und den siebzehnjährigen Martin Richter zu zwölf Jahren Gefängnis.

Victoria-Salon.
26 Waisenhausstrasse 26.
Künstlerfest — Komiker Blatzheim u. s. w. Anfang 8 Uhr. Sonntags 4 Uhr u. 8 Uhr.
Tunnel-Kabarett: **Tyrkowski.** Anfang 8, Sonntags 4 Uhr.

Welttheater
lebender und singender Photographien in höchster Vollendung
21 Scheffelstrasse 21 und **Ringstrasse**, Ecke Moritzstrasse:
Weitere Aufnahmen von dem furchtbaren Erdbeben in Sizilien und Kalabrien
und die vorzüglichen **Weltstadt-Programms.**
Hochachtungsvoll **Georg Hamann.**

Nordsee.
Größte Hochseefischerei-Gesellschaft Deutschlands mit 51 eigenen Dampfern.
Eig. Fischereihafen. Eig. Eisenbahn-Kühlwaggons. Eigene Räucherei und Marinier-Anstalt.
Täglich in feinster, lebendfrischer Ware eintreffend:
ff. Kabeljau ohne Kopf im Anschnitt per Pfund **33** Pf.
ff. Seelachs ohne Kopf im Anschnitt per Pfund **36** Pf.
ff. Seeaal ohne Kopf im Anschnitt per Pfund **48** Pf.
ff. Austernfisch abgezogen, per Pfund **50** Pf.
ff. Rotzunge, gross per Pfund **70** Pf.
ff. Seehecht ohne Kopf im Anschnitt per Pfund **60** Pf.
ff. Schollen, gross und mittel per Pfund **50** Pf.
ff. Helgoländer Schellfisch, Steinbutt, Seezungen, Zander, Heilbutt, Dorsch, Flusslachs.
Ferner empfehlen:
ff. geräucherten rotfleisch. Flusslachs
in Stücken à Pfund **150** Pf.
in ½ Seiten, bis 10 Pfund schwer, per Pfund **110** Pf.
ff. geräucherter Seelachs, Rochen, Schellfisch, Seeaal, Lachsheringe, Kieler Bücklinge, Kieler Spickaal, echte Kieler Sprotten, Nordsee-Sprotten, Seeaal in Gelee, **Lachs** in Gelee, **Fischsülze** usw.
Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee"
Webergasse 30. Telephon 2471.

Jasmatzi-Cigaretten
GAJAG
Unerreichte Qualität! Grösste Verbreitung!
Lucca mit Mundstück .... 1 Pf.-Cigarette
Kolpo mit Mundstück .... 1 „
Unsere Marine mit und ohne Mundstück ... 2 „
Dubec No. 6 mit und ohne Mundstück .... 2½ „
Hellas mit und ohne Mundstück .... 3 „
Elmas Gold-Mundstück .... 3–5 „ in eleganten Blechdosen.
Pteo mit Mundstück, ohne Mundstück und Gold.... 4–25 „

Kleiderschränke von 8 M. an, **Garderobenschr.** von 20 M. an, **Kommoden** von 6.50 M. an, **2 Roßhaarauflegematratzen** mit oder ohne Bettstellen, preiswert.
J. Arlt, Pieschen
Leisniger Straße 28.

Leder Leder
kauft man am billigsten und besten
Oschatzer Str. 25
und
Trachau, Leipziger Str. 153.
Täglich frischer Ausschnitt.

Mutterspritzen
Spülkannen v. 1 M. an, Leibbinden und alle hygienischen **Frauenartikel.**
Preisliste gratis. 10 Proz. Rabatt.
Frau Heusinger
Am See 37
Ecke Dippoldiswaldaerplatz.
Man achte auf die Firma!

J. Huber, Spenerstr. 5
Spezial-Geschäft für **Schuhreparatur und ff. Maßarbeit**
empfiehlt sich dem geehrten Publikum von **Striesen und Umg.** zu allen vorkommenden **Reparaturen** bei Verwendung nur **guten Materials** und **feinster Ausführung.**

Kleinverkaufspreise für Fleisch und Fleischwaren in Dresden.

Nach amtlichen Feststellungen. (Es verstehen sich: der niedrigste Preis für Fleisch mit Zulage, der höchste Preis für Fleisch ohne Zulage.)

Nähere Bezeichnung	Preise für ½ Kilogramm 17. Jan. 1909	Ende Dez. 1908	Ende Dez. 1907
	Pf.	Pf.	Pf.
Rindfleisch			
Brust	60—120	60—120	70—120
Bauch	50—80	50—80	60—80
Bratenfleisch, Keule	80—120	80—120	80—120
Schoß	80—160	80—160	80—160
Lende, unausgeschält	80—140	80—140	80—140
Lende, ausgeschält	110—250	110—250	110—250
Kalbfleisch			
Schnitzelfleisch	120—200	120—200	130—200
Keule	80—120	80—120	80—120
Uebrige Teile	60—120	60—120	65—120
Hammelfleisch			
Keule	75—120	75—120	75—120
Kotelette	75—120	75—120	75—120
Kochfleisch	60—100	60—100	65—110
Schweinefleisch			
Keule	75—100	70—100	70—100
Karree	85—120	85—120	80—120
Bauch	65—85	65—85	60—80
Knöchel	30—70	30—70	30—70
Rauchfleisch	80—120	80—130	80—140
Schinken im ganzen Stück	100—150	100—150	90—150
Schinken im Aufschnitt	160—240	160—240	160—240
Speck, geräuchert	70—100	70—100	80—100
Speck, roh	65—90	65—90	65—90
Schweineschmalz	90—100	90—100	80—100
Rinderschmalz	60—80	60—80	60—80
Blutwurst	50—140	50—140	50—120
Leberwurst	60—140	60—140	60—140
Zervelatwurst	120—200	120—200	120—200

A. Mäsers Restaurant zur Micktener Baubörse
Dresden-Mickten, Homiliusstraße, Ecke Trachauer Straße
empfiehlt seine schönen, geräumigen Lokalitäten. Vereinszimmer, 80 Personen fassend, steht jederzeit zur Verfügung. **Asphalt-Kegelbahn.**

Verband der baugewerbl. Hilfsarbeiter Deutschl.
Zweigverein Dresden.

Dienstag den 19. Januar starb unser treues, langjähriges Mitglied, der Kollege

Hermann Farrer

nach langem, schweren Leiden in seiner Heimat, Schwarzbach bei Rußland, im besten Mannesalter von 34 Jahren 5 Monaten an der Proletarierkrankheit. — Leicht sei ihm die Erde!

Wir werden sein Andenken jederzeit in Ehren halten.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß **Dienstag** abend 10 Uhr mein lieber Gatte und Vater, der

Restaurateur Hermann Farrer

in Schwarzbach bei Rußland nach langem Leiden sanft entschlafen ist.

Dresden, den 20. Januar 1909.

Die tieftrauernde Witwe **Linda Farrer** geb. Pfennig nebst Kindern.

Die Beerdigung findet in Schwarzbach bei Rußland statt.

Hierdurch die traurige Nachricht, dass heute früh 8 Uhr mein lieber Gatte, unser stets treusorgender Vater, Bruder, Onkel, Schwager und Schwiegersohn

Hermann Schneider
Restaurateur

nach kurzem, schwerem Leiden sanft entschlafen ist.

Dresden, den 20. Januar 1909.

Die tieftrauernde Witwe nebst Kindern.

Die Beerdigung findet Sonntag nachmittag 2¾ Uhr von der Halle des Friedrichstädter Krankenhauses aus nach dem inneren Friedrichstädter evang. Kirchhof statt.

Dedrophon-Theater
34 Wettinerstrasse 34.
Diese Woche hervorragend schönes Programm:
Miffle Bill aus dem Wildwest. — **Die Wunderinsel Jersey.** — **Wie die Alten sungen, so zwitschern die Jungen.** — **Lehmann lebt immer noch.** — **Der Imitationsgeist.** — **Die Erdbebenkatastrophe in Messina.** 3. Aufnahme. **Die Klavierlehrerin.** Drama. — **Das gemütliche Haus.**
Diese Woche: **Streich-Konzerteinlagen.**
Hochachtungsvoll **Reinhold Herms.**

100 Mark Belohnung

sichert der unterzeichnete Gemeinderat demjenigen zu, der den Brandstifter von den in hiesiger Gemeinde stattgefundenen Schadenfeuern so zur Anzeige bringt, daß dessen gerichtliche Bestrafung erfolgen kann.

Groß-Lugo, den 20. Januar 1909.

Der Gemeinderat.

Noch nie dagewesen!
Feinste Rittergutsbutter
Stück **55** Pf.
Oskar Tischer
Große Brüdergasse 31, nahe Postplatz.

Herren-Wäsche
Krawatten, blaue Anzüge kauft man am billigsten bei
E. Köhler, Am See 13.

Jeder Stellensuchende sollte seine Zeugnisse abschriftlich vervielfältigen lassen, um jeder Offerte Zeugnis-Kopie beilegen zu können. Solche Vervielfältigungen von Zeugn. (je 1 bis 3 Stück auf eine Seite geschr. und 20mal vervielfält. 75 Pf.) werden hergestellt u. auch Gesuche aufgesetzt.
Instit. Selbes, Dresden-A., Prager Str. 22, 2.

140
Marabu-Stolen
zu verkaufen. Es kostet
eine Stola
2 m lang, 4fach, **5 bis 8.50** M.
Kragenform 8.50 bis 17 M.
Straussfeder-Stolen
2 m lang, **11, 14, 17, 21** M.
bei **Hesse,** Scheffelstraße 12.

M.-G.-V. „Freies Lied", Seidnitz
nimmt **Mitglieder** auf Montags von 8½ bis 10½ Uhr abends im **Restaur. Saxonia,** Dohnaer Straße.

Hutformenfabrik sucht tüchtige Hutformtischler speziell für Herrenhutmodelle, ferner geübte Former und tüchtigen Girier. Hoher Lohn. Reiseverg. **Alexander Kremser,** Berlin-Pankow, Florastr. 8.

Zurückgekehrt vom Grabe meiner unvergeßlichen Gattin, unserer guten Mutter, Frau

Auguste Keller geb. Grein

sagen wir allen Freunden, Bekannten und Kollegen unseren

aufrichtigsten Dank.

Dresden, Falkenstr. 8. **Bernhard Keller** und Kinder.

Dank.

Zurückgekehrt vom Grabe meiner herzensguten Gattin, unserer lieben, treusorgenden Mutter, Frau **Helene Barthels,** drängt es uns, allen lieben Freunden und Bekannten, insbesondere der Firma Eduard Hammer, meinen nächsten Vorgesetzten und meinen lieben Kollegen und Kolleginnen, sowie dem Ringsport- und Athletenklub Rollon für die vielen Beweise inniger Teilnahme durch Wort und Schrift und herrlichen Blumenschmuck, sowie für das Geleit zur letzten Ruhestätte unseren **innigsten, herzlichsten Dank** auszusprechen.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090121/8
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Leben · Wissen · Kunst

Tägliches Unterhaltungsblatt der Dresdner Volkszeitung

Nr. 16 — Dresden 21. Januar — 1909

Kulturbilder

Byzantinomania poetica. Unter dieser Ueberschrift wird der Frankfurter Zeitung geschrieben: Wie man weiß, leidet Deutschland seit längerer Zeit unter einer endemischen Epidemie, der Byzantinomania germanica, deren Symptome: Augenverdrehen, krampfhaftes Auf- und Abklappen des Rückgrats, stereotypes Wiederholen sinnloser Worte wie Hoch und Hoch auch in Dorfkreisen allgemein geworden sind. Eine interessante Abart dieser Krankheit ist die sogenannte Byzantinomania germanica poetica, die vor allem in den Kreisen dichterisch affizierter Pädagogen und speziell bei manchen Verfassern von Schullesebüchern stark verbreitet ist; wo sie gern in Verbindung mit Sprachverrenkungen und Hypertrophie der bildlichen Vorstellungen auftritt. Ein charakteristischer Fall dieser Art wird in der Frankfurter Kleinen Presse besprochen. Der Erkrankte heißt Joseph Kaulen, ist Schullehrer in Oberursel (im Taunus) und hat auf den gefährlichen Charakter seines Leidens durch einen Gedichtband aufmerksam gemacht, der sich **Kaiser und Kinder** betitelt und als besonders geeignet zu Kaisers Geburtstag und zu andern vaterländischen Festen für die Schule bezeichnet wird. Die auslösende Ursache für Herrn Kaulens Krankheit scheint — der **Taunuswald** gewesen zu sein. Herr Kaulen behauptet nämlich von ihm, daß an Kaisers Geburtstag die „deutschen Eichenäste aufjauchzend zu dem großen Feste in **lautem Jubellied** zusammenschlagen", daß der Sturm „die alten (!) Nebel peitscht, daß sie aufglühen wie in Flammen". Im Wald selbst „erschallt es wie Salven dem Kaiser zu Ehren". Und obgleich es stürmt und braust, so stehen doch die „**Fichtenstämme** still, ohne Wanken, als wollten sie gleich **präsentieren**". Ganz merkwürdig ist, was der Dichter am 27. Januar von dem Frühling verlangt.

„Nun wasche mit (!) Schnee dein Antlitz rein,
Steh' an dem blauen Himmelsgewand,
Nimm Primeln und Schneeglöckchen in deine Hand
Und hilf mir **Hurra, hurra! schrein!**"

Herr Kaulen scheint danach auch etwas schwach auf der Brust zu sein. Um so wärmer ist das Herz, um so lebhafter die Phantasie; so singt er, als er vor ein **Kaiserbild** tritt: „Wir sehen deine Züge, wir fühlen (!) dein Gesicht", und wenn der Fink „zig, zig, zig, zirr" singt, so ist das „das erste Lied, das dem Kaiser hier erklang". Noch schöner ist das Gelöbnis:

„Ob es stürme, ob es tauche,
Liebe bleibt im Herzen stehn.
Niemand doch wird dich verlassen,
Der ins Auge dir gesehn."

Die patriotischen Mädchen bedauern, daß ihnen „die Kanonen noch zu schwer", dafür versprechen sie als moderne Frauenrechtlerinnen: „Uns anwerben und einsetzen (!) müssen wir und dann Gott danken." Aber, aber! Die lieben kleinen Mägdelein haben gar merkwürdige Gedanken; sie wünschen (S. 16): „Ach wären wir Buben mit bärtigem Gesicht!" Ob die Oberurseler Buben schon Schnurrbärte haben und Vollbärte tragen? Und ob sie empfänglich genug sind, sich für den Dichterschwung folgender Verse zu begeistern:

Wer ist so schön wie unser Kaiser?
Wer ist so hell wie unser Held,
Wer ist so leuchtend und so strahlend?

oder:

Wer ist so lieb wie unser Kaiser?
So lieb, so lind wie dieser Mann?
Sag' mir, wer hat wohl solche Augen?
Und sag' mir, wer so lächeln kann?

Das Büchlein ist „am Geburtstage Schillers, 10. November 1908" abgeschlossen worden und dem Regierungspräsidenten von Meister „**ehrerbietigst** zugeeignet". Schiller wie der Herr Regierungspräsident werden sicher ihre Freude daran haben.

Geschichte

Die Vorfahren des Hundes. Daß der Hund schon in vorgeschichtlicher Zeit der treue Genosse des Menschen gewesen ist, weiß man seit ziemlich langer Zeit durch Höhlenfunde und Ausgrabungen, namentlich aus der Zeit der Pfahlbauten. Dr. Studer hat in den Mitteilungen der Naturforschenden Gesellschaft in Bern den Schädel eines Haushundes, der an einem vorgeschichtlichen Wohnplatz der sogenannten Hallstatt-Periode in der Nähe von Karlstein bei Reichenhall gefunden worden war, genau untersucht und bei dieser Gelegenheit die bisherige Kenntnis der Haushunde aus vorgeschichtlicher Zeit zusammengefaßt. In der älteren Steinzeit hat der Mensch Hunde gehalten, die schon in allen Hauptmerkmalen dem heutigen Haushund ähnlich waren. Immerhin lassen sich noch den gefundenen Skelettresten besondere Verwandtschaftsmerkmale ableiten. Dieser Hund der älteren Steinzeit hatte etwa die Größe eines deutschen Schäferhundes, glich aber sonst wahrscheinlich am meisten dem australischen Dingo und dem japanischen Hunde. Vermutlich lebte er noch in halbwildem Zustand neben dem paläolithischen Menschen und paarte sich wohl auch noch häufig mit dem Wolf, woraus eine neue Rasse entstanden zu sein scheint, die dem sibirischen Hund (Laika) geglichen haben mag. Reste dieser Rasse sind in den Pfahlbauten des Neuenburger Sees in der Schweiz und des Ladoga-Sees in Rußland gefunden worden. Außerdem muß noch eine Kreuzung mit einem Wolf von starker Schädelform stattgefunden haben, der als die Urform der heutigen Jagdhunde gilt. In einer anderen Linie des Stammbaumes zweigten von dem und der älteren Steinzeit unsere Schäferhunde ab, und in einer noch anderen Linie die Hunderassen, die im Bronzezeitalter die Genossen des Menschen waren. Wahrscheinlich sind noch weitere Kreuzungen mit dem Wolf erfolgt, von denen z. B. der kleine Haushund der Pfahlbauten abzuleiten ist. Der beschriebene Hundeschädel von Karlstein gehört zu einer Rasse, von der die Rüden der heutigen Sennhunde stammen, und diese Rasse erscheint erst mit der Eiszeit und scheint auf die Alpen beschränkt gewesen zu sein, wo sie noch jetzt durch die Sennhunde vertreten wird.

Erziehung

Im Kampfe gegen die Schundliteratur. Die vereinigten Dresdner Jugendschriftenausschüsse geben soeben ein Flugblatt heraus mit dem Titel: **Eltern, kümmert euch um das, was eure Knaben zu ihrer Unterhaltung lesen.** Das Flugblatt schildert den aufregenden, für einen gebildeten Leser ungenießbaren und albernen Inhalt der Detektiv- und Verbrecher-Geschichten und warnt dann die Eltern eindringlich vor den verderblichen Folgen dieses Lesestoffs. Verfaßt ist es von Herrn Lehrer Oswald Trost. Zunächst wurde eine Auflage von 12 000 Stück gedruckt. Wer sich an der Verteilung beteiligen will, wende sich an Oberlehrer Gehl, Dresden-Neustadt, Dieckstraße 17, II., an Lehrer Trost, Carlowitzstraße 35, II., oder an Professor Schumann, Breite Straße 7, I. In Hamburg hat vor mehreren Wochen der Jugendschriftenausschuß der „Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens" ein ähnliches Flugblatt verteilt. Die Flugblätter waren an die Eltern gerichtet und wurden jedem Kinde in einem Briefumschlag mitgegeben. Haben die Blätter genützt? Antwort: Ohne Zweifel, wie die Ergebnisse der Nachfragen mehrerer Lehrer beweisen. Herr W., Lehrer an einer Hamburger Knabenvolksschule, hat aber, um sicher zu gehen, noch ein Mittel angewandt, um volle Klarheit über obige Frage zu gewinnen. Er hat nämlich am Tage nach der Mitgabe des Flugblattes seine Jungen (etwa 10 Jahre alt) aufschreiben lassen, was die Eltern zu dem Brief gesagt haben. Sieben Knaben schrieben: Mein Vater hat nichts gesagt. Bei den 39 anderen Schülern der Klasse verbietet der Vater oder die Mutter den Jungen das Lesen dieser Bücher unter Androhung harter Strafen.

Kleine Mitteilungen

Das neue 25-Pfennigstück. Wie bereits berichtet, wurde von den zahlreich eingesandten Entwürfen der erste Preis von 2000 M. dem Werke des jungen Bildhauers und Zeichners August Häusser verliehen. Die Münze zeigt auf der Vorderseite in großen Ziffern den Wert an. Rechts und links sind Füllhörner, an denen Aehren sprießen, angebracht. Ganz neu in der Ausführung ist die Rückseite angelegt. In ihrer Mitte befindet sich eine achteckige Vertiefung, in die der nach rechts zur Krone blickende Adler geprägt ist. Das zwölfeckige 25-Pfennigstück ist um ein Viertel kleiner als das Markstück und ähnelt in der ganzen Anlage den antiken Münzen.

Professor Charles Monod hielt in der letzten Sitzung der Académie de médecine in Paris einen Vortrag über das **Antituberkuloseserum Dr. Alexander Marmoreks.** Er legte, wie dem B. T. berichtet wird, seinen Ausführungen 43 Publikationen zugrunde, die neuerdings über dieses Serum erschienen. Mit den bis 1907 veröffentlichten Arbeiten stellt sich die Gesamtziffer der Publikationen auf 93, in denen über 1379 behandelte Fälle meist schwererer Art berichtet wird. Als Ergebnis stellte Monod für diese 1379 Fälle fest, daß bei Lungentuberkulose 65 **Prozent** der Fälle, bei Knochen-, Gelenk- und anderen chirurgischen Tuberkulosen 72 **Prozent der Fälle günstige Resultate** aufwiesen.

Dresdner Kalender

Theater. Repertoire vom 22. Januar. Opernhaus (Altstadt): Geschlossen. — Schauspielhaus (Neustadt): Nathan der Weise. Dramatisches Gedicht in fünf Aufzügen von Lessing. Anfang 7 Uhr. — **Residenztheater.** Operetten-Abonnement 2. Serie: Der Vielgeliebte. Anfang 7½ Uhr. — **Zentraltheater.** Der tapfere Soldat. Anfang 7½ Uhr.

Residenz-Theater. Am Freitag wird im Operetten-Abonnement, 2. Serie, Der Vielgeliebte von Millöcker aufgeführt. Sonnabend und Sonntag abend finden Wiederholungen der Operette Die Förster-Christl statt. Montag wird im Schauspiel-Abonnement, 3. Serie, das Gesellschaftsdrama Die Straße aufgeführt. Das Weihnachtsmärchen geht jeden Mittwoch, Sonnabend und Sonntag nachmittags bei ermäßigten Preisen in Szene.

VVK Wir teilen hierdurch mit, daß der Unterrichtskursus über Revolutionen der Neuzeit vorläufig verschoben werden muß, da Genosse Dr. Diederich erkrankt ist. Weitere Mitteilungen über den Beginn des Kursus werden an dieser Stelle erfolgen.

Jugend-Bildungsverein von Dresden u. Umgegend

Gruppe Leutewitz. Sonnabend den 23. Januar, abends 8½ Uhr, Vortrag des Herrn Wolf-Potschappel im Gasthof Leutewitz über: Wie ist die Jugend vor geschlechtlichen Verirrungen zu bewahren? Jeder schulentlassene Jugendliche ist willkommen. Erscheinen der Mitglieder ist Pflicht.

Aus der Knabenzeit

Lebenserinnerungen von Karl Gutzkow
1811 bis 1821

[illegible]

Der Knabe kannte den seltsamen Weisheit. Jede Tatsache seiner geliebten biblischen Weltgeschichte hatte beim Vetter ihre apokalyptische Zahl. Gregor, Zenngang, Friedrich der Hohenstaufe, Papst Leo, Wallenstein, Friedrich der Große, Voltaire, Napoleon, alle waren stigmatisiert schon vor ihrer Geburt mit irgend einem Zeichen aus dem Buche aller Bücher. Seine eigene Schwäche nicht erkennend, klagte er Bengel an, daß dieser aus Ungeduld, die Wiederkunft Christi zu beschleunigen, in seinem Auslegungen Sprünge gemacht hätte, die sich später, als eine so ungemein apokalyptische Zeit wie die der französischen Revolution und Bonapartes anbrach, als übereilt erwiesen. Das Verhältnis Bonapartes zum Papst, das gegenseitige Sichselbstkreuzigen der Kirche jenes Tieres, auf welchem die Babylonische Hure thront, interessierte ihn außerordentlich. Natürlich waren die Jesuiten die Seele der „Propaganda". Sie gerade arbeiteten in the [illegible], kirchlich und politisch. Jahn, Arndt, Görres und ihr Anhang waren ihm Einfaltspinsel, die im Auftrag der Jesuiten handelten, sie wußten es nicht.

Wenn Vetter Wilhelm „seine Arbeit" hatte, so schlief er bei seinem Schwager und dicht in der Nähe der Kinder. Künftiger Meister seines Gewerbes war er in jüngeren Tagen geworden, hatte aber mit dem ersten „Stuhle", auf dem er für eigene Rechnung Musselin zu weben begann, Unglück und konnte sich in Zukunft nur noch als Geselle zu anderen, meist ebenso armen Meistern helfen. Wenn der Vetter zu lange arbeitslos gewesen und sein Herz im Drucke der getäuschten Erwartung auch zu lange hatte zagen müssen, so hörte der Knabe des Nachts ein so lautaufseufzendes, jammervolles Stöhnen neben sich, daß er davon erwachen mußte. Denn rangen sich die tiefsten Weherufe von des Vetters Herzen, und ein fast bebendes Klopfen seiner Brust steigerte sich dermaßen, daß er zuletzt laut zu beten anfing, und fast so, als wüßte er selbst von seinen Worten nichts. Der Erzähler hört ihn noch, wie er in einer Nacht, wo sein Schmerz den neben ihm Schlafenden geweckt hatte, mit auf der Brust gefalteten Händen sprach: „Du, mein Heiland, nimm mich doch zu dir, so es dein Wille ist! Laß mich doch in meines Herrn Freude eingehen, so es dein Wille ist! Laß mich doch sterben, o mein Gott, und deine Herrlichkeit schauen, so es dein Wille ist!" Zitternd rief der Neffe: „Vetter, schlafen Sie denn noch nicht?" Er schwieg. Er hatte den Anruf kaum gehört. Es war, als lebte sein Geist in fremden Welten. Diese Nacht blieb dem Knaben unvergeßlich. Doch lebte Vetter Wilhelm noch viele Jahre danach. Er nannte solche Zwiesprache mit Gott „das Gebet im Kämmerlein". Wie anders helfen sich jetzt die Arbeiter mit Streikwachen, Staatshilfe und Gewinnanteil! Der Vetter verlangte nichts für den Arbeiter, als hohe Zölle für die Produktion des Auslandes.

Die Schwester eines so frommen Bruders mochte es in ihrem Naturell haben, dem stürmischen Charakter des Vaters eine imposante Ruhe entgegenzustellen. Aber diese Ruhe war nicht Phlegma, nicht einmal Selbstbeherrschung, es war die Ruhe, die eine nicht minder lebhafte Beweglichkeit gibt, die Beweglichkeit des Gemüts, wo Verstand und Herz im glücklichsten Gleichgewicht leben. So ist hier von armen, geringen Menschen die Rede, aber wirkt es nicht wohltuend und beruhigend, wenn wir noch in den Urquellen des Volkes soviel Reinheit, Lauterkeit und ohne alle wissenschaftliche Bildung klugen Verstand antreffen? Es darf uns nicht gegenwärtig genug bleiben, was wir im Volke (abgesehen von den meist allein geschilderten Ausnahmen von der Regel) im großen und ganzen noch soviel Gesundheit und echte Naturkraft sittlichen Lebens antreffen. Der Autor spricht von diesen Menschen nicht, weil sie zu ihm in Beziehung gestanden haben, sondern weil er meinen muß, es kann nur Freude gewähren, so in das Gewöhnlichste und Unbeachtetste des Lebens einzublicken. Noch jetzt ist das ursprünglich Gesunde, echt Deutsche, ja man möchte zuweilen sagen, peinlich Pedantische im Charakter des Berliners nicht ganz verschwunden nach den moralischen Umwälzungen und dem sittlichen Verfall der Stadt seit 1848.

Die Mutter hatte fünf Kinder, von denen zwei früh starben. Sie war klein, von zarter Haut, sanften Gesichtsformen und einer Lebhaftigkeit der Mienen, die Freude und Schmerz, Furcht oder Liebe, Teilnahme oder Abneigung sofort widerspiegelten. Weiter als bis zum Mienenausdruck erstreckte sich die Leidenschaft dieser immer ruhigen Natur nur dann, wenn eine Ueberraschung eine Niederlage geworden wäre. Für gewöhnlich hatte sie ein strahlendes, bald dunkles, bald helles Auge, ein immer blitzendes, begleitet von einem Nicken, wo Zustimmung, von einem Zusammenziehen der Augenbrauen, wo Abneigung verraten wurde. Doch das alles verriet sich nicht so schnell. Hier ließ sie gutmütige Schlauheit einen Narren plaudern, bis er ermüdet war, und behielt sich die eigene Meinung, ohne darum eine andere falsche herauszuklingen, vor. Die erlaubte List der Diplomatie wurde von ihr ebenso klug geübt, wie die unerlaubte verabscheut. Ruhig wurde entgegengenommen, was des anderen Absicht und Begehr. Stimmte das Verlangen nicht mit den eigenen Wünschen oder Verhältnissen, so war die Abweisung kurz und bündig. Ihr neutrales Verhalten gab es sanfte und milde oder kurze, zum Abwarten ratende Worte. Der Befreundete wurde mit frohem Gruß empfangen, ohne Ueberschwall. Kam die Mutter zu anderen, so brachte sie vor allem sich selbst mit, und das galt mindestens soviel, wie ein Korb voll Neuigkeiten. Trotz der langstieligen Haube, die sie trug, trotz des feiertäglichen Kleides oder gewollten Ueberwurfs war es eine Person, ein Ich, das sie darstellte. Bescheiden war sie gegen Vornehme und nicht unterwürfig. Nie zutraulich, nur gutwillig. Schnell dem Menschlichen nahe und für Freud und Leid gewonnen. Hilfreich nach dem Maße des Könnens, am liebsten mit der eigenen Person dienend bei Kranken und Gebrechlichen. Bei einem weinenden Kinde auf der Straße nicht nur Trost spendend, sondern auch Nachfrage haltend, Untersuchung, Strafe oder Drohung äußernd gegen die Schuldigen. Immer greifend und auf der Hut gegen alles, was den Menschen oder dem Schicksal überhaupt Schlimmes fassen konnte. Im Sommer Sorge tragend für den Winter, im Winter Sorge für den Sommer. Den Kindern und dem Gatten in gesunden, fröhlichen Zeitläuften ein scharfes Auge, oft mit schmähendem und lärmendem Munde über Nächtiges, Unreinliches, Willkürliches, oft auch gering strafend. Strafte sie, so geschah es mit dem vollen Ausdruck des eigenen Zugeleitens, nicht etwa mit jener pädagogischen Kühle oder dem grausamen, sogenannten „falten Blick". Wiederum dafür in Krankheit, beim geringsten angesehenen Uebel oder auch nur bei Heiserkeit, und wäre der Jammer von einem fehlenden Knopf gekommen, eine überströmende Hilfe, in allen Händen dann Rat und Tat und grenzenlose Liebe.

Diese Mutter konnte nur lesen, nicht schreiben. Sie wußte von wissenswürdigen Dingen nichts als die nächste Sphäre ihres Lebens und einen kleinen Hausschatz von Kinderliedern, mit denen sie ihre Lieben zu wahren Paradiesesträumen einzuschläfern verstand. Je weniger sie auf dem Wissen ausruhte, je weniger sie für ihren Verstand die Schule eintreten lassen konnte, desto ursprünglicher mußte ihr Geist wirken. Bei begabten Naturen ist das Wissen eine Waffe, bei minderbegabten ein niedergerissener Wall. Begabte, die nichts wissen, beschäftigen sich mit sich selbst. Ihr Horizont ist eng, aber klar und rundum übersehen. Diese Mutter hatte keine Vorstellung von der Größe der Welt und der Verschiedenartigkeit der Menschen und Sitten. Sie ging nie auf Fernes oder Fremdes insofern ein und konnte in allen Gelegenheiten fragen, ob in Wien auch eine Oper wäre? Das aber, was ihr scharfes Auge erreichen konnte, lag ihr um so klarer und offener vor. Sie war des Gatten unmittelbarer Gegensatz. Ein immer Schweifender, Unruhiger wie ein Strichvogel, ein Herz voll Enthusiasmus, Liebe und Zorn, je nachdem, hatte sich die Maßhaltende, Besonnene, Vernünftige, Zügelnde und Lenkende gewählt. Es fehlten die heftigen Konflikte nicht, aber die Gutmütigkeit und die Gewöhnung entwirrten sie. Die Mutter verwaltete die Kasse und gab dem Vater sein tägliches Taschengeld.

In einer solchen Welt, umgeben von so bunten Eindrücken, konnte des Knaben Bewußtsein nur wie von einem Traumleben ins andere erwachen. Nimmt ohnehin doch Wirkliches und Traumhaftes in erster Kindheit zusammen. Eine logische Aufeinanderfolge des allmählichen Erwachens aus dem vegetativen Leben wird sich niemand gegenständlich machen können. Einzelne Lichtstrahlen haften in der Erinnerung, freilich oft bis zum Greisenalter treu bewahrt, über diese erste Nacht des schlummernden Geistes. Es sind Erinnerungen vom Zufälligsten und für die allmähliche Menschwerdung vorerst Unwesentlichsten. Oder bedingten etwa gerade diese unwesentlich scheinenden Vorgänge die spätere Haltung? Wer in seine erste Jugend zurückgreift, Momente festhalten will, was hält stand? Manches von dem, was z. B. andere an ihm sahen. In anderer Unterscheidung hören wir in späterer Zeit andere erzählen von unserer kindlichen Art oder Unart. Unsere eigene Erinnerung behält nur kleine blaue, rote, grüne Flecken, wie einer, der in die Sonne gesehen. Wie summt und singt's im Ohr von den Liedern, die wir auf dem Mutterschoße vernommen! Wie gegenwärtig ist der Glanz an den „Reiter zu Pferd", den „Habermann", den man „mit blanken Stiefeln" auf den Muttersschoß sausen durfte! Wie heimisch ist man in dem kaum entwegbeleierreichen Zauberlande, das sich ankündigte: „Rechne Rosen hat 'nen Garten, hier 'en Garten, dort 'en Garten, und das war 'en runder Garten!" Manches Erlebnis hält sich nachdrücklich fest. Daß

die Schwester den Knaben auf dem Rücken reiten ließ, der Reiter niederstürzte, im Blute schwamm, lebenslang einen Riecher behielt, steht noch nach dem Orte, wo der Unfall geschah (vor dem jetzigen „Nationaltheater"), vor dem Auge des damals Dreijährigen. Aber sonst sind die Erinnerungen bunt durcheinandergewürfelt und knüpfen sich an Spiele, Natureindrücke, Geschenke, Ueberraschungen, Besuche, heftige Strafen, besonders die ungerecht erlittenen. Zwischendurch tönt fort und fort eine Art Melodie, ein einziges Klingen, wie wenn man sich eine große Meermuschel ans Ohr hält.

(Fortsetzung folgt.)

36)

Erich Hetebrink

Roman von Ilse Frapan

Und einmal, als die ersten Dombuden aufgeschlagen waren und der Wind mit den Segeltüchern spielte, die sie deckten, geschah das Unerwartete und Ersehnte: plötzlich standen sie sich gegenüber. Es war gegen neun Uhr abends, und das große Lichtfest, das Hamburg alljährlich zu Weihnachten feiert, beleuchtete die Begegnung. Halb betäubt vom Lärm der Ausrufer, eingeengt von beiden Seiten durch die Budenreihen, mitten im Strom der Domwanderer, trafen sie sich, Erich mit Paketen im Arm, und Antonie mit Paketen und Päckchen, gerade vor der großen Braunschweiger Bude, der ein angenehmer Duft nach Honigkuchen und Pfeffernüssen entströmte. Antoniens Herz tat einen großen Satz — sie fürchtete nur, er würde sie nicht erkennen, er war ja so kurzsichtig. Aber da ging der freudige Schein über sein Gesicht, den er ehemals beim Willkommen hatte, und die ganze Straße tauchte sich in Glut.

„Guten Abend, Fräulein Hesse! Was für eine Ueberraschung!" hörte sie ihn durch all den Lärm, und dann fühlte sie herzlich ihre Hand gedrückt. „Darf ich Ihnen das abnehmen?" Und Antonie ließ sich all ihre Pakete aus der Hand nehmen und dachte nichts als das eine: „O Gott, wenn er es mir nur nicht ansieht! Das wäre zu entsetzlich." Eine laute durchdringende Stimme verscheuchte ihren frohen Schrecken.

„Sieh da, das Fräulein von damals! Das is ja nett!" Und hinter Erich Hetebrinks Schulter streckte sich ein Frauenkopf in einem dunklen Kapotthut hervor.

„Meine Mutter, Frau Hetebrink, Fräulein" — versuchte Erich vorzustellen, aber der Strom der Spaziergänger drängte sie plötzlich auseinander. Antonie fühlte sich am Aermel gezogen, in dem kleinen engen Durchgang neben der Bude stand Frau Hetebrink hinter ihr und klopfte aufatmend mit ihrem Schirm aufs Pflaster.

„Erich, hier bin ich! Na, er wird wohl zurückkommen. Bei dieser Volkheit verliert man sich immer! Warten Sie man 'n Augenblick, Fräulein — wie war der Name? Fräulein Hesse? Ah so. Na, wandern Sie auch Dom? Gott, wo mein Sohn nu woll is? Und dabei zieht das hier so schrecklich."

Frau Hetebrink musterte bei diesen Worten das große stattliche Mädchen mit dem Rembrandthut voll schwarzer Federn, von denen sich das runde, winterfrische helle Gesicht anmutig abhob. Antonie dachte verlegen, daß es Zeit sei, gute Nacht zu sagen, als Frau Hetebrink aufschrie:

„Erich! Hier! Hier! Na, Gottlob, er kommt!" Und dann, als Wahrzeichen den Schirm schwenkend, drehte sie sich wieder zu Antonie und lachte: „Na, wollen Sie auch Pariser Pflastersteine oder Hamburger Liebesküsse kaufen, Fräulein Hesse?"

Erich war ganz verdutzt, die Damen in dem Durchgang zu finden. „Ich dachte, du seist weitergegangen, Mama, und Fräulein Hesse. Sie sind auch noch da?"

So harmlos die Frage gemeint war, so scharf drang sie Antonie ins Ohr. Sie wurde glühend rot, es schien ihr, als habe sie sich aufgedrängt, und Erich sei weit davon entfernt, sich ihrer Begegnung zu freuen. Ihr gläserner Palast lag auf einmal in Trümmern. Ein nie gefühltes bitterliches Weh durchzuckte sie. Aber mit schneller Fassung erwiderte sie:

„Sie hatten meine Pakete in Obhut genommen."

„Ach," sagte Erich ahnungslos, in bedauerndem Ton, „die Pakete hätte ich Ihnen morgen hingebracht, und nun haben Sie hier im Wind gestanden."

Immer schlimmer! Hastig nahm das junge Mädchen ihre Sachen zurück, als Frau Hetebrink, die sie mit wohlwollendem, obgleich süßsaurem Schmunzeln angesehen, Erich anstieß und laut sagte:

„Vielleicht, wenn Fräulein Hesse Zeit — Lust hat — was sagen Sie, Fräulein — wollen wir nicht zusammen durch den Dom und nachher zu Hamann?"

„O!" und in Erichs Kopfe schien ein elektrischer Strom in Bewegung zu geraten. „Fräulein Hesse, das ist eine Idee! Daran hab ich ja noch gar nicht gedacht!"

Als ob er sie ganz vernichten, ganz in den Boden hineinstoßen wollte!

„Ich habe noch zu arbeiten, ich danke Ihnen, Sie sind sehr gütig," lispelte Antonie mit fast gewendetem Gesicht, gab erst Frau Hetebrink, dann Erich flüchtig die Hand und lief mit langen Schritten von ihnen fort. Die schwarzen Federn ihres Hutes flatterten in Trauer und Zorn, wie im Herzen drinnen ihre Gedanken flatterten. Nur schnell aus dem Gesichtskreis der Leute kommen, nur schnell ins Dunkle, um ungestört ihre grausame, bittere Enttäuschung auszuweinen.

*

„Oben oder unten, wo wollen wir sitzen, Mama? Es ist überall gleich voll," sagte Erich, als sie sich in die [illegible] Tür der Hamannschen Konditorei hineingedrängt hatten.

„Unten ist es gemütlicher; zwischen den Pfeilern an der Wand, Erich, unter der Kanzel!" Sie nannten den Platz immer „unter der Kanzel", weil sich dort die mächtige braune Treppe wölbte. Richtig stand jemand dort auf, und sogar ein zweiter Stuhl ward frei.

„Erst trinken wir, und dann besehen wir die Weihnachtsausstellung, Erich."

„Schokolade mit Schneemus oder Kaffee und Nußtorte?"

„Kaffee mit Schneemus und zwei Baisers für mich; Erich — geh man hinten rum, sonst wirst du noch lang nicht bedient."

Als sie dann gemütlich einander gegenüber saßen an dem schmalen Tischchen, in dem warmen, von Kuchen, Gewürzen und Parfüms durchdufteten, von gut und elegant gekleideten Damen und Herren erfüllten Raum, zupfte Frau Hetebrink zuerst ihre Hutschleife vor dem mächtigen Wandspiegel zurecht, in den sie, an Erich vorbei, gerade hineinblickte, und musterte dann in den Glasschränken rechts und links die zahllosen kunstreichen Marzipanfrüchte und Bonbonnieren. Das Fräulein kam mit dem blinkenden Kaffeegeschirr und dem Konfekt, gab den kleinen roten Papierstreifen ab, auf dem der Preis notiert war, der beim Ausgang an der Kasse bezahlt wird. Behaglich, einen Teelöffel voll um den andern, legte Frau Hetebrink den Schlagrahm auf die Kaffeetasse und schlürfte beides miteinander. „So mag ich das woll haben," nickte sie Erich zu. Dazu aber machte sie eine Bewegung, als ob ihr etwas einfiele.

„Schade, daß Fräulein Hesse nicht mit ist," sagte sie.

Erich antwortete nicht gleich. Er rührte in seinem Kaffee und sagte dann hastig: „So ist es, Mama! So ist es! Was hast du gesagt? Na, komm, prost! Darum wollen wir uns die Laune nicht verderben lassen."

Sie stießen mit den Tassen an, aber die Mutter schüttelte den Kopf: „Von diesem abgesehen, Jung, aber du bist auch gelungen! Manchmal so übertrieben höflich und ein andermal denn wieder so furchtbar tolig! Wenn das mir nicht eingefallen wäre, du hast doch kein Sterbenswort gesagt."

„Wovon?"

„Na, von Mitgehn! Und sagst es ihr noch geradezu — nee, hör mal, du bist wirklich gelungen! Ich hab da so meine Betrachtungen bei." Erich murmelte etwas Unverständliches und guckte nachdenklich das halbgeleerte Wasser an.

„Ich bin mit all den Damen sehr gut befreundet," sagte er mit belegter Stimme.

„Achott, Erich! Du denkst, wenn du dir fest und fest was einredst, denn is es wahr."

„Bitte, liebe Mama—"

Frau Hetebrink merkte, daß er ungeduldig wurde, und so lächelte sie versöhnlich, denn der nette Abend sollte nicht gestört werden.

„Du setzt dir immer solche Grappen in'n Kopf, weiter sag ich nichts. Für die Freundschaft geb ich keinen Doppelschilling."

„Ach Gott, rechne doch lieber mit gangbaren Münzen, beste Mama!" Wenn Erich „beste Mama" sagte, dann war er sehr gereizt. Frau Hetebrink lenkte ihre Aufmerksamkeit der Weihnachtsausstellung zu. Da waren angefangene Strickstrümpfe aus Marzipan, die ausgezeichnet schmecken! So einen wünschte sie sich zu Weihnachten.

Erich aber hatte ein zagendes, fast unangenehmes Gefühl, als er am folgenden Sonnabend Fräulein Hesse nicht in der Pension antraf. Sie hatte eine Einladung in eine Familie angenommen, wo sie unterrichtete.

Als sie dann kam, war Erich zwar noch da; aber er hatte bereits mit der Malerin einen Besuch der Kunsthalle für den Sonntagmorgen verabredet, und seine Anfrage, ob Fräulein Hesse sich vielleicht anschließen möchte, kam so befangen und mürrisch heraus, daß ihr die Ablehnung leicht gemacht war.

„O, dann geh ich mit — wenn Sie mich mitnehmen wollen," rief Fanni und hängte sich tänzelnd an Ethel Lunds Arm. — —

„Es war wieder sehr interessant gestern abend. Erich hat uns etwas ganz Gelehrtes mitgebracht," hieß es zwei Wochen später, „und er hat für Fräulein Lunds Bilder einen Käufer gefunden, und jetzt gehen die beiden nach Italien."

„Wer?" rief Antonie unbedacht und gleich darauf rot übergossen.

Fanni lachte laut und schrie: „Sie und er."

„Die beiden Freundinnen, wer sonst?" Mila Spahn legte den Arm um das schlanke große Mädchen, aber Antonie entzog sich ihr leicht.

„Ich habe auch etwas Neues," sagte sie, ihr Gesicht abwendend, „ich werd es euch bald erzählen," damit ging sie hinaus.

„Sie kann sich doch auch gar nicht verstellen," dachte Fräulein Spahn voll Mitgefühl und Besorgnis.

(Fortsetzung folgt.)

Umschau

Der Schularzt

Im Verein für Volkshygiene hielt am Dienstag der Kinderarzt Dr. Flachs einen Vortrag über die Bedeutung und Aufgaben des Schularztes, der manches Wissenswerte enthielt.

Die Einwirkung moderner Bestrebungen hat auch im Schulwesen einen ganz neuen Zweig, die Schulhygiene, ins Leben gerufen. Da über die Aufgaben des Schularztes oft noch recht unklare Vorstellungen herrschen, lohnt es sich, einmal darüber zu sprechen. Dresden hat als eine der ersten Städte Schulärzte zur gesundheitlichen Ueberwachung und Untersuchung der Schulverhältnisse berufen. Die regelrechte Anstellung erfolgte jedoch erst später und sind jetzt an den Dresdner Schulen achtzehn Schulärzte in Tätigkeit. Ihre Aufgabe besteht vor allem darin, die Gesundheit der Schulkinder zu überwachen, wobei vor allem den besonders überwiesenen Kindern die Aufmerksamkeit gewidmet wird. Ein Recht zu selbständigem Einschreiten besteht jedoch für den Schularzt nicht, er fungiert vielmehr als hygienischer Berater, als Vermittler zwischen dem starren Buchstaben der Gesetze und Verordnungen und den jeweiligen Umständen. Da der Fortschritt der Zeit Gesetze oft schnell überholt, entstehen hier und da große Gegensätze zwischen Theorie und Praxis, und diese zu überbrücken, ist seine Aufgabe. Auch hat er es vor den Behörden voraus, getroffene Einrichtungen in ihrer tatsächlichen Wirksamkeit prüfen zu können und kann so viel zur Besserung derselben beitragen. Nicht alle unsere Schulbauten in Dresden sind vollgültig für moderne Anforderungen, aber obwohl wir vom Ideal des Schulhauses noch weit entfernt sind, ist vieles, was in letzter Zeit getan wurde, recht gut zu nennen. Doch die Hauptaufgabe des Schularztes liegt bei den Kindern selbst. Beim Schuleintritt hat er alle Kinder aufs genaueste zu untersuchen. Der Befund wird dann in einen Gesundheitsschein eingetragen. Diese werden für jedes Kind einzeln geführt und verbleiben während der ganzen Schulzeit als Merkblätter, nach der sich das weitere Befinden des Kindes gestaltet. Es wäre wünschenswert, wenn die Kinder jedes Jahr wieder genau untersucht werden könnten, besonders aber dann, wenn der Turnunterricht begonnen hat. Befreiungen durch den Schulbesuch sind wohl das schwierigste Gebiet, und nicht immer ist festzustellen, ob die Krankheitsursache wirklich in der Schule zu suchen ist. Jedoch ist nicht abzuleugnen, daß der Wechsel der Lebensweise beim Schuleintritt und die erhöhten Anforderungen wie das anhaltende Stillsitzen großen Einfluß auf das körperliche Wohl ausüben können. Auch Rückwirkungen auf Nervensystem und andere Organe sind möglich, obgleich der Unterricht fürs erste Schuljahr vorsichtig und knapp bemessen ist. Aber die Naturen der Kinder sind da zu verschieden. Vor allem aber ist festzustellen, ob das Kind gut sieht oder hört. Anlagen zur Kurzsichtigkeit oder Schwerhörigkeit sind oft sehr schwer festzustellen, werden aber sehr schnell bei unnaturgemäßer Lebensweise. Mangelhafte Beleuchtung der Schulzimmer kann sehr schädigen. In allen Schulen, wo die Beleuchtung eine gute war, hat sich die Zahl der kurzsichtigen Kinder vermindert. Dasselbe gilt vom schlechten Sitzen, das schädigend auf die Wirbelsäule einwirken kann. Deshalb ist auch die Wahl der Schulbänke dem Arzt nicht gleichgültig. Aber alle Anordnungen des Arztes nützen nichts, wenn nicht auch im Hause das nötige Verständnis für dieselben vorhanden ist. Auch sonstige Wohlfahrtseinrichtungen, wie Speisung bedürftiger Kinder, Ferienkolonien usw. sind angeschlossen.

Kranke Kinder werden im allgemeinen nicht aufgenommen. Doch können chronisch Kranke nicht für die Dauer vom Unterricht ausgeschlossen werden. Bei diesen ist vor allem darauf zu achten, daß sie nicht kränker werden und der Ansteckungsgefahr möglichst vermieden wird. Hier bietet das Problem der Waldschule noch viel für die Zukunft. Am meisten Beispiel führen wohl den Eltern die Infektionskrankheiten ein. [illegible] ist immer unbeachtet, und der beste Anfang bleibt immer, den Charakter des Kindes und den eigenen so widerstandsfähig zu machen, daß er möglichst gegen Ansteckung gefeit ist. Die geringsten Störungen bei den Kindern sind zu beachten, und sofort muß den verdächtigen Erscheinungen einer ernstlichen Erkrankung vorgebeugt werden. Wohl fehlt den Eltern oft die Zeit, vielfach aber auch das Verständnis hierfür, solchen Mängeln abzuhelfen, wäre es wünschenswert, daß die besseren Elternabende besser ausgebaut wären. Vor allem sollen sich die Eltern mit dem Befinden und Betragen der Kinder in der Schule bekannt machen. Auch hier kann der Schularzt vermittelnd eingreifen. Oft genügt ein Hinweis nach beiden Seiten, um irgendwelche Mängel richtig zu stellen. Die Mitarbeit des Hauses überhaupt ist bei der Tätigkeit des Schularztes nicht zu entbehren.

Eine wichtige Frage ist die sexuelle Pädagogik. Die Beantwortung dieser Frage in der Schule muß angestrebt werden. Natürliches darf nicht verschwiegen werden. Botanik und Zoologie geben Möglichkeiten genug, diese Dinge zu behandeln. Gute Erfahrungen sind mit den ärztlichen Vorträgen bei der Schulentlassung gemacht worden, und hier kann der Schularzt in Gemeinschaft mit den Lehrern eine gute Tätigkeit entfalten. Ueberhaupt muß das Zusammenarbeiten von Pädagogik und Medizin als das beste Verhältnis gelten, da sich beide ergänzen.

Die Anstellung der Schulärzte geschieht jetzt meist im Nebenamte. Der Schularzt im Nebenamt hat den Vorteil, daß er mitten in der Praxis steht und oft Fühlung mit Eltern und Haus hat. Der Schularzt im Hauptamt hingegen würde sich wieder besser den Aufgaben in der Schule, besonders der regelmäßigen Untersuchung der Kinder widmen. Er hätte so Gelegenheit, das einzelne Kind besser kennen zu lernen. Diese Form ärztlicher Mitarbeit dürfte wohl in Zukunft hauptsächlich in Frage kommen, wenn alles noch besser ausgebaut ist.

Die Zukunft der Nation liegt in der Jugend, die Zukunft der Jugend in der Schule. Deshalb ist es notwendig, daß letztere allen Anforderungen der Wissenschaft und Kultur entspricht. eh.

Theater

Berliner Theater. Adolf Paul, ein seit zwei Jahrzehnten in Berlin ansässiger und in mehreren Romanen nicht übel bewährter Schwede, hat vor zehn Jahren ein historisches Schauspiel **Christian II.** geschrieben, das jetzt das Friedrich-Wilhelmstädtische Schauspielhaus mit einigem Erfolge zur Aufführung brachte. Das Schicksal dieses Dänenkönigs, der um 1500 wirkte und in der Geschichte unter dem Beinamen des Tyrannen lebt, zugleich das Kapitel seiner heftigen Liebe zu der holländischen Bürgerstochter Düveke, ist dichterisch oft genug behandelt worden, ohne uns dadurch die historischen Vorgänge näherzubringen. Pauls Fassung vermag das auch nicht, und bietet auch als Dichtung allgemeinen Menschenwertes nur sehr bescheidene Werte. Es ist das übliche, allmählich aus der Mode geratene historische Drama, das man Oberlehrerdrama zu nennen pflegt. Darin liegt die Ehrlichkeit des Wollens ebensosehr wie die Schwachheit des Könnens. Die Vorgänge der Geschichte in wissenschaftlicher Darstellung, die zu dramatischer Bearbeitung gereizt haben mögen, bleiben tot, weil der Bearbeiter außerstande ist, den Charakteren einen Geist einzuhauchen, der sie lebendig macht wie einst. In Pauls Schauspiel fehlt bis auf wenige Stimmungen jegliche eindringende Charakteristik der Handelnden, die uns daher so gleichgültig gegenüberstehen wie nur einst. Was hilft es dabei, daß die äußere Handlung, namentlich in den Schlachten, eine starke Bewegung verrät! Es ist eine Art von Bilderbogen, beim Zuschauer die Kenntnis der historischen Daten inklusive der Charaktere vorausgesehen und diese Kenntnis durch eine Fülle von Bildern, [illegible], zu ergänzen. Scheinbar greifen alle Hauptmomente der Handlung straff und folgerichtig ineinander. Christians Liebe zu Düveke, die er schon als Thronfolger in Norwegen gewonnen hatte, schafft ihm allerhand Feinde, zumal in ihrem Gefolge sich auch der übermächtige Einfluß von Düvekes Mutter, Sigbrit, und deren Vetter, des Ministers Didrik Slaghæk, auf die Regierungsgeschäfte zeigt. Düveke stirbt plötzlich durch Gift, und der junge Ritter Torben Oxe, dem zwar diese Tat nicht, sondern nur eine heiße Werbung um die Geliebte des Königs nachgewiesen werden kann, wird, trotz Fürsprache des Reichsrats, von Christian aufs Schafott geschickt. Damit hat der König die ganze Ritterschaft seines Landes zu Feinden, und er, der früher auch noch über Schweden und Norwegen herrschte, muß jetzt ins holländische Exil. Bei einem späteren Versuche, seine Krone wiederzugewinnen, wird er gefangen und in strenger Haft zu Sonderburg verwahrt, bis er sich durch Unterzeichnung der Abdankungsurkunde eine mildere Gefangenschaft bis zu seinem Tode erwirkt. Mit Christians Abdankung schließt Pauls Schauspiel, das die geschichtliche Tragödie mehr wie eine gewöhnliche Familienangelegenheit abhandelt. Erst sein [illegible] Motive hinein, die beweisen sollen, daß die ursprünglich reinen sittlichen Absichten des Königs auf Unrecht stießen und ihn so in Vorsatz und Grausamkeit verwandelten, die seinen Sturz herbeiführten. Sein Vater hatte ihn als Knaben in einem Bürgerhause aufwachsen lassen, er selbst versucht die Bauern als freie Menschen zu behandeln und läßt von ihnen über den Ritter Oxe Gericht halten, als der adlige Reichsrat versagt. [illegible] Herr Feltinger, in der [illegible] Herrn [illegible] Werner, als seinen Gehilfen, in der [illegible] Marie Zimmisch [illegible], und Elfriede Heßler eine etwas veränderte Sigbrit, und [illegible] eine Düveke, die sich jedoch nicht ganz aus unseren Tagen ins [illegible] zurückversetzen wollte. An die Dekorationen war viel Sorgfalt und Geschmack gewendet. A. F. C.

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090121/10
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

... Töpferkunst in Italien und an der afrikanischen Nordküste lebendig, und wer sich die Mühe nehmen wollte, die Technik, die Herangehung, die Formgebung, die heute noch in Marokko das Geheimnis der heimatlichen Töpferwerkstätten ist, zu studieren und daraus zu lernen, daß dieses altertümliche Kunsthandwerk dort am Leben blieb, würde eine enorm interessante und nützliche Aufgabe lösen. Das wäre selbst eine wichtige Sache für den Archäologen, der hier den Schlüssel zu den Schatzkammern der Ueberlieferung findet, die tatsächlich offen stehen, dort wenigstens, wo noch ganz ein lebendiges Stück derselben Kunst in unveränderter Art blüht, die der Gelehrte mit Vorliebe aus den Trümmern der Vergangenheit hervorgräbt, ohne sie von der Rätselhaftigkeit ganz befreien zu können. Dort aber, wo sie noch lebt, gibt es keine Rätsel, oder wenigstens keine solchen, die nicht eine leichte und zweifellose Lösung finden. In unseren heimischen Gegenden in Hessen, Thüringen, Schlesien, in den Alpenländern sind Volksarbeiten überliefert, Schüsseln und Krüge von einer bekannten Schönheit wie Kleinodien. Aber dieser Kunstzweig ist längst im Dorren. Wir leben nicht an der nordafrikanischen Küste, wo sich seit dem Bau der Pyramiden bis heute nicht so viel geändert hat, wie in Deutschland in den letzten fünfzig Jahren, als die Zivilisation und die Industrie die Siebenmeilenstiefel anzog. Von fünfzig Töpfern können durchschnittlich heute nur mehr zwei auf der Scheibe arbeiten. Und von jener freihändigen, altmeisterlichen Formgebung, die wir an den alten deutschen Ofenkacheln ersehen, ist wohl auch keine Rede mehr. Der alte Hafnermeister, der seine Kunst direkt vom lieben Gott her hatte, der bekanntlich den Menschen ebenfalls aus Lehm knetete, verfuhr wie sein allmächtiger Lehrmeister, er formte in seinen berühmten Ofenkacheln die Menschen nach seinem eigenen Ebenbild, so gut er es aus dem Handgelenk konnte, seinem künstlerischen Instinkt und seiner Empfindung folgend, gar nicht akademisch, und er zog die ganze Schöpfung in den Bereich seiner Darstellung, indem er entweder seine Schüsseln und Töpfe bemalte, oder mit bildnerischem Sinn seine Kacheln reliefartig ausgestaltete. Seine Ofengebilde (fast alle Museen haben bedeutsame Stücke, besonders aber sei auf ein denkwürdiges Exemplar hingewiesen, auf den berühmten Ofen auf der Hohenfeste Salzburg aus dem 15. Jahrhundert, der ziemlich allgemein bekannt ist) sind ein lustiges Bilderbuch, eine Geschichtserzählung, die den Weltkreis umfaßt, die Taten der großen Herren, die biblische Legende, die Leiden und Freuden des Daseins, die Kriegs- und anderen Ereignisse der Zeit. Die schön bemalten und verzierten Krüge und Schüsseln haben einen ähnlichen Offenbarungsinhalt und sind nebenher ein Stück Kulturgeschichte, wie die chinesischen Porzellane während vieler Jahrhunderte. Was davon am Leben geblieben ist, sind die ärmlichen Erzeugnisse, die wir auf den Töpfermärkten noch heute sehen, die aber im wesentlichen, was die Technik betrifft, das gleiche Element darstellen, das Jahrtausende vererbt haben. Und dieses Erbe der Jahrtausende anzutreten, war ich jetzt entschlossen.

In der Töpferkammer tanzten acht Beine lustig in der Luft und die Drehscheiben flogen. Der Töpfer arbeitet mit Händen und Füßen. Mit den Beinen, barfuß natürlich, treibt er die untere Scheibe an, wodurch sich an derselben Achse die obere Scheibe, in Tischhöhe etwa, mit in Bewegung setzt. Beide, in einem Abstand von etwa 60 bis 80 Zentimetern horizontal übereinanderliegende Scheiben hängen in einem Gestänge und können in der beschriebenen Art leicht in Bewegung gesetzt werden. Einer von den Töpfergesellen sollte mir die nötige Anleitung geben. Ein junger, flaumbärtiger Kerl, einem Krippenfiguer nicht unähnlich. Er hieß Gabriel, war also ein Namensvetter des Erzengels, was bei einem biblischen Handwerk wie diesem eine hübsche Fügung ist. Ich hatte rasch die Kleider gewechselt und stampfte tüchtig an der Scheibe, ein Batzen nasser Lehm wurde auf den rasch kreisenden Mittelpunkt aufgesetzt und mit dem Daumen und einem nassen Lederlappen eingedrückt, bis eine Höhlung entstand und zwischen den formenden Fingern das Gefäß wuchs und wuchs. Das ist leichter gesagt als getan. Gabriel war ein schwäbischer Geselle und verstand wenig deutsch; seine Unterweisungen waren unverständlich; aber er hatte Finger, die waren fühlsam wie die einer Geißin, und der nasse, unintelligente Lehm bekam unter seiner Berührung einen wie elektrisiert, daß es schien, als ob er plötzlich eine Seele bekommen hätte. Seine Milchtöpfe waren die feinsten der ganzen Gegend, und obwohl jeder sozusagen freihändig und für sich allein geformt werden mußte, glichen sie einander, wie ein Ei dem andern. Ein alter Geselle drehte breite Bauernschüsseln, dieselben Formen, die im Lande ringsum das Töpferstädtchen seit vielen Jahrhunderten vorkommen, mit allerlei Sprüchen und Figuren bedeckt. Zwei Jungen drehten hurtig auf ihren Scheiben, indessen ihren Händen die kleinen Blumentöpfe entwuchsen, die man für ein paar Pfennig auf dem Markte kauft. Wäre ich nur einmal so weit, diese simplen Töpfe zu erzeugen, die den Kern der ganzen Töpferkunst enthalten! Denn sie können nicht ohne Beherrschung des Wesentlichen der Technik fabriziert werden. Also versuchte ich zuerst mein Glück an diesen bescheidenen Anfängen. Aber meine Finger waren unbeherrscht und der Lehm widerspenstig und das werdende Gebilde flog in lauen Kreisen auf der Scheibe herum, bis es unter den unschlagenden Fingern in der Mitte entzweiriß. Das Kreisen der Scheiben erzeugt anfangs einen leichten Taumel und das höhnende Grinsen der beiden Jungen wurde so breit wie die Wand. Der ganze Raum bevölkerte sich mit Fratzen, die meiner Anstrengungen spotteten. Die Drehscheibe fing an zu tanzen, der Lehm gebärdete sich wie verhext, war bald zu naß, bald zu trocken, und hatte stets die boshafte Neigung, sich nicht auf den Mittelpunkt, sondern exzentrisch auf die Scheibe zu setzen, wo es dann für mich verlorenes Spiel war. Aber nach und nach kommt man auf alle Schliche, die Blumentöpfe wachsen in stattlicher Reihe auf meinem Brett, und mit dem Gelingen wächst die Freude. Die höhnenden Fratzen verschwanden in Nichts und die grinsenden Mäuler verschoben sich zu einem freundlichen Lächeln. Es hatte Tage, nein, bloß Stunden bedurft, um den zweijährigen Vorsprung einzuholen, den die Lehrjungen vor mir hatten. Als ich mich aber in die Technik eingefühlt hatte, begann ich jene Formen zu bilden, von denen ich geträumt hatte. Gabriel, der bisher nur Milchtöpfe und Aschenbecher gedreht hatte, fing nun feierlich an, meine Vasen nachzubilden, was mir als ein deutlicher Beweis erschien, daß der Lehrling seinen Meister in einiger Hinsicht überholt hatte. Nun traten beglückende Stunden in die Töpferkammer herein. Sie flogen in einer goldenen Reihe dahin, leicht und schnell, und jede Stunde in diesen Räumen brachte eine neue Vision, die auf der Scheibe sichtbare Form wurde. Wie könnte ein ordentlicher Töpfer Schalen und Vasen erfinden, wenn ihn nicht die Gedanken an die Blumen leiten, an ihr Wachstum, wenn er nicht über die fliegende Scheibe hinweg die Blumenbeete sieht und die bunten Wiesen, die nur hineingezogen geschaffen scheinen, aber wenn er nicht ein Bild von köstlichen Wohnräumen vor Augen hat, von sonnigen Gemächern, in hellen feinen Farben, mit edlen polierten Möbeln, die glänzend und geschliffen aussehen wie geschnittene Halbedelsteine, eine Umgebung also, darin er seine fein geformten, bunt glasierten Vasen, die in der Größe und in der Farbe zu den Blumen passen, aufzustellen gedenkt? Wie könnte er so dazu gelangen, keramische Kunstwerke, wenn auch in einfachster Form zu bieten, wenn ihn nicht bei der Scheibe schon das lustige Kapitel von der Farbe beschäftigt, die er in einigen Tagen oder Wochen in den Ofen brennen wird, und denen er schon in den Anfangsstadien seiner Arbeit vermutungsweise hat in Träumen, die seine Gesamtheit zu einem schmuckhaften Gebilde erheben sollen? Das zu erreichen, soll sein Ziel sein. Sicher ist, und es galt, dieses festzustellen, daß bei künstlerischer Auffassung des Handwerks der Töpfer mit dem ganzen Umkreis der menschlichen und künstlerischen Bildung in Kontakt steht, und alle Schöpferleiden und Schöpferfreuden genießen kann, wenn ihn die rechte Arbeitsfreude beseelt. Denn die Arbeitsfreude ist der Grundpfeiler jeder künstlerischen Arbeit, die Hingabe und Aufopferung gebieterisch verlangt.

Jos. Aug. Lux.

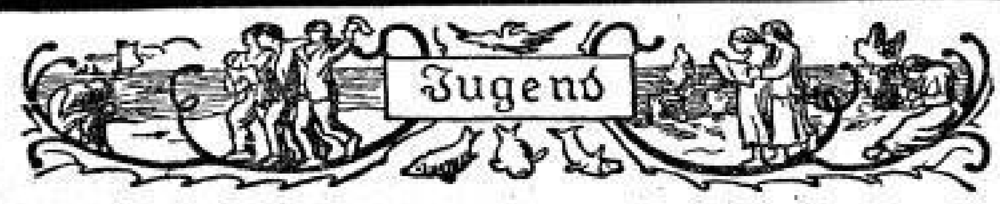
Umschau

Technisches Wie man eine Elektrisiermaschine verfertigt. Mit Recht wird darüber Klage geführt, daß die heutige Spielwarenindustrie unsere Kinder verwöhnt, indem sie ihnen alles fertig in die Hand gibt und sie ihre Geschicklichkeit und ihren Scharfsinn nur dazu gebrauchen läßt, sie wieder entzwei zu machen. Einige Besserung auf diesem Gebiete scheint sich allerdings vorzubereiten, obgleich viele der sogenannten Beschäftigungsspiele auch nur einen sehr geringen Aufwand an eigener Betätigung erfordern. Dagegen muß es die größte Freude bereiten, sich eine Maschine oder einen Apparat, mit dem man experimentieren und anderen Vorstellungen geben kann, selbst zu verfertigen. Daß dies auch mit schwierigeren Apparaten gelingt, lehrt die Schilderung der Selbstherstellung einer Elektrisiermaschine in der Wochenschrift English Mechanic nach folgendem Rezept. Man baut sich zunächst mit Säge und Beil einen geeigneten Rahmen, befestigt sich zwei Glasscheiben von vielleicht 28 Zentimeter Durchmesser und beklebt diese auf der Außenseite mit je 16 Stanniolblättern. Statt der Leidener Flaschen werden gerade Gaslampenzylinder benutzt, innen mit Stanniol gefüllt und in etwa 3 Zentimeter Entfernung vom Rande der Glasscheiben aufgestellt. In die Zylinder werden die aus Hartgummi verfertigten Stäbe hineingelegt, die zum Tragen der von den Glasscheiben die Elektrizität aufnehmenden Metallkämme bestimmt sind. Diese befinden sich an Metallkugeln, denen außerdem die gebogenen Drähte mit den kugeligen Enden aufsitzen, zwischen denen die Funken überspringen sollen. Die Messingkugeln, die man freilich wohl bei einem Metalldreher bestellen muß, werden mit ihrem Stiel in ein Loch am Ende der Hartgummistäbe eingeführt und dort mit geschmolzenem Schwefel befestigt. Die Kämme sind mit dem inneren Belag der Leidener Flasche leitend verbunden. Der äußere Belag der beiden Zylinder kann beliebig durch Drähte verbunden werden. Die Glasscheiben werden durch Räder mit einer Kurbel betrieben, die an dem Rahmen einfach anzubringen sind. Die selbstverfertigte Elektrisiermaschine ergab Funken von 8 Zentimeter Länge.

Dresdner Kalender

Bäder. Städtische Volksbäder, Annenstraße 32, Freiberger(?) Straße 8, Hohenthalplatz 3 und Sachsen(?) in der Vorstadt Löbtau, geöffnet bis abends 8½ Uhr von früh 7 Uhr im April bis mit September und von früh 8 Uhr im Oktober bis mit März, Sonntags bis 1 Uhr mittags. Wannenbad 20 Pf., Brausebad 10 Pf., einschließlich Seife und Leihen eines Handtuches. Güntzbad, Städtische Badeanstalt, Elsberg 8(?). Herrenschwimmhalle, Damenschwimmhalle, irisch-römisch-russische Bäder, Wannenbäder in zwei Klassen. Besondere Handebad-Abteilung. Täglich ununterbrochen geöffnet.

Beilage zu der Dresdner Volkszeitung und der Volks-Zeitung für Zittau, Pirna, Freiberg und Meißen. Nr. 2 vom 20. Januar 1909



Wer fertig ist, dem ist nichts recht zu machen,
Ein Werdender wird immer dankbar sein.

Goethe

Aus der Geschichte des Bergbaues

2

Bergwerksbesitzer und Bergarbeiter waren in der ersten Zeit des Mittelalters in Deutschland ein und dieselben Personen. Das Schürfen stand jedermann frei, und wer wo ein Erzlager entdeckte, durfte es ausbeuten. Die Bergknappen bildeten in der Regel eine Art Genossenschaft, die gemeinsam das Erz aus der Erde holten und den Gewinn teilten. Aus diesen Genossenschaften sind die Gewerken entstanden, von denen einige zu großen Reichtümern gelangten und aus denen auch die „Gewerkengeschlechter“ zum Teil hervorgingen, wie die Herren von Fugger und eine Reihe von Adelsgeschlechtern, deren Ahnen gewöhnliche Bergmänner waren. Alljährlich hielten die Gewerken große Versammlungen ab, um über gemeinschaftliche Angelegenheiten zu beraten. Die mittelalterliche Produktionsweise in ihrer eigentlichen Blütezeit ist zu wenig erforscht, als daß wir heute von ihr ein richtiges Bild haben. Der genossenschaftliche Charakter der Gilden ist bis jetzt noch zu wenig gewürdigt worden. Die Gilden waren fest gegliederte, straffe Organisationen, die das Leben des Handwerkers oder Kaufmanns von der Wiege bis zum Grabe in allen Einzelheiten regelten, aus einem einheitlichen, allen Gliedern gemeinsamen Geist heraus, der von den Menschen sich auch in die Arbeit ergoß und von den Menschenwerken zurück auf die Schaffenden strömte. Die Gilden der Bergarbeiter aber bildeten eine ganz besondere Organisation und die Bergknappen eine Menschenklasse für sich, mit besonderer Kleidung, eigenen Sitten, Gewohnheiten und auch mit größeren Rechten und Freiheiten belegt. Wie alle Organisationen des Mittelalters waren auch die der Bergknappen eng an die Kirche angeschlossen, und die Abgeschiedenheit des Lebens und des Arbeitens der Bergarbeiter brachte es mit sich, daß der religiöse Geist bei ihnen noch stärker zum Ausdruck kam, als bereits bei den anderen Menschen. Neben ihren Gruben bauten sie sich Kapellen und Kirchen und die „Bergprediger“, die hier in späterer Zeit zu ihnen sprachen, beschäftigten sich in ihren Predigten ganz und gar mit dem harten Berufsleben der Bergarbeiter, woher es kommt, daß die „Bergmannssprache“ so viel mit religiösen Ausdrücken durchsetzt ist.

Man lese nur einmal das hochinteressante und prächtige Buch von dem Pfarrer in St. Joachimsthal Johann Mathesius: Sarepta, „Darinnen von allerley Bergwerck und Metallen, Was jr eygenschafft und natur und wie sie zu nutz und gut gemacht, guter bericht gegeben. Mit christlicher und lehrhaffter erinnerung aller sprüch, so in Heiliger Schrifft von Metall reden“. Das Buch, das im Jahre 1571 in Nürnberg gedruckt wurde, besteht aus 20 Predigten, die Mathesius vor den Bergarbeitern hielt und in denen er das ganze Leben und Arbeiten der Bergknappen darstellt, religiös, poetisch verklärt, als ein einziger „Gottesdienst“. Und das war bereits in der Zeit des Verfalls, als die mittelalterliche Produktion rasch ihrer Auflösung entgegen ging, die Bergwerke zum großen Teil schon kapitalistische Betriebe waren und die Bergknappen als arme Knechte im Dienste ihrer „Herren“ frondeten. Dies alles, wie die besonderen Gesänge und Gebräuche, die man hie und da noch in jüngster Zeit unter den Bergarbeitern wahrnehmen kann, erklären sich aus der besonderen, abgeschlossenen Lebensweise, zu der die Arbeiter in den Erzbergwerken Jahrhunderte hindurch verurteilt waren. Die kapitalistische Produktionsweise hat jedoch die Poesie und Romantik vom Bergmannsleben genommen und geblieben ist nur ein Leben voll Arbeit und Gefahren — und Elend.

Der genossenschaftliche Betrieb im Bergbau hat jedenfalls schon in der allerersten Zeit des Mittelalters begonnen. Vielfach wird sogar angenommen, daß die Römer schon Bergwerke in Deutschland besaßen und das römische Zunftwesen im Bergbau Organisationen gezeitigt habe, wie wir sie später in Deutschland in den Gewerken antreffen. Ausgeschlossen ist auch nicht, daß die Grundbesitzer, welche in ihrem Besitztum Erz fanden, gar bald einsahen, daß es vorteilhafter ist, die Ausbeute erfahrenen Bergleuten zu überlassen, und sie deshalb Bergknappen heranzogen, die in römischen Gruben ihre Kenntnisse im Bergbau erworben haben und die dann eine Gilde bildeten, das Erz gemeinsam gruben und den Gewinn teilten, wie sie es in römischen Gruben bereits getan, während der Grundherr sich mit einer Abgabe, dem Zehnten, begnügte. Wo die Gruben auf herrenlosem Boden entstanden, waren sie natürlich ganz Eigentum der Bergknappen. Mosch schreibt in seiner Geschichte des Bergbaues in Deutschland*, der Anfang dieser Bergarbeiter-Genossenschaften liege im Dunkeln. „Deutlicher treten erst am Ende des 13. und zu Anfang des 14. Jahrhunderts die Gewerkschaften heraus, und gewöhnlich scheinen sie eine Folge der sogenannten Gesellenzechen gewesen zu seyn, wobei Andere Bergteile erwerben konnten. Und so wäre es erklärlich, wie besonders Bergleute aus der tiefsten Armut und Niedrigkeit mit beispielloser Schnelligkeit sich zu Wohlstand und Reichtum emporschwingen konnten. Sie waren ursprünglich Knappen gewesen, die als Eigenlöhner selbst arbeiteten oder ihren Anteil an einer Grube durch Beihenarbeit bestritten, und so läßt sich bei Manchen die Grenzlinie zwischen Knappen und Gewerken unmöglich ziehen. In den Bergstädten waren die Bürger fast sämtlich Gewerken und in Kuttenberg konnte keiner als Bürger aufgenommen werden, wenn er nicht zugleich bauender Gewerke war.“

Das zeigt deutlich, daß die Gewerkschaften eine Art Produktivgenossenschaften waren. Keiner konnte im Bergwerk arbeiten, der nicht zur Genossenschaft gehörte, wer aber mitarbeitete, hatte unter allen Umständen Anteil am Gewinn, wie die Mitglieder der Genossenschaft. „Sie ziehen Andere und Fremde zum Mitbauen ein, indem sie ihnen Anteile an der Grube zugestanden, so daß sie an Kosten und Ausbeute gleichen Anteil hatten. Die Fremden mußten aber in den Bergorten sogenannte Verleger haben, welche sie vertraten und in ihrem Namen und Auftrag handelten.“ (Mosch.)

Jahrhunderte hindurch besaßen diese Gewerkschaften eine große Selbständigkeit und Macht. Wie jedermann im Mittelalter, trugen auch die Bergleute Waffen, und sehr oft soll es vorgekommen sein, daß eine Gewerkschaft auszog in den blutigen Kampf gegen eine andere Gewerkschaft, die ein Konkurrenzbergwerk errichtet hatte. „Oft fielen die Bergleute von der Südseite der Tauern die Gruben der Nordseite an, erschlugen die Knappen, warfen die Gruben zu und schleppten das vorrätige Erz mit sich fort. Die Gewerken wachten nicht(?) und die Bergleute standen, mit Waffen gut versehen, Tag und Nacht abwechselnd an den Gruben in voller Rüstung.“ Als die Salzbergwerke bei Berchtesgaden entstanden, zogen im Jahre 1190 die Bürger und Bergknappen von Hallein über das Gebirge und vernichteten das Konkurrenzunternehmen. Im Jahre 1286(?) zogen abermals 2000 Mann aus Hallein nach Gohen(?), um die dort errichteten Salzgruben zu zerstören.

Als das älteste Bergwerk in Deutschland, von dem die Geschichte erzählt, wird der „Rammelsberg“ bei Goslar genannt, das in Urkunden vom Jahre 968 und 972 erwähnt worden sein soll. Ein Eisenbergwerk in Böhmen findet bereits im Jahre 677 Erwähnung und das Silberbergwerk unweit des Schlosses Libbin(?) in Böhmen hat bereits im Jahre 735 bestanden. Auch die Gruben bei Mittweida sollen bereits im Jahre 1012 längst im Betrieb gewesen sein. Das trifft auch noch auf viele andere Gruben zu, aber erst im 12. Jahrhundert beginnt ein regerer und größerer Bergwerksbetrieb, und im heutigen Erzgebirge in Sachsen, in Thüringen, in Böhmen,

* Zur Geschichte des Bergbaues in Deutschland. Von Karl Friedr. Mosch. Liegnitz 1829.

Bauern usw. werden Hunderte von Gruben eröffnet, die „Bergstädte" entstehen, gefördert von den Fürsten, denn die Bergwerke gelten von nun an als Eigentum des Kaisers, der sie seinen Vasallen und Beamten als Lehen überläßt. An der Produktionsform wird dadurch in der ersten Zeit nichts geändert, die Gewerkschaften müssen aber nun einen Zehnten an die regierenden Fürsten abliefern, die dadurch eine gute Einnahmequelle erhalten. Ein eigenes Bergrecht entwickelt sich und in den Bergstädten werden eigene Berggerichte eingesetzt.

Viele Gewerkschaften werden nun aber im Laufe der Zeit sehr reich, sie nehmen auch keine neuen Mitglieder mehr auf, der Anteilbesitz der Bergwerke kommt in immer weniger Hände und die reich gewordenen Gewerken arbeiten nicht mehr selbst in den Gruben, sondern beschäftigen Hunderte oder Tausende von Knappen gegen Lohn: eine kapitalistische Produktionsweise beginnt! Der Bergbau entwickelt sich auch immer mehr zu einer Wissenschaft, die Gruben werden von berufsmäßigen Technikern geleitet und die Arbeit wird spezialisiert.

Wie hoch die Wissenschaft und die Technik im Bergbau im 14. und 15. Jahrhundert in der Praxis bereits entwickelt waren, zeigt uns Agricola (eigentlich Bauer, geboren 1490 zu Glauchau, später Bürgermeister in Chemnitz) in seinem hochinteressanten und lehrreichen Bergwerk-Buch". „Darin nicht Allein alle Empter, Instrument, Gezeug und alles so zu diesem Handel gehörig mit figuren vorgebildet und klärlich beschrieben. Sondern auch, wie ein verständiger Bergkmann seyn soll und die Gäng ausrichten soll. Von den Stollen, Schächten, Radstuben und andern Gebewen. Wie allerley Trögen, wassergehenssen, wasserkunst, Pompen und Riemen usw."

Dieses Buch, das zuerst in lateinischer Sprache, und 1580 in deutscher Uebersetzung erschien, gedruckt in Frankfurt a. M., gibt uns ein getreues und vollständiges Bild von dem Bergbau der damaligen Zeit. Ganz besonders interessant ist, daß Agricola es für nötig hielt, mit einer Verteidigung des Bergbaues zu beginnen. Denn der Bergbau wurde damals schon meistens kapitalistisch betrieben und zeitigte die Schäden der kapitalistischen Produktionsweise, weshalb er heftig angegriffen wurde. Das sagen sie — die Gegner des Bergwerks —, ferner, schreibt Agricola, „es sehe gefährlich dem Bergwerk obzuligen, daß die Bergkleute von schwaden umkommend, den sie mit jre athe [illegible], auch den Staub in sich ziehend. Welcher dampff er sie langwirigklich machet [illegible] auch verzehrt auch vil ander [illegible] vom bergkwerck zu todt geschlagen und von der fart in die schächt fallend, und arm, bein, hals abbreche, soll man dessen wegen kein nuz so hoch und groß geschetzt werden, das umb seiner güte und größe willen das heil des menschen und sein leib und leben in schäden und letste gefahr sölle gebracht werden." Das sei zwar richtig, sagt Agricola, aber solche Dinge kämen doch nur selten vor, bei unvorsichtigen Bergknappen, was jedenfalls nicht zutreffend war. Aber es wurde auch dem Bergwerk gesagt, daß es gar keinen Zweck habe. Edelsteine seien unnütz und brächten der Seele kein Heil, was Agricola sehr ausführlich zu widerlegen sucht, mit dem Hinweis, daß die Erde nichts Böses enthalten könne. Das Bergwerk liefere doch auch Arzneien, mit denen die Krankheiten geheilt werden, den Malern die Farben, den Baukünsten Baumaterial, den Kaufleuten das Geld usw. „Aber das ist es auch denen nah, welcher gewalt auch [illegible] und ehe [illegible], denn es gebe [illegible] nur allen, auch solchen pfenning, freilen [illegible] andere ding gemacht werde, die nach den büchern den menschen ein [illegible] geborgen [illegible] immer gebedt." Und dann liefere das Bergwerk doch auch das Eisen, aus dem man Waffen mache, um den Krieg gegen grausame Tyrannen zu führen. Dieweil aber so viele auf das Bergwerk schimpfen, hat Agricola den Bergwerksbetrieb genau studiert und gibt dann eine ausführliche Belehrung über alle nur erdenklichen Einzelheiten, die ein verständiger Bergmann kennen muß. Das Werk ist das erste und bedeutendste deutsche Lehrbuch über die Bergbaukunst, und Agricola gilt als der Begründer der neueren Mineralogie und Metallurgie und der Schöpfer des nationalen deutschen Bergbaues.

Während noch vor wenigen Jahren in Deutschland möglich war, daß in allem Ernste über die Wirkung der „Wünschelrute" diskutiert und diese sogar zum Wassersuchen in deutschen Kolonien mit Unterstützung der Regierung zur Anwendung kam — natürlich erfolglos — hat Agricola schon vor 350 Jahren den Bergleuten den Schwindel mit der Wünschelrute ausgeredet. Denn es war zu damaligen Zeit der Glauben an die Wünschelrute nicht mehr groß, aber benutzt wurde sie doch noch von etlichen, um nach Erz zu schürfen. Und Agricola gibt uns ein anschauliches Bild davon, wie das Schürfen mit der Wünschelrute vor sich ging:

„Von der ruten, damit etlich meinendt die gäng außzurichtend seindt vil un mancherley zänk und' den bergkleuten. Denn etliche sprechendt dz inen solche sehr wol dienend die gäng außz'richten, die andern aber sagendt, dz widerspill. Welche nun den rechten brauch und nuz d' wünschelrute lobendt deren seindt etlich, die erstmalen ein häslene gablen abhawen, welche sie für alle andere gäng auß gerichten gschickt vnn bequäm halten, sonderlich so ein haselstauden auff dem gang gewachsen ist."

Die Ruten von Haselstauden wurden zum Suchen von Silbergängen benutzt, von Eschen zum Kupfer, von Tannen zum Blei und Zinn, um Gold zu suchen, mußte man Ruten aus Eisen oder Stahl verwenden. Bei der Benutzung der Rute mußte diese, wenn sie einen Erfolg haben sollte, an den Hörnern (Gabeln) so gefaßt werden, daß die Hände zwar eine Faust machten, aber es war „vonnöten, das die finger gesammen getruckt gegen den Himmel [illegible] sähendt, und das die wünschelruten, an diesem teil da die Hörner zusammen gkendt außgericht werden. Als dann so schweiffendt sie hin und wider, an allen orten des gebirgs, und so bald sie ein fuß auff den gang gesetzt habendt, so sagendt sie das sich die wünschelruten als bald träye und wende und jre den gang anzeige. und nachdem sie aber den fuß widerumb daraus gewendt, [illegible] seindt, soll die ruten widerumb still stehen." Die Ursache, warum sich die Rute drehe, sei die Kraft der Gänge, welche zu Zeiten so stark sei, daß sie die Aeste der Bäume, die in der Nähe wachsen, zu sich biegen.

Agricola zeigt dann, daß das ein Aberglauben ist und die Gänge durch ganz natürliche Zeichen und Vorgänge entdeckt werden können. „Derhalben ein Bergkmann dieweil er ein frommer, ernsthaffter mann sein solle, gebraucht der zauber ruten in keinem weg, denn er ist der natürlichen Dingen erfahren, und weißt das ihm die wünschelruten wie ein gablen [illegible] kein nutz sehe, sondern wie ich vormals gesagt hab, so hatt er natürliche zeighen der gängen, daruff er achtung hatt."

In Jahrtausende langer Erfahrung hat sich die Bergbaukunst zu einer großen Wissenschaft emporgearbeitet. Unermeßliche Reichtümer hat der Bergbau einer Anzahl Menschen gebracht und bringt es heute noch. Aber diejenigen, welche die kostbaren Schätze unter Aufopferung ihres Lebens aus den Tiefen holen, schmachten heute noch in Sklaverei und Elend. Jedenfalls waren die mittelalterlichen Bergknappen weit besser daran als die heutigen Grubenproletarier, deren Lage viel mehr Aehnlichkeit hat mit der der ägyptischen und römischen Sklaven, als der der Gewerken im 12. Jahrhundert!

Edmund Fischer.

Naturkunde

Geologische Streifzüge

7

Die Wirkung der Luft und des Wassers

(Schluß.)

Die Tätigkeit des Wassers ist, wie schon öfter die Rede war, eine zweifache. Kaum haben sich die erzführenden Gänge durch seine Kraft gebildet, so beginnt auch schon wieder das Werk der Zerstörung durch den Regen, die Kälte und die Arbeit der Gletscher, und so kommt es, daß manchmal Erzteilchen, besonders von Gold und Platin, die in den Gängen enthalten waren, auch unmittelbar vom Wasser ausgewaschen, mit Sand und Kies fortgetragen, wieder in die Flußbetten gelangen. Denn diese beiden Metalle rosten nicht leicht und das schon abgekühlte Wasser konnte sie auch nicht auflösen. Alle anderen Metalle rosten leicht, das heißt, sie verbinden sich mit Sauerstoff, in dieser Gestalt lösen sie sich im Wasser und fließen dem Meere zu. So erleichtert und vermittelt die Bewegung des Wassers den beständigen Wandel der Dinge auf Erden, wovon wieder das Fortbestehen alles Lebens und Werdens abhängt. Jedes Teilchen Gold sowie Teile der anderen Metallerze ebenfalls haben schon ungezählte Male diesen Kreislauf vollbracht, d. h. sie sind durch das Wasser in den Schlamm des Meeres und auf diese Art in die Felsen, die aus Schlamm entstanden, und in die Gänge gelangt. Mit Hilfe des Wassers, der Quellen und der Flüsse sind sie dann nach Jahrtausenden wieder dem Meere zugeführt worden.

Der Inhalt dieser Felsspalten, der Gänge, kann aber auch manchmal, und besonders in der Nähe der Vulkane, [illegible] halten, denn nennt man sie Gesteins- oder Trotz führende Gänge. Diese sind dann aber viel gewaltiger und reichen tiefer in das Innere als die Erzgänge. Ein kleiner Teil von Erzen, welche die flüssige Lavamasse auf ihrem Wege nach oben schmelzend aufnahm, findet sich zwar auch in diesen Trotzgängen, aber so gering, daß er die Ausbeute meist nicht lohnt.

Noch einer anderen wichtigen Tätigkeit des Wassers ist hier, wenn auch flüchtig, Erwähnung getan, und zwar meine ich die Bildung von Höhlen und ganzen Labyrinthen von unterirdischen Gängen und Galerien. Diese sind auf der ganzen Erde zerstreut, meist dort, wo sich Kalkfelsen, die vom Wasser leicht gelöst werden können, unter der Oberfläche der Erde befinden.

Das Regenwasser fließt nämlich nicht alles nach den Flüssen hin ab, ein kleiner Teil wird durch die Pflanzen aufgesaugt und eine ganze Menge dringt in den Boden ein. Dort unter der Erde bildet es kleine Kanäle und so entstehen die Quellen; diese suchen sich ihren Weg, wenn das Gestein sehr hart ist, wie Granit, Sandstein oder Schiefer, durch die ganz kleinen Risse und Spalten; ist der Grund aber aus leicht löslichem Material, wie z. B. Kalkstein, dann spült das Wasser sich breite Wege und Gänge im Gestein aus. Manchmal sind diese Wege nur wenig geräumig, fast röhrenartig und so enge, daß sie kaum das abfließende Regenwasser fassen können, dies geschieht dann, wenn zwischen dem Kalkstein Lagen von Schiefer vorkommen. Wenn aber die Schicht von Kalkstein sehr mächtig ist, bilden sich dementsprechend sehr weite und hohe Grotten.

Eine der größten befindet sich in Nordamerika, in den Vereinigten Staaten, die Mammutgrotte. Diese ist aber nur eine, die größte von den vielen Höhlen in der Gegend von Kentucky, wo sich eine große Anzahl dieser unterirdischen, vom Wasser ausgespülten Hohlräume, auf einem Flächenraume von 330 Quadratmeilen, befindet. Die Mammutgrotte besitzt noch sogenannte Galerien, d. h. Seitengänge, die sich ebenfalls zu einer Länge von vielen Kilometern erstrecken. Durch diese Galerien fließen unterirdische Ströme, die oft malerische Wasserfälle bilden, während an ihren Ufern die wunderbarsten Gebilde entstehen, die man Stalaktiten und Stalagmiten nennt. Es sind dies, je nachdem sich der Kalkgehalt des Wassers an der Decke oder auf dem Boden der Grotte absetzt, säulen- oder eiszapfenartige Formen, die aus dem kalkhaltigen Tropfstein gebildet werden. Sie entstehen dadurch, daß das Wasser den gelösten Kalkstein nicht ganz mit sich fort spült, sondern, indem es langsam, tropfenweise zu Boden sickert, den Kalkstein oben oder auf dem Boden der Grotte zurückläßt. Jeder Tropfen hängt erst eine Weile an der Decke, ehe er zu Boden fällt; in dieser Zeit verdampft ein Teil der Kohlensäure, während sich Teilchen des Kalkgehaltes an der Gewölbedecke ansetzen. Zuerst zeigt sich nur eine kleine Beule, die aber immer an Länge zunimmt, je mehr Wasser heruntersickert, ähnlich den Eiszapfengebilden im Winter. Sie wachsen immer weiter, bis sie ungefähr die halbe Höhe der Grotte erreicht haben. Die von der Decke herabhängenden Tropfsteingebilde heißen Stalaktiten. Andere Tropfen hingegen fallen direkt zu Boden, zerspritzen und verflüchtigen sich, lassen aber ebenfalls auf der Stelle, wo sie herabfielen, eine Spur Kalkgehalt zurück. Mit der Zeit wächst auch hier der so deponierte Kalk und es bildet sich hier ein nach oben ragender Zapfen, Stalagmit genannt. Und dieser Vorgang geht ununterbrochen fort, bis sich endlich die ganze Höhle mit einer neuen Schicht der gleichartigen Substanz ausgefüllt hat, auch der Eingang zur Grotte ist zugebaut, bis nach Jahrhunderten neue Wasserläufe die Arbeit des Ausspülens aufs neue beginnen.

Die Gebilde in den Höhlen sind außerordentlich malerisch, denn die Stalaktiten nehmen die phantastischsten Formen an, man glaubt sich in eine andere Welt versetzt, als wenn man überirdische Kunstschöpfungen oder Feenpaläste vor sich hätte. Die von uns aus am leichtesten zu erreichende Grotte ist die in Adelsberg in Krain, die sich auch weitverzweigt unter der Erde hinzieht. Viele Seitengalerien und auch das Ende des Hauptganges selbst sind noch nicht erforscht. Solche Höhlen entstehen meist da, wo die verschiedenen Gesteinsschichten im Laufe der Jahrtausende keine wesentliche Veränderung erfahren haben, sondern in derselben Lage verblieben sind, in der sie sich noch von der Kohlenperiode auf dem Meeresboden ablagerten.

In solchen Höhlengegenden wie z. B. in dem Gebiet von Kentucky findet man nur große Flüsse, die kleineren fließen eben alle unter und nicht auf der Erde und vollziehen dort ihre Minierarbeit. Sie hängen zwar mit den Hauptflüssen zusammen, aber nur durch die Vermittlung der Höhlen, deren Oeffnungen häufig unter dem Niveau des Wassers, entlang den großen Strömen, liegen.

Zu diesen unterirdischen Wasserläufen führen meist steile, runde Vertiefungen, zu denen das Regenwasser hinabfließt. Es sind dies mit natürlichen Brunnen zu vergleichende Löcher, deren es in den Höhlengegenden viele gibt; man nennt sie Einsturztrichter. Oben sind sie eng, nach unten erweitern sie sich natürlich, weil hier das Wasser schon viel Kalkstein aufgelöst und fortgespült hat. Die Höhe dieser Grotten und Galerien erreicht oft 300 Fuß.

Ist aller Kalkstein aus der obersten Schicht ausgewaschen, so sucht das Wasser durch Risse und Spalten in dem harten [illegible] liegenden Gestein die darunter liegenden Schichten zu erreichen und verfährt hier ebenso, so daß oft eine Reihe solcher Galerien nicht nur neben, sondern auch übereinander zu liegen kommt, die alle mit den herrlichsten Gebilden geschmückt sind. Bald glaubt man sich in einen hohen Säulengang versetzt, bald sind die einzelnen Gebilde [illegible] ähnlich, die [illegible] das Gewölbe der Grotten schmücken und bei Fackelschein in verschiedenfarbigem Licht glänzen. Oder die Stalagmiten erinnern an mächtige, nach oben strebende Baumstämme, bald glaubt man, Springbrunnen oder Statuen vor sich zu sehen, immer sind die unterirdischen Säle und Galerien mit einer eigenartigen Ornamentik ausgestattet.

Der Boden dieser Kalksteinhöhlen liegt aber niemals tiefer, als das Bett der benachbarten Flüsse, nach denen die Höhlengewässer schließlich abfließen; je tiefer sich aber einer von den großen Flüssen in das Gestein hineingräbt, desto mehr verlegt sich auch dementsprechend das Niveau der Höhlen und es entstehen immer tiefere Grotten.

Diese unterirdischen Räume sind um so mehr als einen [illegible] interessant, denn [illegible] uns wirklich eine fremde Welt. Es gibt Tiere hier, die nur zeitweilig in den Höhlen leben, aber auch solche, die hier geboren werden und sterben, und welche [illegible] anders nicht finden. Diese haben, weil sie es doch nicht brauchen können, ihr Sehvermögen eingebüßt und sogar auch die Sehwerkzeuge, es ist dies eine besondere Art von Fischen und Molchen. Ein außerordentliches Gefühlsvermögen am Kopf vertritt hier die abhanden gekommenen Sehorgane.

Nun gibt es aber auch noch andere Höhlen unter der Erde, als die oben beschriebenen. Einige davon sind ebenfalls vom Wasser in leicht löslichem Gestein ausgespülte Räume, aber vom warmen Wasser, welches vermöge seiner Kraft mineralische Bestandteile aufgelöst, reiche Schätze an Erzablagerungen hier niederlegt. Erst höhlt das Wasser den Kalkstein aus und dann füllt es den Raum mit den kostbarsten Erzen aus.

Ferner gibt es noch sehr interessante, durch die fließende Lava gebildete Höhlen. Beim Ausbruch eines Vulkans dringt die Lava mit großer Macht nach oben und bildet hier eine Art Gewölbe. Hört sie aber auf zu fließen, so bleibt oft ein leerer Raum zwischen dem neugebildeten Gewölbe und dem Boden der Lava und dadurch entstehen große Höhlen, die aber auch oft von neuen Ausbrüchen der feuerspeienden Berge wieder zerstört werden.

E. Zelasko.

Kunstgewerbe

Wie ich Töpfer wurde

„Die Erde ist mein Acker, die Scheibe ist mein Pflug.
Ich bin ein Töpfer worden, das gibt mir Brot genug."

Dieser Spruch stand auf dem schönen weiß und blau glasierten Kachel, der in die weißgetünchte Hauswand oberhalb der Eingangstür eingelassen war.

Grüß Gott, Herr Töpfermeister, ich möchte Ihnen ins Handwerk pfuschen.

Ach woher, das erlernen Sie nimmermehr!

Na, auf einen Versuch soll es uns beiden doch nicht ankommen!

Der Töpfermeister schüttelte mißtrauisch den Kopf: Es wird nicht gehen!

Aber ich stand schon am anderen Tage mit dem Arbeitsgewand wieder vor ihm und es blieb ihm nichts anderes übrig, als mir bei der Drehscheibe einen Platz anweisen zu lassen, in einem Raum des lang im Hof hinziehenden Werkstattgebäude. Durch schuppenartige, endlose Räume ging's dahin, die von Wärme erfüllt waren, mit Backstuben, durch die Trockenkammern, an den Reihen hochgemauerter Oefen vorbei, die durch das rotglühende Auge des Schauglases verrieten, daß ihr Herz in Feuer brennt; an den Kammern vorüber, wo die hellgebrannten Töpfe und Kacheln mit Farben überzogen wurden. Bis zu den kühleren Werkstätten, wo die Modelleure und die Formpresser arbeiteten, während in den Nebenkammern der Thon sorgfältig gesiebt wurde wie [illegible], und zugerichtet in die Stätte meines Wirkens, wo die Drehscheiben flink kreisten und wo ich meine Niederlagen und meine Siege zu erleben hoffte.

Was uns als Legende anmutet, hier ist es zauberhafte Wirklichkeit. Die Kunst der Töpferscheibe, die an der Wiege der menschlichen Kultur stand, ist noch dieselbe wie vor Jahrtausenden. Nicht einmal die Technik hat sich hier geändert. Sie kann auch heute nichts Geringeres und nichts Höheres hervorbringen als gedrehte Gefäßformen von entzückender Proportion, ähnlich jenen, die den alten Königsgräbern entnommen wurden und als Maßstab der vergangenen künstlerischen Kultur gelten. Die Königin und Mutter aller Künste, die Architektur, steht mit der Töpferscheibe in einem geistigen Zusammenhang. Gottfried Semper hat gesagt: Der [illegible] enthält alle monumentalen Gebäude vorgebildet, die nachher von der ägyptischen Baukunst verwirklicht wurden. Und die ganze hochentwickelte Kirchenarchitektur der Assyrer und Babylonier beruht mit auf der Kunst des Töpfers und des Keramikers, so gut wie die ägyptische und die hellenische. Seiner künstlerischen Vision zufolge schreiten geflügelte Löwenleiber und Stiere stolz auf blauem Grund durch die Wände der sagenhaften Paläste, und Königshäupter mit großen runden Pferdeaugen und schnurgeringelten Barten erheben sich mit [illegible] Eindringlichkeit aus dem hellen Grund. Im Berliner vorderasiatischen Museum kann man Beispiele dieser herrlich [illegible] Kunst des Keramikers wieder sehen, die aus dem Schutt der Jahrtausende aus kleinen Ziegelbruchstücken zusammengesetzt und mit einem [illegible] entwickelten Instinkt aus einem ungeordneten Chaos Stückchen für Stückchen aneinandergefügt wurden. (Schmerzlich ist es nur zu sehen, wie die kraftvollen Fugen mit einer künstlichen Hohlkehle versehen und zu einer [illegible] Glätte gebracht wurden. Das ist die Manier der heutigen Maurer. Die Kunst der Mauerung hat in den Zeiten der Kultur die [illegible] niemals gekannt. Vielleicht schenkt der Direktor des vorderasiatischen Museums diesem Umstand einige Beachtung.)

Die Töpferkunst hielt immer treu zum Volke, und bei uns stellt sich die Sache so dar, daß im Gebirge fast jeder Bauer, der einstmals auf seinem Hofe saß, sein eigener Töpfer war. Wenigstens noch vor ein paar Jahrzehnten. Es wird vielleicht auf der ganzen Erde nicht viel anders gewesen sein, wie nicht nur die Gräberfunde aller Gegenden beweisen, sondern die volkstümliche Töpferwerkstätten bis in die [illegible], die eine ununterbrochene Tradition hergestellt und [illegible] nach ver-